September 1939

15.–30.



Deutschland im Kampf

Herausgegeben von

Ministerialdirigent A. I. Berndt
Reichspropagandaministerium

Oberstleutnant von Wedel
Oberkommando der Wehrmacht

Zweite September-Lieferung
(Nr. 2 der Gesamtlieferung)

Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin W9

Zeittafel

15. 9. 39	Gdingen in deutscher Hand (S. 12). Aufhebung der Zollgrenze zwischen West- und Ost-Oberschlesien (S. 47, 56).
16. 9. 39	Deutsche Note über die Kriegführung (S. 3).
18. 9. 39	Deutsch-sowjetrussische Erklärung zum russischen Einmarsch in Polen (S. 4). Versenkung des englischen Flugzeugträgers „Courageous" (S. 13).
19. 9. 39	Der Führer in Danzig (S. 4, 26). Großadmiral Dr. h. c. Raeder über den U-Boot-Krieg (S. 8). Ende der Schlacht im Weichselbogen (S. 13).
21. 9. 39	Das Diplomatische Korps und die Ausländer verlassen Warschau (S. 14, 45).
22. 9. 39	Festlegung der deutsch-sowjetrussischen Demarkationslinie (S. 39). Einrichtung von Reichsverteidigungsausschüssen (S. 48).
23. 9. 39	Übergabe Lembergs (S. 14). Rede Mussolinis in Bologna (S. 41). Beginn der Panama-Konferenz (S. 44).
24. 9. 39	Deutsches U-Boot versenkt britischen Zerstörer (S. 14).
25. 9. 39	Beginn der Kampfhandlungen gegen Warschau (S. 15).
27. 9. 39	Kapitulation Warschaus (S. 10, 15). Reise des Reichsaußenministers v. Ribbentrop nach Moskau (S. 42) Militärverwaltung in den besetzten ehemals polnischen Gebieten (S. 47).
28. 9. 39	Deutsch-sowjetrussischer Grenz- und Freundschaftsvertrag (S. 4). Neuordnung des polnischen Raumes (S. 5). Deutsch-sowjetrussische Wirtschaftsplanung (S. 5).
29. 9. 39	Bedingungslose Übergabe der Festung Modlin (S. 15).

Dokumente

1. Politische

Deutsche Note über die Kriegführung

Berlin, 16. September 1939.

Amtlich wird mitgeteilt: Die französische und die britische Regierung haben bei Abbruch ihrer Beziehungen zu Deutschland eine gemeinsame Erklärung über die von ihnen beabsichtigten Methoden der Kriegführung veröffentlicht und der Reichsregierung zur Kenntnis gebracht. Die französische Regierung hat dabei um eine Antwort der Reichsregierung gebeten. Die deutsche Antwort, die der französischen Regierung durch schwedische Vermittlung übersandt wird, hat folgenden Wortlaut:

Die Reichsregierung hat von der gemeinsamen Erklärung der französischen und britischen Regierung Kenntnis genommen, worin diese Regierungen gewisse Grundsätze anführen, die sie bei der Führung des Krieges, insbesondere des Luftkrieges, beachten zu wollen behaupteten.

Die Reichsregierung weist darauf hin, daß sie nach dem Scheitern der Abrüstungskonferenz als erste den Vorschlag gemacht hat, die gemeinsamen Bemühungen der Mächte auf das Zustandekommen bindender Vereinbarungen über eine möglichst weitgehende Humanisierung der Kriegführung zu richten. Diese Vorschläge haben damals bei den anderen Mächten keinerlei Widerhall gefunden. Gleichwohl hat der deutsche Reichskanzler bei Beginn der Deutschland aufgezwungenen Aktion gegen Polen in seiner Reichstagsrede vom 1. September öffentlich bekanntgegeben, daß die Kampfhandlungen von deutscher Seite in Übereinstimmung mit jenen deutschen Vorschlägen durchgeführt und nicht gegen Frauen und Kinder gerichtet werden würden. Zugleich hat der deutsche Reichskanzler bei dieser Gelegenheit den der deutschen Luftwaffe erteilten Befehl mitgeteilt, ihre Angriffe auf militärische Objekte zu beschränken.

Dementsprechend hat die deutsche Regierung den Appell des Präsidenten Roosevelt begrüßt und in positivem Sinne beantwortet. Sie hat ferner der britischen Regierung auf deren besondere Anfrage die Mitteilung zugehen lassen, daß Deutschland die Bestimmungen des Genfer Abkommens vom Jahre 1925 über das Verbot der Verwendung erstickender, giftiger und ähnlicher Gase befolgen werde.

Die deutschen Streitkräfte haben sich zu Lande, zur See und in der Luft auf das strikteste an diese deutschen Erklärungen gehalten. Selbstverständlich standen aber diese Erklärungen, wie schon bei ihrer Abgabe betont wurde, unter der Voraussetzung, daß die Gegner Deutschlands die gleichen Regeln der Kriegführung beobachten würden. In dieser Beziehung muß die Reichsregierung feststellen, daß die Gegner Deutschlands ihre feierlichen Zusicherungen und Verpflichtungen schon jetzt vielfach in flagrantester Weise gebrochen haben.

Die britische Regierung hat sich im krassesten Widerspruch mit der in ihrer Erklärung enthaltenen feierlichen Versicherung, die Zivilbevölkerung schonen zu wollen, durch die von ihr verkündeten Bestimmungen über die Konterbande über alle anerkannten Regeln der Seekriegführung hinweggesetzt und damit in aller Form die

Hungerblockade gegen Frauen und Kinder

eröffnet. Ferner hat die polnische Regierung ohne jede militärische Notwendigkeit viele offene Städte zum Stützpunkt ihrer militärischen Operationen und damit zum Kampfgebiet gemacht. Sie hat darüber hinaus durch ihre Organe öffentlich ihre Zivilbevölkerung zum schrankenlosen Franktireurkrieg gegen die deutsche Armee aufrufen lassen. An vielen Stellen hat die polnische Zivilbevölkerung diesem Aufruf Folge geleistet und sich die furchtbarsten Grausamkeiten gegen deutsche Soldaten zuschulden kommen lassen. Endlich haben polnische Truppen bei ihren Maßnahmen, wie authentisch nachgewiesen wurde, entgegen ihren vertraglichen Verpflichtungen Gelbkreuzgas verwendet.

Die deutschen Streitkräfte werden auch künftig den vom Führer verkündeten Grundsätzen ritterlicher und humaner Kriegführung treu bleiben. Die Reichsregierung muß sich aber vorbehalten, jeden von ihren Gegnern begangenen Rechtsbruch in der ihr geeignet erscheinenden Weise zu vergelten und im Hinblick auf den von England mit der Waffe der Hungerblockade gegen Frauen und Kinder geführten Krieg mit denjenigen Waffen zu antworten, die ihr hierfür zur Verfügung stehen, und die auch dem Gegner die furchtbaren Folgen der von ihm gewollten Methoden vor Augen führen.

Deutsch-sowjetrussische Erklärung

Berlin, den 18. September 1939.

Zur Vermeidung von irgendwelchen unbegründeten Gerüchten bezüglich der Aufgaben der deutschen und sowjetischen Truppen, die in Polen tätig sind, erklären die Deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR., daß die Handlungen dieser Truppen keinerlei Ziele verfolgen, die den Interessen Deutschlands oder der Sowjetunion zuwiderlaufen oder dem Geiste und den Buchstaben des zwischen Deutschland und der Sowjetunion geschlossenen Nichtangriffsvertrages widersprechen.

Im Gegenteil, die Aufgabe dieser Truppen besteht darin, Ordnung und Ruhe in Polen herzustellen, die durch den Zerfall des polnischen Staates zerstört sind, und der Bevölkerung Polens zu helfen, Bedingungen ihres staatlichen Daseins neu zu regeln.

Der Führer in Danzig

Am 19. September zieht der Führer und Reichskanzler unter ungeheurem Jubel der gesamten Bevölkerung in Danzig ein:

Gauleiter Forster begrüßt den Führer im Artushof „als Sprecher von über 400000 deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen und namens der nationalsozialistischen Kämpfer in Danzig als Befreier in den Mauern der Stadt Danzig". Der Führer verkündet, daß dieser Boden immer deutsch bleiben wird (siehe Seite 26). Er geht auf die Vorgeschichte des deutschen Abwehrkampfes ein, feiert den Sieg der deutschen Waffen und weist die britische Lüge von der unbegrenzten Zielsetzung der deutschen Außenpolitik zurück.

„Wir haben sehr begrenzte Interessen. Diese Interessen allerdings sind wir entschlossen, auf jede Gefahr hin und gegen jedermann zu vertreten."

Deutschland habe weder gegen England noch gegen Frankreich irgendein Kriegsziel. Polen aber werde in der Gestalt des Versailler Vertrages niemals mehr auferstehen. Dafür garantiere letzten Endes nicht nur Deutschland, sondern auch Rußland. Das deutsche Volk werde in dem Kampf nicht aufgesplittert, sondern immer fester und fester werden.

Der Führer dankt den Slowaken

Ministerpräsident Dr. Josef Tiso' erhielt am 25. September vom Führer nachstehendes Telegramm:

Herr Ministerpräsident!

Bei Abschluß des polnischen Feldzuges ist es mir ein Bedürfnis, Ihnen, Herr Ministerpräsident, der slowakischen Wehrmacht und dem slowakischen Volke für die entschlossene Haltung und die bewiesene Waffenbrüderschaft zu danken. Seien Sie überzeugt, daß das Deutsche Volk und seine Regierung diese Einstellung voll würdigt und die damit bewiesene Gesinnung im vollen Umfange erwidern wird.

Berlin, 25. September 1939. Adolf Hitler

Der deutsch-sowjetrussische Grenz- und Freundschaftsvertrag

In Moskau finden am 28. September Besprechungen zwischen dem Reichsminister des Auswärtigen, von Ribbentrop, und den sowjetrussischen Staatsmännern, dem Regierungschef und Außenkommissar Molotow und Herrn Stalin, in Gegenwart des deutschen Botschafters in Moskau, Graf von der Schulenburg, statt. Als Ergebnis der Verhandlungen werden folgende Vereinbarungen unterzeichnet:

Nachdem die Deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR. durch den heute unterzeichneten Vertrag die sich aus dem Verfall des polnischen Staates ergebenden Fragen endgültig geregelt und damit ein sicheres Fundament für einen dauerhaften Frieden in Osteuropa geschaffen haben, geben sie übereinstimmend der Auffassung Ausdruck, daß es den wahren Interessen aller Völker entsprechen würde, dem gegenwärtig zwischen Deutschland einerseits und England und Frankreich andererseits bestehenden Kriegszustand ein Ende zu

machen. Die beiden Regierungen werden deshalb ihre gemeinsamen Bemühungen gegebenenfalls im Einvernehmen mit anderen befreundeten Mächten darauf richten, dieses Ziel so bald als möglich zu erreichen.

Sollten jedoch die Bemühungen der beiden Regierungen erfolglos bleiben, so würde damit die Tatsache festgestellt sein, daß England und Frankreich für die Fortsetzung des Krieges verantwortlich sind, wobei im Falle einer Fortdauer des Krieges die Regierungen Deutschlands und der UdSSR. sich gegenseitig über die erforderlichen Maßnahmen konsultieren werden.

Moskau, den 28. September 1939.

Für die Deutsche Reichsregierung
von Ribbentrop
In Vollmacht der Regierung der UdSSR.
W. M. Molotow

Die Neuordnung des polnischen Raumes

Die Deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR. betrachten es nach dem Auseinanderfallen des bisherigen polnischen Staates als ihre ausschließliche Aufgabe, in diesen Gebieten die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen und den dort lebenden Völkerschaften ein ihrer völkischen Eigenart entsprechendes friedliches Dasein zu sichern.

Zu diesem Zwecke haben sie sich über folgendes geeinigt:

Artikel 1

Die Deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR. legen als Grenze der beiderseitigen Reichsinteressen im Gebiet des bisherigen polnischen Staates die Linie fest, die in der anliegenden Karte eingezeichnet ist und in einem ergänzenden Protokoll näher beschrieben werden soll.

Artikel 2

Beide Teile erkennen die im Artikel 1 festgelegte Grenze der beiderseitigen Reichsinteressen als endgültig an und werden jegliche Einmischung dritter Mächte in diese Regelung ablehnen.

Artikel 3

Die erforderliche staatliche Neuregelung übernimmt in den Gebieten westlich der in Artikel 1 angegebenen Linie die Deutsche Reichsregierung, in den Gebieten östlich dieser Linie die Regierung der UdSSR.

Artikel 4

Die Deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR. betrachten die vorstehende Regelung als ein sicheres Fundament für eine fortschreitende Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen ihren Völkern.

Artikel 5

Dieser Vertrag wird ratifiziert, und die Ratifikationsurkunden werden so bald als möglich in Berlin ausgetauscht werden. Der Vertrag tritt mit seiner Unterzeichnung in Kraft.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und russischer Sprache.

Moskau, den 28. September 1939.

Für die Deutsche Reichsregierung
von Ribbentrop
In Vollmacht der Regierung der UdSSR.
W. M. Molotow

Beschreibung der Grenzziehung

Die Grenzlinie beginnt an der Südspitze Litauens, verläuft von da in allgemein westlicher Richtung nördlich von Augustowo bis in die deutsche Reichsgrenze und folgt dieser Reichsgrenze bis zum Flusse Pisia. Von da an folgt sie dem Flußlauf der Pisia bis Ostrolenka, sodann verläuft sie in südöstlicher Richtung, bis sie den Bug bei Nur trifft. Sie verläuft weiter den Bug entlang bis Krystnopol, biegt dann nach Westen und verläuft nördlich Rawaruska und Lubaczow bis zum San. Von hier an folgt sie dem Flußlauf des San bis zu seiner Quelle.

Deutsch-sowjetrussische Wirtschaftsplanung

Der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare und Außenkommissar Molotow richtet an den Reichsaußenminister folgendes Schreiben:

An den Reichsminister des Auswärtigen Herrn Joachim von Ribbentrop!

Herr Reichsminister!

Unter Bezugnahme auf unsere Besprechungen beehre ich mich, Ihnen hiermit zu bestätigen, daß die Regierung der UdSSR. auf Grund und im Sinne der von uns erzielten allgemeinen politischen Verständigung willens ist, mit allen Mitteln die Wirtschaftsbeziehungen und den Warenabsatz zwischen Deutschland und der UdSSR. zu entwickeln. Zu diesem Zweck wird von

beiden Seiten ein Wirtschaftsprogramm aufgestellt werden, nach welchem die Sowjetunion Deutschland Rohstoffe liefern wird, die Deutschland seinerseits durch industrielle, auf längere Zeit zu erstreckende Lieferungen kompensieren wird.

Dabei werden beide Teile dieses Wirtschaftsprogramm so gestalten, daß der deutsch-sowjetische Warenaustausch seinem Volumen nach das in der Vergangenheit erzielte Höchstmaß wieder erreicht.

Beide Regierungen werden zur Durchführung der vorstehenden Maßnahmen unverzüglich die erforderlichen Weisungen erteilen und dafür Sorge tragen, daß die Verhandlungen so schnell wie möglich in die Wege geleitet und zum Abschluß gebracht werden.

Genehmigen Sie, Herr Reichsminister, die erneute Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Moskau, den 28. September 1939. W. M. Molotow

Der Reichsminister von Ribbentrop richtete seinerseits an den sowjetrussischen Regierungschef und Außenkommissar ein Schreiben, in dem er den Empfang des obigen Briefes bestätigt. Das Antwortschreiben des Reichsaußenministers wiederholt die an ihn gerichteten Ausführungen Molotows und schließt mit den Worten:

Namens und im Auftrage der Deutschen Reichsregierung stimme ich dieser Mitteilung zu und setze Sie davon in Kenntnis, daß die Deutsche Reichsregierung auch ihrerseits das Erforderliche in diesem Sinne veranlassen wird.

2. Militärische

Übernahme der vollziehenden Gewalt

Folgende Aufrufe des Oberbefehlshabers des Heeres über die Übernahme der vollziehenden Gewalt sind noch nachzutragen:

Für das Operationsgebiet Polen

An die Bevölkerung!

Nach dem Willen des Führers und Obersten Befehlshabers der Wehrmacht sind deutsche Truppen in Euer Land eingerückt.

In den von deutschen Truppen besetzten Gebieten haben die Oberbefehlshaber der Armeen die vollziehende Gewalt übernommen.

Ihren Befehlen sowie den Anordnungen aller deutschen Militärbehörden ist unbedingt Folge zu leisten.

Die Wehrmacht sieht in der Bevölkerung nicht ihren Feind. Alle völkerrechtlichen Bestimmungen werden beachtet werden.

Die Wirtschaft des Landes und die öffentliche Verwaltung arbeiten weiter oder werden wieder aufgebaut.

Arbeitsniederlegung ist verboten, passiver Widerstand und Sabotage jeder Art werden als feindselige Handlung gegen die deutsche Wehrmacht gewertet und mit allen Mitteln bekämpft werden.

Jeder einzelne beachte die gegebenen Befehle, die dem Wohle des einzelnen wie der Gesamtheit dienen.

Der Oberbefehlshaber des Heeres
v. Brauchitsch

Für das Operationsgebiet Schlesien und den Reg.-Bez. Troppau

Deutsche Volksgenossen!

In großer und entscheidender Stunde habe ich heute auf Anordnung des Führers und Obersten Befehlshabers der Wehrmacht die vollziehende Gewalt im Operationsgebiet des Heeres übernommen und mit ihrer Ausübung die mir unterstellten Oberbefehlshaber beauftragt.

Diese sind befugt, für ihre Gebiete Rechtsverordnungen und Vorschriften aller Art zu erlassen und Zuwiderhandlungen unter Strafe zu stellen.

Alle Behörden und sonstigen Dienststellen versehen ihre Aufgaben wie bisher. Das gesamte Wirtschaftsleben läuft weiter.

Deutsche Volksgenossen! Ich erwarte von Euch, daß Ihr in gewohnter Disziplin alle gegebenen Anordnungen befolgt und bereitwillig Mithilfe leistet, wo sie von Euch verlangt wird. Ihr dient damit dem Vaterlande und dem Führer, hinter dem das deutsche Volk wie immer in eiserner Geschlossenheit, Opferbereitschaft und Treue steht.

Es lebe der Führer!

Der Oberbefehlshaber des Heeres
v. Brauchitsch

Für das Operationsgebiet im Westen

Deutsche Volksgenossen!

In großer und entscheidender Stunde habe ich heute auf Anordnung des Führers und Obersten Befehlshabers der Wehrmacht die vollziehende Gewalt im Operationsgebiet des Heeres übernommen und mit ihrer Ausübung die Oberbefehlshaber der Armeen beauftragt.

Die Oberbefehlshaber der Armeen sind befugt, für ihr Armeegebiet Rechtsverordnungen und Vorschriften aller Art zu erlassen und Zuwiderhandlungen unter Strafe zu stellen.

Alle Behörden und sonstigen Dienststellen versehen ihre Aufgaben weiter.

Deutsche Volksgenossen! Deutsche Soldaten stehen bereit zur Sicherung der Reichsgrenzen und, wenn es nötig sein sollte, zur Abwehr jeden Feindes auf der Erde und in der Luft, komme was da kommen mag.

Ich erwarte, daß Ihr alle gegebenen Anordnungen mit eiserner Disziplin, Ruhe und Kaltblütigkeit befolgt und bereitwillig Mithilfe leistet, wo sie von Euch verlangt wird. Die getroffenen Maßnahmen

dienen dem Wohl des Vaterlandes wie jedes einzelnen von Euch und sind notwendig um der Wehrmacht die Erfüllung ihrer Aufgabe zu erleichtern.

Ich bin gewiß, daß Ihr auch jetzt in unverbrüchlicher Treue, Geschlossenheit und Opferbereitschaft dem Führer folgen werdet.

Es lebe der Führer!

Der Oberbefehlshaber des Heeres
v. Brauchitsch

Tagesbefehl an das deutsche Heer

Am 20. September 1939 erläßt der Oberbefehlshaber des Heeres den nachstehenden Tagesbefehl.

Soldaten!

Die große Schlacht im Weichselbogen ist beendet! Das polnische Heer ist vernichtet. Die Operationen gegen Polen sind damit abgeschlossen. In noch nicht drei Wochen ist die militärische Entscheidung an der Ostfront erzwungen worden.

Soldaten der Ostfront!

In unerhörtem Siegeslauf habt ihr das polnische Heer zerschlagen. Weder Panzer und Betonbauten, weder brückenlose Flüsse, zerstörte Wege noch der sich zähe und hartnäckig verteidigende Feind oder die feigen, heimtückischen Überfälle konnten das Heer aufhalten. Die energisch und oft vom zahlenmäßig überlegenen Gegner geführten Angriffe zerschellten an eurer Entschlossenheit.

Soldaten aller Dienstgrade und aller Waffengattungen haben gleichen Anteil an den Erfolgen. In treuer Waffenbrüderschaft mit der Luftwaffe, die alles daransetzte, dem Heer zu helfen, und deren rücksichtsloser Einsatz in die Erdkämpfe zum schnellen Erfolg ausschlaggebend beitrug, sind große Taten vollführt.

Außerordentliche Anforderungen sind an Führung und Truppe gestellt worden. Die Leistungen haben die in euch gesetzten Erwartungen noch übertroffen.

Tatkraft und Verantwortungsfreudigkeit der Führung, nie versagende Pflichterfüllung und Einsatzbereitschaft der Truppe haben stets den hohen Wert des deutschen Heeres bestimmt. Sie waren ein heiliges, von den Vätern überkommenes Soldatenerbe, das das junge nationalsozialistische Heer übernommen hat. Jeder einzelne von euch, Offizier, Unteroffizier und Mann, hat bewiesen, daß er dieses Vermächtnis einer großen Vergangenheit treu bewahrt hat.

Soldaten der Westfront!

Eurer festen Abwehrbereitschaft ist es zu verdanken, daß die Operationen im Osten ungestört vom Westgegner verlaufen. Durch euren starken Schutz hat die Führung die Rückenfreiheit erhalten, den Schwerpunkt der Kriegsführung auf den Ostkriegsschauplatz zu verlegen.

Ruhig und sicher konnte sie hier die schnelle militärische Entscheidung herbeiführen, denn wir alle wußten, daß uns bei unserem harten Kampfe gegen den Osten im Westen nicht nur Beton und Stahl schützten, sondern daß hier deutsche Soldaten standen, unerschütterlich bereit, um alle Gefahren fernzuhalten und jedem Ansturm zu trotzen.

Soldaten des Heeres!

Ihr habt in Ost und West ein glänzendes Zeugnis für den Geist und die Stärke des deutschen Heeres abgelegt. Und unsere Gegner mögen wissen, daß der deutsche Soldat, wenn die Verteidigung der Lebensrechte des deutschen Volkes es weiterhin erfordert und der Führer es befiehlt, in demselben Geist kämpfen und siegen wird.

v. Brauchitsch]

„Deutschland führt keinen uneingeschränkten U-Boot-Krieg!"

Berlin, 19. September 1939.

Am 19. September gewährt der Oberbefehlshaber der deutschen Kriegsmarine, Großadmiral Dr. h. c. Raeder, dem Vertreter des Amsterdamer „Algemeen Handelsblad" eine Unterredung.

Auf die Frage: Wie führt Deutschland den U-Boot-Krieg? kann heute schon, um ein Schlagwort des Weltkrieges zu gebrauchen, von einem uneingeschränkten U-Boot-Krieg gesprochen werden, und wenn nicht, kann es unter Umständen dazu kommen? antwortete der Großadmiral:

Deutschland führt den U-Boot-Krieg nach Maßgabe der von ihm am 28. August 1939 erlassenen Prisenordnung. Diese hält sich streng im Rahmen der anerkannten Regeln des Seekriegsrechts. Die Bestimmungen des Londoner U-Boot-Protokolls sind inhaltlich voll in sie übernommen. Die U-Boote haben strikten Befehl, diese Bestimmungen einzuhalten.

Im Einklang mit den Regeln des U-Boot-Protokolls sind sie aber berechtigt, bewaffneten Widerstand mit allen Mitteln zu brechen. Es ist klar, daß Schiffe, die an Kampfhandlungen teilnehmen oder im Geleit feindlicher Kriegsschiffe fahren, sich selbst in Gefahr begeben und sich nicht beklagen können, wenn sie im Verlauf entstehender Kampfhandlungen beschädigt oder zerstört werden. Das ist völkerrechtlich anerkannt. Die französischen Instruktionen über die Anwendung des Völkerrechts im Kriege vom 8. März 1934 bestimmen in Art. 112, daß Schiffe unter feindlichem Geleit allen Gefahren des Krieges unterworfen sind, und ermächtigen in Art. 2 die französischen Kommandanten ausdrücklich dazu, mit Waffengewalt gegen derartig geleitete Handelsschiffe vorzugehen.

<u>Es ist selbstverständlich, daß bei dem den deutschen U-Booten befohlenen Verfahren in keiner Weise von uneingeschränktem U-Boot-Krieg gesprochen werden kann.</u> Die gegenteilige Behauptung des englischen Informationsministeriums ist daher als bewußte Irreführung des neutralen Auslandes zurückzuweisen.

Es steht zu befürchten, daß Zwischenfälle dadurch entstehen, daß England seine Handelsschiffe bewaffnet, zumal damit gerechnet werden muß, daß die englischen Handelsschiffe, wie schon im Weltkrieg, den Befehl erhalten, ihre Waffen gegen U-Boote, entgegen allem Völkerrecht, angriffsweise einzusetzen. Sollte sich diese Befürchtung bestätigen, so würde Deutschland zu Gegenmaßnahmen gezwungen sein, da es nicht zulassen kann, daß das Leben seiner U-Boot-Besatzungen durch völkerrechtswidrige Angriffe gegnerischer Handelsschiffe auf das Spiel gesetzt wird.

Deutschland schont den neutralen Handel

Die Frage: Wie ist Deutschlands Auffassung über die Konterbande-Frage und was betrachtet Deutschland als Schiffs-Konterbande? beantwortete Großadmiral Raeder:

Deutschland ist bestrebt, den neutralen Handel soweit wie irgend möglich zu schonen. Es war daher gewillt, nur das eigentliche Kriegsmaterial als unbedingtes Bannqut zu behandeln. Dementsprechend ist in Artikel 22 der Prisenordnung vom 28. August 1939 bestimmt, daß als unbedingtes Bannqut nur Gegenstände und Stoffe anzusehen sind, die unmittelbar der Land-, See- oder Luftrüstung dienen. Da aber England bereits am 4. September 1939 eine Bannqutliste herausgegeben hat, nach der auch Gegenstände und Stoffe, die für friedliche Zwecke verwendbar sind, als unbedingtes Bannqut behandelt werden, hat sich die Reichsregierung zu ihrem Bedauern gezwungen gesehen, selbst eine erweiterte Liste des unbedingten Bannqutes herauszugeben.

Beim bedingten Bannqut hatte Deutschland zunächst überhaupt darauf verzichtet, Güter als bedingtes Bannqut zu erklären, so daß vor allem Lebensmittel ohne weiteres durchgelassen wurden. Auch hier ist jedoch Deutschland gezwungen, dem englischen Vorgehen zu folgen. Beim bedingten Bannqut muß seine Bestimmung für die feindliche Streitmacht oder den feindlichen Staat festgestellt werden. In Übereinstimmung mit dem geltenden Völkerrecht ist Deutschland der Auffassung, daß der Aufbringende diese Bestimmung nachweisen muß.

Schon heute jedoch scheint es klar, daß England, wie bereits im Weltkriege, den Beweis dafür, daß eine feindliche Bestimmung nicht vorliegt, dem Neutralen aufbürden wird, ein Beweis, den der Neutrale nicht wird führen können, es sei denn, daß er im Widerspruch zu seiner Neutralität seine ganze Wirtschaft der englischen Kontrolle unterwirft. Deutschland ist der Überzeugung, daß die Stellung der Neutralen in der Welt heute so stark ist, daß sie sich gegen die Verletzung ihrer Rechte mit Erfolg zur Wehr setzen können.

Dann wäre Deutschland nicht gezwungen, zur Abwehr selbst zu schärferen Maßnahmen überzugehen, die notgedrungen die Neutralen in Mitleidenschaft ziehen müßten.

Die deutsche Regierung hat in Artikel 24 ferner zum Ausdruck gebracht, daß der Grundsatz der fortgesetzten Reise auf das bedingte Bannqut nicht anzuwenden ist und daher — unter Voraussetzung gleichartigen Verhaltens des Gegners — bestimmt, daß die Gegenstände des bedingten Bannquts nicht als Bannqut angesehen werden, wenn sie in einem neutralen Hafen ausgeliefert werden sollen. Nachdem aber England bereits in den ersten Tagen des Krieges dazu übergegangen ist, das Prinzip der fortgesetzten Reise gegen Deutschland allgemein zur Anwendung zu bringen, sieht sich Deutschland außerstande, seinerseits auf die Anwendung des genannten Prinzips Verzicht zu leisten.

Frage: Wie verhalten sich Deutschlands Kriegsschiffe und vor allem U-Boote gegenüber neutralen, insbesondere holländischen und amerikanischen Schiffen? Können niederländische Handelsschiffe, von Deutschland ungehindert, Rohstoffe aus Niederländisch-Indien und Amerika nach Hause bringen?

Antwort des Großadmirals: Es ergibt sich schon aus den Antworten zu Frage 1 und 2, daß neutrale Schiffe, die Rohstoffe nach den Niederlanden bringen, ungefährdet sind.

Selbstverständlich muß den im Handelskrieg einzusetzenden deutschen Überwasserstreitkräften und U-Booten das Recht vorbehalten bleiben, sie anzuhalten, um sie auf Bannqut zu untersuchen.

Handelsverkehr in der Ostsee gesichert

Frage: Besteht deutscherseits die Absicht, den Wasserweg durch den Sund, der für Holland große Bedeutung hat, schwierig befahrbar zu machen?

Antwort des Großadmirals: Die am Sundausgang gelegten Minensperren sind lediglich zur Abwehr feindlicher militärischer Unternehmungen in die Ostsee bestimmt. Wie die

Einrichtung eines Lotsendienstes zeigt, wird alles getan, um die Gefährdung und Erschwerung des neutralen Verkehrs in den Ostsee-Eingängen auszuschließen. Die holländischen Schiffe können damit rechnen, daß sie ungehindert die Ostsee-Eingänge passieren können, wenn sie sich der Lotsen bedienen.

Frage: Inwieweit werden deutsche Minenfelder für die holländischen Schiffe eine Gefahr bedeuten? Im Weltkrieg haben Deutschland und England Holland die Lage der Minenfelder auf Karten angezeigt und nötigenfalls Lotsen zur Verfügung gestellt. Wird das deutscherseits auch heute geschehen?

Antwort des Großadmirals: Die Minenverwendung wird sich, wie bisher, auch in Zukunft streng im Rahmen des 8. Haager Abkommens von 1907 halten. In Übereinstimmung mit diesem Abkommen sind die ausgelegten Minenfelder nicht nur den neutralen Regierungen notifiziert worden, sondern auch durch Rundfunk und den Nautischen Warndienst wiederholt bekanntgegeben und in den „Nachrichten für Seefahrer" veröffentlicht worden.

Frage: Sind Strategie und Technik des Seekrieges heute sehr verschieden von 1914—1918?

Antwort des Großadmirals: Der Seekrieg von heute unterscheidet sich von dem des Weltkrieges insbesondere durch die Auswirkung der seither erreichten technischen Fortschritte der Marine und der Luftwaffe.

Frage: Was ist Ihre Meinung über die russische Flotte?

Antwort des Großadmirals: Rußland arbeitet mit außerordentlicher Energie am Aufbau seiner Marine und Seeluftwaffe. Die russische U-Boot-Flotte muß als militärisch voll aktionsfähig und auf hohem Stand der Technik und Ausbildung stehend angesehen werden.

Frage: Wird Deutschland auch diesmal versuchen, nach dem Beispiel des Handels-U-Bootes „Deutschland" im Weltkriege durch U-Boote Verbindung mit Übersee zu bekommen?

Antwort des Großadmirals: Deutschland ist so weitgehend von der Überseezufuhr unabhängig, daß sich die Entsendung von Handels-U-Booten zum Zwecke, Rohstoffe nach Deutschland zu bringen, erübrigen wird.

Tagesbefehl an die Luftwaffe

Am 23. September 1939 erließ der Oberbefehlshaber der Luftwaffe nachstehenden Tagesbefehl:

Die I./Flakregiment Nr. 22 hat in einem Gefecht bei Ilza am 8. und 9. 9. mit hervorragender Tapferkeit an der Abwehr stärkster, an Zahl um das Vielfache überlegener feindlicher Kräfte teilgenommen. Zahlreiche Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, an der Spitze der Kommandeur, starben dabei den Heldentod. Ihrem heldenhaften Einsatz bis zum letzten war es zu verdanken, daß das Gefecht siegreich beendet wurde.

Ich spreche hiermit der Abteilung für ihren mannhaften Einsatz Dank und höchste Anerkennung aus. Mit Stolz aber gedenkt die ganze Luftwaffe jener tapferen Männer, die in heldenhaftem Kampfe geblieben sind. Sie sollen uns ein leuchtendes Vorbild sein!

Göring

Generaloberst Freiherr v. Fritsch †

Der Oberbefehlshaber des Heeres veröffentlichte am 23. September 1939 den folgenden Nachruf:

Am 22. September fiel in Polen bei der Durchführung einer gewaltsamen Erkundung vor Warschau in vorderster Linie

Generaloberst Freiherr von Fritsch

Chef des Artillerieregiments 12.

Am ersten Tage an der Seite seines Artillerieregiments ins Feld gerückt, ist er dem Heere, dem er wahrhaft vorgelebt hat, nun auch in bedingungsloser Hingabe vorgestorben.

Tief erschüttert und in aller Trauer — doch voll großen Stolzes — steht das Heer an der Bahre dieses großen Soldaten.

von Brauchitsch

Tagesbefehl an die Luftwaffe

Am Tage der Kapitulation von Warschau, 27. 9. 39, erläßt der Oberbefehlshaber der Luftwaffe den folgenden Tagesbefehl an die Luftwaffe:

Soldaten der Luftwaffe, Kameraden!

Die polnische Armee, der eine vom englischen Größenwahn bestimmte Kriegshetze die Aufgabe zugedacht hatte, in deutsches Land einzufallen und bis Berlin zu marschieren, ist in wenigen Tagen in Grund und Boden zerschmettert worden. Mit ihr mußte die polnische Fliegertruppe, noch bevor sie wirkungsvoll hätte eingesetzt werden können, den gleichen Weg gehen. Blitzschnell hat das deutsche Schwert zugeschlagen. Ich bin stolz, daß die deutsche Luftwaffe an diesem Erfolg entscheidend mitgewirkt hat.

Durch euren entschlossenen Einsatz habt ihr vom ersten Tage an den feindlichen Luftraum beherrscht. Keinem polnischen Flugzeug gelang es, deutsches Hoheitsgebiet zu überfliegen. Die deutsche Heimat war in Sicherheit. Unserer tapferen Erdtruppe habt ihr bei ihrem Vordringen vorbildliche Waffenhilfe geleistet. Desgleichen habt ihr tatkräftig die eingesetzten Teile der Kriegsmarine in ihrem siegreichen Kampfe unterstützt. In einem Siegeszug ohnegleichen habt ihr einen Gegner niedergeworfen und vernichtet, der Großdeutschland in frevlerischem Leichtsinn herausgefordert hatte. Einzig dastehend in der Geschichte sind die Leistungen der deutschen Wehrmacht.

Ihr, meine Kameraden von der Luftwaffe, als des jüngsten Teiles der Wehrmacht, habt in todesmutigem Einsatz bewiesen, daß ihr Bannerträger alten deutschen Soldatengeistes und zugleich der alle Widerstände bezwingenden Idee nationalsozialistischen Kämpfertums seid. Ob ihr als Aufklärer den großen Zielen der Armeeführung dientet, ob ihr als Jagdflieger den Gegner mit stählernem Vernichtungswillen angegriffen habt, ob ihr als Schlachtflieger euren Kameraden auf der Erde den Weg zum Siege bahntet, ob ihr als Kampfflieger die Bastionen feindlichen Widerstandes vernichtet habt, ob ihr mit euren Stukas allen Bollwerken des Feindes Tod und Verderben brachtet, ob ihr in der Luft oder am Boden kämpftet, ob ihr am Flakgeschütz der Armee und dem ganzen Volk die Sicherheit gabt oder ob ihr am Funkgerät für die Verbindung aller Kampftruppen sorgtet, ob ihr als Transportgruppen in unermüdlichem Tag- und Nachteinsatz den erforderlichen Nachschub für Luftwaffe und Heer brachtet — euch allen gilt mein Dank.

In ehrfürchtiger Trauer neigen wir uns vor den Opfern, die unsere Waffe bringen mußte, aber auch in hehrem Stolz, denn wir wissen: mit uns fliegen und fechten die Kameraden, die wir verloren. Ihr Tod ist uns nicht drückende Bürde, ihr Opfer ist uns heilige Verpflichtung.

Als wir in diesen Krieg für Deutschlands Freiheit zogen, wußte ich, daß ich mich auf meine Luftwaffe verlassen konnte. Kameraden, wie ich euch allen im Geiste ins Auge sah, als wir diesen uns aufgezwungenen Krieg begannen, um euch zu verpflichten, das Letzte für Volk und Vaterland zu geben, so drücke ich jedem von euch jetzt die Hand als Oberbefehlshaber meinen Soldaten, als Kamerad meinen Kameraden. Nach deutscher Soldatenart binden wir jetzt nach errungenem Sieg den Helm fester. Welche Aufgaben uns auch erwachsen mögen, welche Befehle uns auch unser Führer und Oberster Befehlshaber gibt: Vorwärts für unser ewiges Deutschland! Göring

2*

3. Wehrmachtberichte

Das Oberkommando der Wehrmacht gibt bekannt:

15. 9. 39.

Am 14. September überschritt die Südgruppe des deutschen Ostheeres die Straße Lemberg—Lublin.

Die sehr starken und sich verzweifelt wehrenden, um Kutno eingeschlossenen polnischen Kräfte versuchten gestern nochmals, nach Südosten durchzubrechen. Auch diese Angriffe schlugen fehl. Ostwärts der Weichsel nähern sich unsere Truppen von Norden, Osten und Südosten der Warschauer Vorstadt Praga. Auch dort wurden Durchbruchsversuche nach Osten abgewiesen.

Die auf die Festung Brest-Litowsk angesetzten Truppen sind von Norden in die Befestigungszone eingedrungen. Die Forts sind zum Teil gesprengt. Die Zitadelle ist noch vom Feind besetzt.

Die Stadt Gdingen ist in unserer Hand.

Seestreitkräfte griffen in den Kampf um Gdingen und auf der Halbinsel Hela wirkungsvoll ein. Die Einfahrt in den Südhafen von Gdingen wurde erzwungen.

Im Westen feindliche Artillerietätigkeit ostwärts Saarbrücken. Der Feind, der am 12. September bei Schweix (Grenzort südlich Pirmasens) angegriffen hatte, ging unter dem Eindruck unseres Artilleriefeuers wieder über die Grenze zurück.

Luftangriffe auf deutsches Reichsgebiet fanden nicht statt.

16. 9. 39.

Die Südgruppe des deutschen Ostheeres trieb auch am 15. September die versprengten Teile der polnischen Südarmee vor sich her. Mit ihnen wird vor den Toren Lembergs und am Tanew bei Bilgoraj noch gekämpft. Przemysl wurde genommen. Weit ostwärts davon haben motorisierte Truppen Wlodzimierz erreicht.

Unter Einsatz neuer deutscher Kräfte wurde der

Ring um die bei Kutno

eingeschlossene polnische Armee verstärkt und im Angriff verengt.

Nach Abwehr der feindlichen Durchbruchsversuche südostwärts Warschau brachten unsere Truppen dort 8000 Gefangene und 126 Geschütze ein und stehen jetzt dicht um Praga.

Bialystok wurde genommen. Der Kampf um die Zitadelle von Brest ist noch im Gange.

Die Luftwaffe vereitelte den Versuch der letzten polnischen Transportbewegungen gegen die Ostgrenze.

Im Westen feindliche Artillerietätigkeit bei Saarbrücken. Örtliche feindliche Vorstöße wurden unter erheblichen Verlusten für den Gegner abgewiesen.

Luftangriffe auf deutsches Reichsgebiet fanden nicht statt.

17. 9. 39, mittags.

Die Säuberung Ostgaliziens schritt am 16. September weiter fort. Lemberg ist von drei Seiten umstellt, polnischen Kräften zwischen Lemberg und Przemysl der Rückzug nach Südosten verlegt. Nördlich der Sanmündung dringen unsere Truppen in Richtung Lublin weiter vor. Deblin wurde genommen.

100 unzerstörte Flugzeuge fielen dort in unsere Hand.

Bei Wlodawa südlich Brest haben sich die vordersten Aufklärungstruppen der aus Ostpreußen und der aus Oberschlesien und der Slowakei angesetzten Armeen die Hand gereicht.

Die Schlacht von Kutno nimmt ihren planmäßigen Verlauf. Von Westen her wurde Kutno genommen, die Bzura nach Norden überschritten. Warschau ist eng umschlossen.

Um die Bevölkerung der polnischen Hauptstadt vor schwerstem Leid und Schrecken zu bewahren, hat die deutsche Wehrmacht den Versuch unternommen, durch einen Offizier den polnischen Militärbefehlshaber von Warschau zur Aufgabe seines zwecklosen Widerstandes in einer offenen Millionenstadt zu veranlassen. Der polnische Militärbefehlshaber in Warschau hat es abgelehnt, den deutschen Offizier zu empfangen.

Der Versuch abgesprengter polnischer Truppen, über Siedlce nach Südosten zu entkommen, endete mit der Gefangennahme von 12000 Mann, 80 Geschütze, sechs Panzerwagen und elf Flugzeuge wurden außerdem erbeutet.

Bei weiterer ungünstiger Wetterlage nahm die Luftwaffe ostwärts der Weichsel durch wiederholte Angriffe auf Truppenansammlungen und Marschkolonnen dem zurückflutenden Gegner die Möglich-

keit, seine Verbände zu ordnen. Die Rundfunksender Wilna und Baranowicze wurden durch Luftangriffe zerstört.

Im Westen erlitt der Feind bei einigen Stoßtruppunternehmungen in der Gegend von Zweibrücken erhebliche Verluste.

Ein feindlicher Fesselballon wurde abgeschossen.

Luftangriffe auf das Reichsgebiet fanden nicht statt.

17. 9. 39, abends.

Die Zitadelle von Brest-Litowsk wurde genommen. Damit ist die Festung Brest-Litowsk in deutscher Hand. Bei Wegnahme der Zitadelle wurden 600 Gefangene gemacht.

18. 9. 39.

Der Feldzug in Polen geht seinem Ende entgegen.

Nach der völligen Umschließung Lembergs und der Einnahme von Lublin steht ein Teil des deutschen Ostheeres in der allgemeinen Linie Lemberg—Wlodzimierz—Brest—Bialystok und hat damit den größten Teil Polens besetzt. Dahinter vollzieht sich noch an mehreren Stellen die Vernichtung und Gefangennahme einzelner versprengter Reste der ehemaligen polnischen Armee. Die stärkste dieser umschlossenen polnischen Kampfgruppen — etwa ein Viertel des polnischen Heeres — ist südwestlich Wyszogrod zwischen Bzura und Weichsel auf engstem Raum zusammengepreßt und geht seit gestern der Auflösung entgegen.

Aus dem umschlossenen Warschau wurde am 17. September durch polnische Sender die Bitte an das Oberkommando der deutschen Wehrmacht gerichtet, einen polnischen Parlamentär zu empfangen. Das Oberkommando der Wehrmacht hat seine Bereitwilligkeit dazu erklärt. Bis zum 17. September Mitternacht hat sich kein Parlamentär bei unseren Truppen eingefunden.

Die Luftwaffe griff die südwestlich Wyszogrod eingeschlossenen polnischen Kräfte wirksam an. Polnische Fliegerkräfte traten an der ganzen Front nicht mehr in Erscheinung.

Die deutsche Luftwaffe hat damit die ihr im Osten gestellte Aufgabe im wesentlichen erfüllt. Zahlreiche Einheiten der Fliegertruppe und Flakartillerie sind zusammengezogen und stehen für anderweitige Verwendung bereit.

Im Westen keine nennenswerten Kampfhandlungen. Bei Saarbrücken wurde ein französisches Flugzeug von einem deutschen Jäger abgeschossen. Luftangriffe auf deutsches Hoheitsgebiet haben am 17. September nicht stattgefunden.

19. 9. 39.

Die Auflösung und Kapitulation der versprengten oder eingeschlossenen Reste des polnischen Heeres schreiten rasch vorwärts.

Die Schlacht an der Bzura ist zu Ende.

Bisher wurden 50000 Gefangene und eine unübersehbare Beute eingebracht. Das endgültige Ergebnis läßt sich noch nicht annähernd bestimmen.

Eine kleinere feindliche Kampfgruppe wurde nordwestlich Lemberg vernichtet und dabei 10000 Gefangene gemacht. Lemberg wurde zur Übergabe aufgefordert. Vor Warschau hat nach Ausbleiben des polnischen Parlamentärs die Kampftätigkeit wieder begonnen. Die Stadt wird von den Polen ohne Rücksicht auf die Bevölkerung, die über eine Million Menschen beträgt, verteidigt.

Die Luftwaffe hat gestern nur noch einzelne Angriffsflüge durchgeführt. Im übrigen war ihr Einsatz an der Ostfront nicht mehr nötig.

An der Westfront im Raume von Saarbrücken, an einzelnen Stellen schwache Artillerie- und Spähtrupptätigkeit. Beim Gegner wurden vielfach Schanzarbeiten beobachtet. Kampfhandlungen in der Luft fanden nicht statt.

Die von der britischen Admiralität bekanntgegebene Versenkung des Flugzeugträgers „Courageous" ist durch die Meldung des angreifenden deutschen U-Bootes bestätigt worden.

20. 9. 39.

Die Schlacht im Weichselbogen, die vor etwa einer Woche bei Kutno begann und sich dann nach Osten gegen die Bzura zog, erweist sich nunmehr als

eine der größten Vernichtungsschlachten aller Zeiten.

Die Zahl der Gefangenen hat sich gestern allein an der Bzura auf 105000 Mann erhöht und wächst ständig. Dazu treten noch außerordentlich hohe blutige Verluste des Feindes. Das erbeutete Kriegsmaterial ist unübersehbar.

Ernsterer Widerstand wird im ganzen von uns besetzten Polen nur mehr in und südlich Modlin sowie in Warschau geleistet.

Unsere in der Verfolgung des Gegners bis zur Linie Stryj—Lemberg—Brest—Bialystok vorgestoßenen Truppen werden nunmehr nach der Vernichtung der dort befindlichen letzten Reste der polnischen Armee wieder planmäßig auf die zwischen der deutschen und russischen Regierung endgültig festgelegten Demarkationslinie zurückgenommen.

Die Kämpfe bei Gdingen wurden gestern mit der Einnahme des Kriegshafens abgeschlossen. Auch hier fielen mehrere tausend Gefangene in unsere Hand. Das Schulschiff „Schleswig-Holstein" und Streitkräfte des Führers der Minensuchboote griffen wirksam in diese Kämpfe ein.
Der Einsatz der Luftwaffe beschränkt sich an der ganzen Front auf Aufklärungstätigkeit.
Im Westen nur örtliche Spähtruppunternehmen.

21. 9. 39.

Noch immer ist das Ergebnis der Schlacht im Weichselbogen nicht im vollen Maß zu übersehen. Bis zum Nachmittag des 20. 9. war die Zahl der Gefangenen auf 170000 gestiegen und ist immer noch im Wachsen. Eine der beiden an der Schlacht beteiligten deutschen Armeen hat bisher allein 320 Geschütze und 40 Kampfwagen erbeutet. Auf polnischer Seite kämpften nach den bisherigen Feststellungen in dieser Schlacht neun Divisionen und Teile von 10 weiteren Divisionen und drei Kavalleriebrigaden.
Im Süden haben sich nach hartem Kampf bei Zamosz und Tomaszow starke polnische Kräfte den deutschen Truppen ergeben, darunter der Oberbefehlshaber der polnischen Südarmee. Seit dem 10. 9. wurden dort 60000 Gefangene gemacht und 108 leichte und 22 schwere Geschütze erbeutet.
Die Beute in den Kämpfen um Gdingen ist auf 350 Offiziere, 12000 Mann und etwa 40 Geschütze gestiegen.
Widerstand wird jetzt nur noch in Warschau und Modlin, südostwärts Warschau bei Gorja Kalvarja und auf der Halbinsel Hela geleistet. In den nächsten Tagen wird das Oberkommando der Wehrmacht einen zusammenfassenden Bericht über den Feldzug in Polen geben.
Im Westen wurden drei Fesselballone und acht feindliche Flugzeuge abgeschossen. Sonst keine Ereignisse.

22. 9. 39.

Die Bewegungen der deutschen und russischen Truppen auf die vereinbarte Demarkationslinie vollziehen sich planmäßig und im besten Einvernehmen. Bei Lemberg wurden die dort kämpfenden deutschen Truppen durch russische Verbände abgelöst.
Die als Ergebnis der Schlacht bei Tomaszow bereits gemeldeten Gefangenen- und Beutezahlen wachsen noch ständig.
Mehrere polnische Ausbruchsversuche aus Praga wurden abgewiesen. Auf der Strecke Warschau—Siedlce wurde bei Kaluszyn nach kurzem Gefecht ein feindlicher Panzerzug genommen.
178 Angehörige des Diplomatischen Korps und 1200 sonstige Ausländer konnten gestern Warschau auf dem von den deutschen Kommandobehörden bestimmten Wege verlassen. Sie wurden von deutschen Offizieren empfangen und in bereitgestellten Zügen noch in der Nacht nach Königsberg befördert. Sämtliche Ausländer sind wohlbehalten und unverletzt.
Im Westen nur vereinzelte Stoßtruppunternehmungen. Ein französisches Jagdflugzeug wurde im Luftkampf abgeschossen.

23. 9. 39.

Lemberg ergab sich gestern den bereits im Abmarsch befindlichen deutschen Truppen. Übergabeverhandlungen sind im Einvernehmen mit den am Ostrand der Stadt stehenden sowjetrussischen Truppen im Gange.
Beim Absuchen der Waldungen an der Bzura fiel am 21. 9. der Oberbefehlshaber der polnischen Korridorarmee, General Bortnowski, mit seinem ganzen Stabe in unsere Hand.
Nach heftigem Kampf mit einem sich verzweifelt wehrenden Gegner gelang es gestern, die Süduferstraße an der

Weichsel zwischen Modlin und Warschau zu überschreiten

und damit beide Städte getrennt abzuriegeln. Mehrere tausend Gefangene wurden gemacht.
Im Westen nur an einzelnen Stellen schwache Artillerietätigkeit. Bei Saarbrücken wurde ein französisches Flugzeug durch Flakfeuer zur Landung gezwungen, die Besatzung gefangengenommen. Ein deutsches Flugzeug im Luftkampf abgeschossen.

24. 9. 39.

Die Bewegungen der deutschen Truppen auf die Demarkationslinie wurden auf der gesamten Ostfront planmäßig fortgesetzt.
Im Raume Tomaszow—Zamosc—Rudco wurden abgesprengte Feindkräfte bei dem Versuch, sich nach Süden durchzuschlagen, zum Kampf gestellt. Teile dieses Feindes wurden südwestlich Zamosc eingeschlossen, andere gehen nach Osten zurück und werden dort auf russische Truppen stoßen.
In den letzten Tagen steigerte sich die Zahl der polnischen Überläufer aus Praga und Modlin.
Im Westen an einzelnen Stellen verstärktes Artilleriefeuer. Örtliche feindliche Angriffe wurden abgewiesen.

25. 9. 39.

Im Osten vollzogen sich die Bewegungen der deutschen Truppen auf die Demarkationslinie am 24. September überall reibungslos und im Einvernehmen mit den russischen Verbänden.
Im wiederholten Einsatz haben Sturzkampfflieger militärisch wichtige Ziele in Warschau mit Erfolg angegriffen.
Im Westen an einzelnen Stellen Spähtrupp- und Artillerietätigkeit auf beiden Seiten. Acht französische Flugzeuge wurden im Luftkampf abgeschossen.
Ein deutsches U-Boot versenkte einen englischen Zerstörer. Auch die Handelskriegführung zeitigte wiederum gute Erfolge.

26. 9. 39.

Im Osten wurde die planmäßige Bewegung auf die Demarkationslinie fortgesetzt. Nur ostwärts des unteren San kam es noch zu kurzen Gefechten mit versprengten Feindteilen, wobei durch eine Panzerdivision zweitausend Gefangene gemacht wurden.

Nachdem es trotz aller Bemühungen nicht gelungen ist, den polnischen Kommandanten von der Grausamkeit und Nutzlosigkeit eines Widerstandes in Warschau zu überzeugen, wurde gestern mit den Kampfhandlungen gegen die Stadt begonnen. Im kühnen Handstreich wurde das Fort Mokotowski und anschließend ein Teil der Vorstadt Mokotow genommen.

Im Westen Artillerie-Störungsfeuer und geringe Spähtrupptätigkeit. Französische Flugzeuge haben — wie einwandfrei erkannt wurde — belgisches Gebiet überflogen.

In Luftkämpfen wurden fünf französische Flugzeuge und zwei Fesselballone, durch Flakfeuer ein französisches Flugzeug abgeschossen.

27. 9. 39.

Im Osten nähern sich unsere Truppen der mit der Sowjetregierung vereinbarten Demarkationslinie.

Von den versprengten Teilen des polnischen Heeres, die sich noch zwischen den deutschen und den vormarschierenden russischen Truppen befinden, wurde gestern östlich Bilgoraj die 41. Division und die 1. Kavalleriebrigade gefangengenommen.

Die zu Beginn der Kampfhandlungen als offene Stadt angesehene und dementsprechend respektierte Hauptstadt Polens ist durch die Maßnahmen des Kommandanten, die Wiederinstandsetzung der alten Forts und die Bewaffnung von Teilen der Zivilbevölkerung in eine Festung verwandelt worden.

Der Angriff dagegen brachte gestern im Nordteil die erste, im Südteil die zweite Fortlinie in unseren Besitz. Unter dem Eindruck dieser Angriffe hat der polnische Kommandant heute vormittag die

Übergabe der Stadt

und der Besatzung angeboten.

Der Oberbefehlshaber des Heeres hat den General Blaskowitz beauftragt, die Übergabeverhandlungen zu führen.

Die Luftwaffe griff militärisch wichtige Ziele in Modlin an.

Im Westen nur geringe Gefechtstätigkeit

Der Feind schanzt auf der ganzen Front. Zwei französische Flugzeuge wurden im Luftkampf über Freiburg und Sigmaringen abgeschossen.

Deutsche Luftstreitkräfte griffen gestern englische Seestreitkräfte, Schlachtschiffe, Flugzeugträger, Kreuzer und Zerstörer in der mittleren Nordsee mit Erfolg an.

Außer einem Flugzeugträger, der zerstört worden ist, wurden mehrere schwere Treffer auf einem Schlachtschiff erzielt.

Unsere Flugzeuge erlitten keine Verluste.

28. 9. 39.

Im Osten hat die Masse unserer Truppen die Demarkationslinie planmäßig überschritten.

In den gestern gemeldeten Kämpfen am Südflügel ostwärts des San wurden im ganzen 500 Offiziere und 6000 Mann gefangengenommen. Neben der schon gemeldeten polnischen 41. Division fielen ein Armeeführer, der Führer eines Grenzschutzkorps sowie die Kommandeure der 7. und 39. Division mit ihren Stäben in unsere Hand.

Die Stadt Warschau, die sich gestern bedingungslos ergeben hat, wird nach Erledigung der notwendigen Vorbereitungen voraussichtlich am 29. September besetzt werden. Heute vormittag hat auch der Kommandant von Modlin die Übergabe der Festung angeboten.

Im Westen keine wesentlichen Kampfhandlungen. Bei einem Luftkampf über Saarbrücken wurde ein feindliches Flugzeug zum Absturz gebracht.

Ein schwerer britischer Kreuzer wurde bei der Isle of May von einer Kampfstaffel mit Erfolg angegriffen. Eine 250-Kilo-Bombe schlug im Vorschiff ein.

Von den am Vortag angegriffenen schweren britischen Seestreitkräften ist ein Flugzeugträger durch eine 500-Kilo-Bombe, ein Schlachtschiff durch zwei 250-Kilo-Bomben im Vor- und Mittelschiff getroffen worden.

29. 9. 39.

Im Verlauf der planmäßigen Bewegung über die Demarkationslinie wurde am 28. 9. Przemysl-Süd durch den deutschen Kommandanten in feierlicher Form an die russischen Truppen übergeben.

Der Ausmarsch der entwaffneten Besatzung von Warschau beginnt heute abend und wird sich auf 2 bis 3 Tage erstrecken.

Der

Einmarsch der deutschen Truppen

ist daher erst für den 2. 10. vorgesehen. Hilfsmaßnahmen für die Verpflegung und sanitäre Versorgung der Zivilbevölkerung sind eingeleitet.

Die Festung Modlin hat unter dem Eindruck der deutschen Angriffe sowie als Folge der Zermürbung durch Artilleriefeuer und Bombenabwürfe bedingungslos kapituliert. Die Einzelheiten der Übergabe werden nach Weisung der Heeresgruppe Nord durch das vor Modlin eingesetzte Korpskommando festgelegt. In der Festung befinden sich etwa 1200 Offiziere, 30000 Mann, 4000 Verwundete.

Im Westen Erdkampftätigkeit wie bisher.

Im Luftkampf wurden bei Weißenburg ein französisches, bei Osnabrück ein britisches Flugzeug abgeschossen.

30. 9. 39.

Im Osten haben sich nach der Kapitulation von Modlin auch die im Brückenkopf von Modlin südlich der Weichsel befindlichen 269 Offiziere und etwa 5000 Mann ergeben. 58 Geschütze, 183 Maschinengewehre und zahlreiches anderes Kriegsgerät wurden erbeutet.

Im Westen an verschiedenen Stellen etwas lebhaftere Artillerietätigkeit.

Im Skagerrak und Kattegatt wurden in den letzten beiden Tagen 45 Dampfer von deutschen Zerstörern und Torpedobooten auf Bannware untersucht und ein Teil von ihnen aufgebracht.

Zwei Schwärme von zusammen zwölf britischen Kampfflugzeugen versuchten in das deutsche Hoheitsgebiet an der Nordseeküste einzufliegen. Ein Schwarm griff in der deutschen Bucht Zerstörer ohne jeden Erfolg an. Die britischen Flugzeuge wurden durch Flakfeuer vertrieben. Bombentreffer wurden nicht erzielt. Den anderen Schwarm stellten deutsche Jagdflieger in der Nähe der ostfriesischen Inseln Wangerooge und Langeoog. Im Luftkampf wurden von sechs britischen Flugzeugen fünf abgeschossen. Die Besatzungen zweier deutscher Jagdflugzeuge, die auf See notlanden mußten, wurden unverletzt durch deutsche Kriegsschiffe gerettet.

Der Kampf

Inzwischen ist im Laufe des September ein militärischer Sieg errungen, wie ihn die Kriegsgeschichte noch kaum gesehen hat. Das polnische Feldheer ist vernichtet, die polnische Luftwaffe zerschlagen. Eine polnische Kriegsmarine besteht nicht mehr. Der polnische Staat hat nach der Flucht der Regierung ins Ausland aufgehört zu bestehen.

Die Geschichte erst kann die Ereignisse in ihrer Größe und Tragweite voll würdigen. Wir können im Augenblick nur den Ablauf der Dinge und die Grundzüge der militärischen Operationen betrachten. Dabei verweisen wir besonders auch auf die Karten.

Wir folgen den Ausführungen des Oberkommandos der Wehrmacht, das am 23. 9. 39 nachstehende Ausführungen bekanntgab:

Der Feldzug in Polen ist beendet.

In einer zusammenhängenden Reihe von Vernichtungsschlachten, deren größte und entscheidendste die im Weichselbogen war, wurde das polnische Millionenheer geschlagen, gefangen oder zersprengt. Keine einzige der polnischen aktiven oder Reservedivisionen, keine ihrer selbständigen Brigaden usw. ist diesem Schicksal entgangen.

Nur Bruchteile einzelner Verbände konnten sich durch die Flucht in die Sumpfgebiete Ostpolens der sofortigen Vernichtung entziehen. Sie erliegen dort den sowjetrussischen Truppen.

Von der gesamten polnischen Wehrmacht kämpft zur Zeit nur mehr ein geringfügiger Rest auf hoffnungslosem Posten in Warschau, in Modlin und auf der Halbinsel Hela. Daß er das noch kann, verdankt er ausschließlich der gewollten Schonung unserer Truppen und unserer Rücksichtnahme auf die polnische Zivilbevölkerung.

Anlage und Ablauf der Operationen.

Als sich seit dem Frühjahr 1939 die Anzeichen verstärkten, daß Polen, bauend auf die ihm zugesicherte fremde Hilfe, in der Verfolgung seiner weitgespannten nationalen Interessen auch einen Waffengang mit dem Deutschen Reich nicht scheuen würde, wurden in sorgfältigen Prüfungen die wahrscheinlichen Operationsabsichten Polens zu klären versucht. Die aus der polnischen Literatur und aus der Tagesjournalistik gewonnenen Eindrücke gaben in Verbindung mit den unterdes bekannt gewordenen militärischen Maßnahmen der polnischen Heeresleitung ein ungefähres Bild der Absichten der polnischen Führung.

In einer Reihe von Besprechungen des Führers mit den Oberbefehlshabern des Heeres, der Marine und der Luftwaffe, ihren Generalstabschefs und dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht wurden die sich daraus für die deutsche Wehrmacht ergebenden operativen Gedanken erörtert und geklärt.

1. Polnische Absichten.

Schon die Verfolgung der allgemeinen und sehr wissenschaftlichen Literatur Polens vermittelte ein Bild der Vorstellungen, das sich der polnische politische und staatliche Chauvinismus über die künftige Entwicklung des polnischen Staates gemacht hatte. Publizistische Forderungen der Tagespresse sowie rednerische Ergüsse polnischer Politiker ... machung in Erscheinung tretende Aufmarsch der polnischen Streitkräfte dürfte als letzte Bestätigung dieser Absichten gelten.

Die polnische Heeresleitung lebte in Unterschätzung der deutschen Wehrkraft in dem Glauben, daß es ihr mit Rücksicht auf die Bindung starker deutscher Kräfte im Westen des Reiches gelingen würde, den Krieg im Osten zumindest in einem gewissen Ausmaß offensiv führen zu können. Der beherrschende Gedanke war, den Freistaat Danzig sofort zu besetzen, Ostpreußen von drei Seiten anzugreifen und als vom übrigen Reich abgeschnürte Insel einzunehmen.

Zu diesem Zweck fand folgende Kräftegruppierung statt: Eine polnische Armee im Raum nördlich von Warschau, ebenso befähigt, einen etwa drohenden deutschen Vormarsch aus Ostpreußen gegen Warschau zu hemmen, wie stark genug, den eigenen Angriff durchzuführen. Diese polnische Gruppe sollte rechts flankiert werden durch eine beachtliche Kräfteansammlung, die aus östlicher Richtung Ostpreußen bedrohen konnte, am linken Flügel durch eine sehr starke Armee im Korridor. Die Aufgabe der Korridor-Armee war, den Freistaat Danzig zu besetzen, um dann auch von dieser Seite offensiv gegen Ostpreußen vorgehen zu können.

Um dieser Operation die notwendige Rückendeckung zu geben, wurde im Raume von Posen die weitaus stärkste polnische Armee aufgestellt. Sie sollte im Falle eines deutschen Angriffs gegen den Korridor mit ihren überlegenen Kräften die Flanke dieses Angriffs bedrohen. Sie konnte aber ebenso der südwärts von ihr aufmarschierenden schwächeren polnischen Armee jederzeit zu Hilfe eilen. Durch ihre Stärke und ihre zentrale Aufstellung im Raume von Posen bedrohte sie somit durch ihre bloße Existenz jede deutsche Angriffsoperation aus dem mittleren Oberschlesien und aus Pommern in der tiefen Flanke. Die polnische Südarmee im Raume Krakau—Lemberg war nach Auffassung der polnischen Heeresleitung stark genug, um die wichtigen Industriegebiete zu schützen. Sie konnte je nach dem Verlauf der Operation noch zu weiteren Einsätzen herangezogen werden, sei es zur direkten Hilfeleistung der anderen polnischen Armeen, sei es zum Angriff gegen das für Deutschland lebenswichtige oberschlesische Industriegebiet.

2. Ziel und Anlage der deutschen Operationen.

Das Ziel der deutschen Operation war, die im großen Weichselbogen konzentrierte gewaltige polnische Armee umfassend anzugreifen, zu stellen und zu vernichten. Zu diesem Zwecke wurden vom Oberbefehlshaber des Heeres — Generaloberst von Brauchitsch — (Chef des Generalstabes General der Artillerie Halder) zwei Heeresgruppen gebildet:

a) die Heeresgruppe Süd unter dem Befehl des Generaloberst von Rundstedt, mit
Generalleutnant von Manstein als Chef des Generalstabes,

b) Heeresgruppe Nord unter dem Befehl des Generaloberst von Bock, mit
Generalleutnant von Salmuth als Chef des Generalstabes.

Der Heeresgruppe Süd waren drei Armeen unterstellt:
die Armee des Generaloberst List,
die Armee des Generals der Artillerie von Reichenau und
die Armee des Generals der Infanterie Blaskowitz.

Der Heeresgruppe Nord waren unterstellt:
die Armee des Generals der Artillerie von Kluge und
die Armee des Generals der Artillerie von Küchler.

Aufgaben der beiden Heeresgruppen.

Der Auftrag der Heeresgruppe Süd war, mit der mittleren Armee des Generals von Reichenau aus dem Raum um Kreuzburg in nordöstlicher Richtung auf die Weichsel durchzustoßen. Zur Abschirmung der rechten Flanke dieser Armee sollte die Armee des Generaloberst List aus Oberschlesien und am Nordrand der West-Beskiden in östlicher Richtung vorgehen. Ihre Aufgabe war, die dort befindlichen polnischen Kräfte zu stellen,

um sie dann mit den von Süd nach Nord aus dem slowakischen Raum einbrechenden Verbänden zu umfassen und ihnen, wenn möglich, den Rückweg nach Osten zu verlegen.

Zur Sicherung der linken Flanke des Generals von Reichenau sollte die Armee des Generals Blaskowitz aus dem Raum östlich Breslau ebenfalls in allgemeiner Richtung auf Warschau gestaffelt vorgehen, um so den zu erwartenden Flankenstoß der polnischen Heeresgruppe aus dem Raum Posen aufzufangen und abzuwehren.

Der Auftrag der Heeresgruppe Nord war, mit der Armee des Generals der Artillerie von Kluge in kürzester Frist die Verbindung mit Ostpreußen herzustellen, den Weichselübergang zwischen Bromberg und Graudenz zu erzwingen und mit einer aus Ostpreußen gegen Graudenz angesetzten Gruppe dann in allgemein östlicher Richtung die Vereinigung mit dem Nordflügel der Heeresgruppe Süd zu suchen. Die zweite Armee des Generaloberst von Bock unter dem Befehl des Generals der Artillerie von Küchler hatte den Auftrag, aus Ostpreußen über den Narew und Bug östlich der Weichsel die Verbindung mit der Armee des Generals von Reichenau herzustellen bzw. Warschau vom Osten abzuriegeln.

Im Zuge der weiteren Operationen sollte versucht werden, polnische Streitkräfte, denen unter Umständen der Rückzug über die Weichsel doch gelingen würde, durch eine erweiterte große Umfassung hinter San und Bug abzufangen.

Alle aus dieser Anlage sich ergebenden Operationen wurden von der Führung hervorragend gemeistert und von der Truppe glänzend gelöst. Das erste Operationsziel, möglichst starke Teile des feindlichen Heeres westlich der Weichsel zur Schlacht zu stellen und zu vernichten, ist in einem geschichtlich einmaligen Ausmaß gelungen. In einer zusammenhängenden Schlachtenfolge gelang es, das Schicksal des polnischen Heeres und damit das des ganzen Feldzuges praktisch bereits nach acht Tagen zu entscheiden. Der Vernichtung der polnischen Armee im Korridor folgte schon wenige Tage später die Einkesselung der vor der Armee Reichenau zurückweichenden polnischen Truppen im Raume von Radom. Vorgeworfene Kräfte der Armee von Reichenau verlegten alsdann vor den Toren Warschaus den polnischen Armeen in Posen und im Korridor den Rückzug hinter die Weichsel. Gegen diesen starken Feind schwenkte in der Folgezeit die Armee Blaskowitz und die Masse der Armee von Reichenau ein.

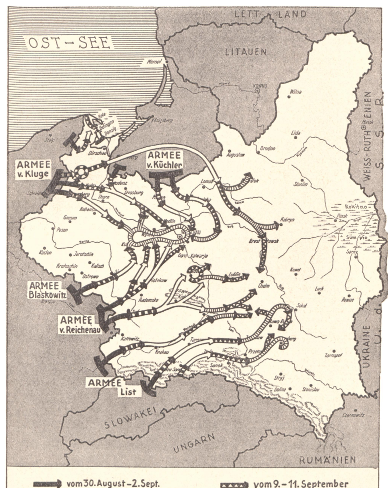
Die in fortgesetzten Angriffen mehr und mehr zusammengetriebenen polnischen Divisionen versuchten durch verzweifelte Gegenstöße an verschiedenen Stellen, den Ring, der sie umschloß, zu sprengen. So wie sich vorher die Angriffskraft der deutschen Divisionen auf das höchste bewährt hatte, so bewährte sich nun nicht minder ihre Standfestigkeit. Das Ergebnis dieser Schlachtenfolge war die fast restlose Vernichtung der westlich der Weichsel angesetzten polnischen Armeen. Die Gefangenenzahl, die sich aus den in der großen Operation zusammenhängenden drei Kapitulationen ergab, beträgt über 300 000. Die Gefangenenzahl im gesamten aber hat bisher 450 000 überschritten. Die Zahl der erbeuteten Geschütze beträgt schon jetzt rund 1200; das sonstige Kriegsmaterial läßt sich noch nicht annähernd übersehen. Die Schnelligkeit dieser Operationen und die Größe des Gesamterfolges stehen in der Kriegsgeschichte einzigartig da.

An diesen gewaltigen Erfolgen waren Truppen aller deutschen Stämme, Formationen junger aktiver und solche älterer Jahrgänge in gleicher Weise beteiligt.

Die deutsche Infanterie hat ihren unvergänglichen Ruhm erneuert. Ihre Leistungen im Marschieren, im Ertragen aller Strapazen waren nicht geringer als ihre Leistungen im Kampf. Ihr Angriffsmut wurde ergänzt durch eine unerschütterliche, zähe Standhaftigkeit, die jede denkbare Krise überwanden. Ihr Angriffsschwung wurde unterstützt durch die Schwesterwaffen. Die leichte und die schwere Artillerie haben mitgeholfen, die großen Erfolge zu ermöglichen.


OST-SEE
HEERESGRUPPE NORD
v. Bock
4. ARMEE
(v. Kluge)
3. ARMEE
(v. Küchler)
8. ARMEE
(Blaskowitz)
10. ARMEE
(v. Reichenau)
HEERESGRUPPE SÜD
v. Rundstedt
14. ARMEE
(List)
LETT LAND
LITAUEN
WEISS-RUTHENIEN
U. d. S. S. R.
UKRAINE
SLOWAKEI
UNGARN
RUMÄNIEN
Memel
Königsberg
Hela
Gdingen
Danzig
Dirschau
Schneidemühl
Kulm
Bromberg
Graudenz
Thorn
Strasburg
Mlawa
Ostrolenka
Lomza
Augustow
Kowno
Wilna
Lida
Grodno
Bialystok
Slonim
Minsk
Rokitno-Sümpfe
Pinsk
Kobryn
Sarny
Hohensalza
Gnesen
Posen
Kosten
Jarotschin
Krotoschin
Kalisch
Ostrowo
Sieradz
Lodsch
Kutno
Plock
Modlin
Wyszogrod
WARSCHAU
Otwock
Lowicz
Gora Kalwarja
Radom
Piotrkow
Brest Litowsk
Lublin
Chelm
Kowel
Luck
Rowne
Sokal
Lysa Gora
Kielce
Radomsko
Tschenstochau
Sandomierz
Rawa Ruska
Kattowitz
Krakau
Tarnow
Jaslo
Jaroslaw
Przemysl
Lemberg
Tarnopol
Neu Sandez
Sanok
Stryj
Dolina
Stanislau
Czernowitz
Njemen
Narew
Bug
Weichsel
Warthe
Pripet
San
Dnjestr
Deutsche Truppen
Polnische Truppen
Fischer

Verlauf der Gesamtoperationen



Dank ihrem Eingreifen und dem der **Pioniere** gelang es, die befestigten Grenzstellungen der Polen in kürzester Frist zu zerschlagen, zu stürmen oder zu überrennen, um den Gegner dann in unaufhaltsamer Verfolgung zu vernichten.

In großartigem Zusammenwirken haben dabei die **Panzer- und Motorverbände, Kavallerie, Panzerabwehr und Aufklärungsverbände** die in sie gesetzten Hoffnungen erfüllt.

Mit ihnen kämpften Schulter an Schulter die dem Heer unterstellten **Formationen der SS-Verfügungstruppe.**

Nach den Befehlen des Generalfeldmarschalls **Göring** (Chef des Generalstabes Generalmajor **Jeschonnek**) wurden **zwei starke Luftflotten unter den Generalen der Flieger Kesselring und Löhr gebildet und zur Führung des Luftkrieges gegen Polen eingesetzt. Diese beiden Luftflotten haben die polnische Fliegertruppe restlos zerschlagen, den Luftraum in Kürze beherrscht.** In engster Zusammenarbeit mit dem Heere haben in ununterbrochenem Einsetzen Schlacht- und Sturzkampfflieger Bunkerstellungen, Batterien, Truppenansammlungen, Marschbewegungen, Ausladungen usw. angegriffen. Durch ihre Todesverachtung haben sie dem Heere unendlich viel Blut erspart und zum Gesamterfolg in höchstem Ausmaße beigetragen. Die Flakartillerie nahm den deutschen Luftraum unter ihren Schutz und wirkte besonders im Anfang des Feldzuges mit an der Vernichtung der polnischen Fliegertruppe. **Im ganzen sind rund 800 Flugzeuge vernichtet oder vom Heere erbeutet, ein letzter Rest außer Landes geflüchtet und interniert.**

Zur See haben Teile der deutschen Seestreitkräfte unter dem Befehl des Generaladmirals Albrecht seit Beginn der Feindseligkeiten die Danziger Bucht abgeriegelt und damit jeden Seeverkehr von und nach den polnischen Seehäfen unterbunden. Mit **Ausnahme eines U-Bootes sind alle am 1. September noch in der Ostsee befindlichen polnischen Seestreitkräfte vernichtet oder in neutralen Häfen interniert worden. Auch hieran hat die Luftwaffe einen ruhmvollen Anteil.**

Die hervorragenden Leistungen auf dem Gebiet der Nachrichtenverbindungen der rückwärtigen Dienste, insbesondere die Wiederherstellung von Straßen, Brücken und Eisenbahnen, bei der sich auch der **Arbeitsdienst** besonders bewährte, haben der Führung ihre Aufgabe außerordentlich erleichtert.

Die seit Jahren in stiller Pflichterfüllung arbeitende **Grenzwacht** besetzte die rückwärtigen Armeegebiete und machte es der Führung möglich, alle Truppen des Feldheeres an der Front einzusetzen.

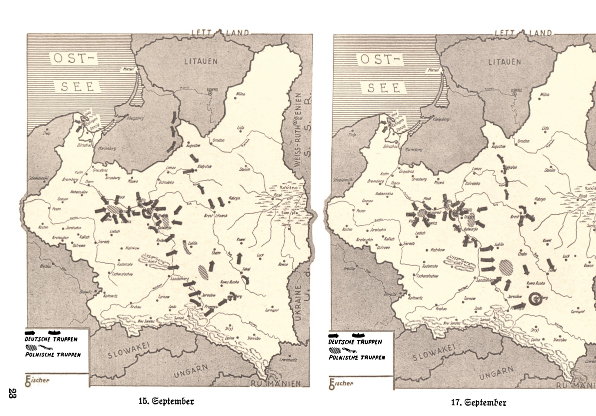
So **haben in vorbildlichem Zusammenwirken alle Waffen zum Gesamterfolg beigetragen.** Er war nur dadurch möglich, daß das **Westheer** und **starke Teile der Luftwaffe** zuversichtlich und entschlossen bereitstanden, **jeder noch so großen feindlichen Überlegenheit zu trotzen, und daß die Kriegsmarine die Sicherheit des deutschen Nordseeraumes und der deutschen Küsten gewährleistete.**

Der polnische Soldat hat sich vielfach tapfer geschlagen; an der Unzulänglichkeit seiner Führung und seiner Organisation ist er zerbrochen.

Dank der vorzüglichen Führung, dem hohen Ausbildungsstand und der modernen Bewaffnung der deutschen Wehrmacht sind ihre Erfolge mit **eigenen Verlusten** verbunden, die im Vergleich zu den gewaltigen des Gegners als ungewöhnlich gering bezeichnet werden müssen. Ihre genauen Zahlen werden in wenigen Tagen bekanntgegeben werden.

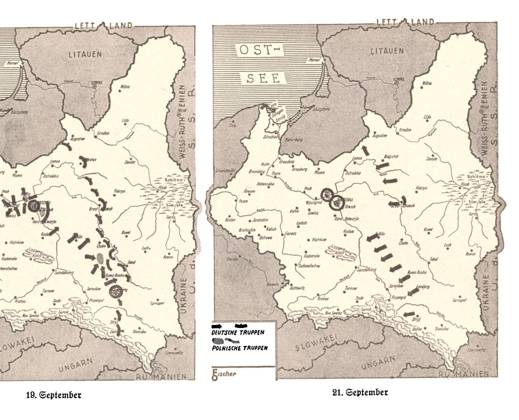
Material und Bewaffnung der neuen Wehrmacht haben den höchsten Anforderungen entsprochen. Der Munitions- und Betriebsstoffverbrauch dieses Feldzuges betrug nur einen Bruchteil einer monatlichen Erzeugung.

Das deutsche Volk kann wieder mit Stolz auf seine Wehrmacht blicken. Sie aber sieht mit sieghaftem Vertrauen ihren weiteren Aufgaben entgegen.



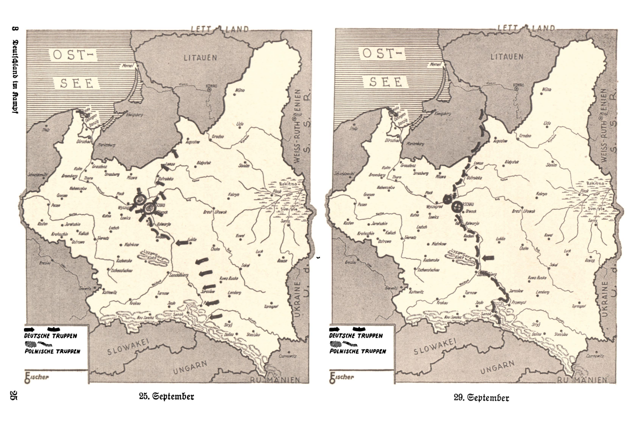
15. September

17. September



19. September

21. September



25. September

29. September

Rede des Führers in Danzig

19. 9. 39

„Mein Gauleiter! Meine lieben Danziger Volksgenossen und Volksgenossinnen!
Diesen Augenblick erleben nicht nur Sie, es erlebt ihn auch das ganze deutsche Volk in tiefer Ergriffenheit. Ich bin mir der Größe dieser Stunde bewußt!
Ich betrete zum erstenmal einen Boden, der von deutschen Siedlern ein halbes Jahrtausend vor der Zeit in Besitz genommen wurde, als die ersten Weißen sich im heutigen Staat New York niederließen. Ein halbes Jahrtausend länger ist dieser Boden deutsch gewesen und deutsch geblieben. Er wird — dessen können alle überzeugt sein — auch immer deutsch bleiben!
Das Schicksal, das diese Stadt und dieses schöne Land betroffen hat, ist das Schicksal ganz Deutschlands gewesen. Der Weltkrieg, dieser wohl sinnloseste Kampf aller Zeiten, hat auch dieses Land und diese Stadt zu seinen Opfern gemacht — dieser Weltkrieg, der nur Verlierer und keinen Gewinner hatte, der nach seiner Beendigung wohl alle in der Überzeugung zurückließ, daß ein ähnliches Schicksal sich nicht mehr wiederholen dürfe, und der leider gerade von denen anscheinend vergessen wurde, die schon damals die Hauptheṭzer und auch die Hauptinteressenten an diesem Völkergemetzel gewesen waren.
Als dieses blutige Ringen zu Ende ging, in das Deutschland ohne jedes Kriegsziel eingetreten war, wollte man der Menschheit einen Frieden bescheren, der zu einer neuen Wiederauferstehung des Rechts und damit zu einer endgültigen Beseitigung aller Not führen sollte. Dieser Friede wurde unserem Volke in Versailles aber nicht etwa zu freiem Verhandeln vorgelegt, sondern durch ein brutales Diktat aufgezwungen.
Die Väter dieses Friedens sahen in ihm das Ende des deutschen Volkes. Vielleicht glaubten viele Menschen in diesem Frieden das Ende der Not zu sehen, aber er war nur der Anfang neuer Wirren. Denn in einem aber haben sich die damaligen Kriegshetzer und Kriegsbeendiger getäuscht: Nicht ein einziges Problem wurde durch dieses Diktat gelöst, zahllose Probleme aber neu geschaffen. Es war nur eine Frage der Zeit, wann die zertretene deutsche Nation sich aufraffen würde, um die ihr aufgezwungenen Probleme nun ihrerseits selbst zur Lösung zu bringen.
Das wesentlichste Problem hat man damals überhaupt übersehen. Die Tatsache nämlich, daß die Völker nun einmal bestehen, ob dies dem einen oder anderen britischen Kriegshetzer passen mag oder nicht. Es sind nun einmal 82 Millionen Deutsche hier in diesem Lebensraum vereint. Diese 82 Millionen Deutsche wollen leben, und sie werden leben, auch wenn das diesen Hetzern wieder nicht passen sollte.
Deutschland wurde durch den

Frieden von Versailles das schlimmste Unrecht

zugefügt. Wenn heute ein Staatsmann eines anderen Volkes glaubt behaupten zu dürfen, daß ihm das Vertrauen in das Wort deutscher Staatsmänner oder des deutschen Volkes fehle, dann haben im Gegenteil wir Deutsche das Recht, zu sagen, daß uns jegliches Vertrauen in die Zusicherungen jener fehlt, die damals ihre feierlichsten Versprechungen so erbärmlich gebrochen haben.
Ich will nun gar nicht vom Unrecht von Versailles sprechen — das schlimmste im Völkerleben ist vielleicht gar nicht das Unrecht, sondern vor allem der Unsinn, der Aberwitz und die Dummheit, mit denen man damals der Welt einen Frieden aufoktroyierte, der alle historischen und wirtschaftlichen, alle völkischen und politischen Gegebenheiten einfach überging. Man hat damals Regelungen getroffen, bei denen man nachgerade bezweifeln muß, ob die Männer, die sie verbrochen haben, wirklich bei Vernunft gewesen sind. Bar jeder Kenntnis der geschichtlichen Entwicklung der europäischen Lebensräume, bar auch jedes wirtschaftlichen Verständnisses, haben diese Menschen

in Europa herumgewütet, Staaten zerrissen, Landschaften zerteilt, Völker unterdrückt und uralte Kulturen zerstört.

Auch dieses Danziger Land war ein Opfer des damaligen Wahnwitzes, der polnische Staat als solcher ein Produkt dieses Unsinns! Was Deutschland für diesen polnischen Staat opfern mußte, ist vielleicht der Welt nicht genügend bekannt.

Denn das eine muß ich aussprechen: Alle diese Gebiete, die damals Polen einverleibt worden sind, verdanken ihre Entwicklung ausschließlich deutscher Tatkraft, deutschem Fleiß und deutschem schöpferischen Wirken. Daß man damals mehr als eine Provinz vom Deutschen Reich riß und sie diesem neuen polnischen Staat zuteilte, wurde mit völklichen Notwendigkeiten motiviert. Dabei hat später die Abstimmung überall ergeben, daß in diesen Provinzen niemand eine Sehnsucht gehabt hatte, in diesen polnischen Staat zu kommen. Polen, das aus den Blutopfern zahlloser deutscher Regimenter entstanden war, hat sich auf Kosten alten deutschen Siedlungsgebietes und vor allem auf Kosten jeder Vernunft und jeder wirtschaftlichen Möglichkeit ausgedehnt.

Es ist in den letzten 20 Jahren klar erwiesen worden: Der Pole, der diese Kultur nicht begründet hatte, war nicht einmal fähig, sie auch nur zu erhalten. Es hat sich wieder gezeigt, daß nur derjenige, der selbst kulturschöpferisch veranlagt ist, auf die Dauer auch eine wirkliche kulturelle Leistung zu bewahren vermag. 50 Jahre weiterer polnischer Herrschaft würden genügt haben, um diese Gebiete, die der Deutsche mühselig mit Fleiß und Emsigkeit der Barbarei entrissen hat, der Barbarei wieder zurückzugeben. Überall zeigen sich bereits heute die Spuren dieses Rückschritts und Verfalls. Polen selbst war ein Nationalitätenstaat; man hatte in ihm das geschaffen, was man dem alten österreichischen Staat als Schuld vorwarf. Polen war niemals eine Demokratie. Eine ganze dünne schwindsüchtige Oberklasse beherrschte diktatorisch nicht nur fremde Nationalitäten, sondern auch das sogenannte eigene Volk. Es war ein Gewaltstaat, regiert durch den Gummiknüppel der Polizei und letzten Endes auch durch Militär.

Das Los der Deutschen in diesem Staat war entsetzlich. Dabei ist es noch ein Unterschied, ob ein Volk von einer minderen kulturellen Bedeutung das Unglück hat, von einem kulturell bedeutenderen regiert zu werden, oder ob ein Volk von hohem Kulturstand dem tragischen Schicksal unterworfen wird, von einem kulturell minder entwickelten vergewaltigt zu werden. Denn in diesem minderen Volk werden sich alle nur denkbaren Minderwertigkeitskomplexe gegenüber dem besseren kulturtragenden Volk auswirken und abreagieren. Man wird dann grausam und barbarisch dieses überlegene Volk mißhandeln. Die Deutschen sind seit nun bald 20 Jahren Opfer eines solchen Schicksals gewesen.

Ich brauche hier nicht im einzelnen das Los der Deutschen zu schildern. Es war über alles tragisch und schmerzlich. Trotzdem habe ich wie überall so auch hier versucht, eine Regelung zu finden, die vielleicht zu einem billigen Ausgleich hätte führen können.

Ich habe mich einst bemüht, im Westen und im Süden des Reiches

endgültige Grenzen zu ziehen

und damit Gebiet um Gebiet der politischen Unsicherheit zu entreißen und für die Zukunft dort den Frieden zu sichern. Das gleiche war ich auch hier im Osten zu erreichen bestrebt gewesen.

Damals regierte in Polen ein Mann von einer unbestreitbaren realistischen Einsicht und Tatkraft. Es war mir gelungen, mit dem Marschall Pilsudski ein Abkommen zu erzielen, das den Weg zu einer friedlichen Verständigung der beiden Nationen ebnen sollte; ein Abkommen, das sich bemühte, unter vollkommenem Übergehen des Versailler Vertrages wenigstens die Grundlage für ein vernünftiges, tragbares Nebeneinanderleben sicherzustellen.

Solange der Marschall lebte, schien es, als ob dieser Versuch vielleicht zu einer Entspannung der Lage beitragen könnte. Sofort nach seinem Tode setzte aber wieder ein verstärkter Kampf gegen das Deutschtum ein. Dieser Kampf, der sich in tausenderlei Formen äußerte, verbitterte und verdüsterte die Beziehungen zwischen den beiden Völkern im steigenden Ausmaß.

Es war auf die Dauer nur sehr schwer möglich, geduldig zuzusehen, wie in einem Lande, das an sich schon Deutschland das schwerste Unrecht zugefügt hatte, die dort lebenden deut-

schen Minderheiten in einer geradezu barbarischen Weise verfolgt wurden. Die Welt, die sonst Tränen vergießt, wenn aus dem Deutschen Reich ein erst vor wenigen Jahrzehnten zugewanderter polnischer Jude hinausgewiesen wird, ist gegenüber dem Leid derjenigen, die zu Millionen in Vollzug des Versailler Diktats ihre frühere Heimat verlassen mußten, vollkommen stumm und taub geblieben. Denn hier handelt es sich ja nur um Deutsche!

Das Bedrückende und Empörende war dabei, daß wir das alles von einem Staat erdulden mußten, der tief unter uns stand. Denn letzten Endes war Deutschland eben doch eine Großmacht, auch wenn ein paar Wahnsinnige glaubten das Lebensrecht einer großen Nation durch einen sinnlosen Vertrag oder ein Diktat auslöschen zu können. Konnte eine Großmacht wie Deutschland auf die Dauer zusehen, wie ein tief unter ihm stehendes Volk und tief unter ihm stehender Staat Deutsche mißhandelte!

Es waren besonders zwei Zustände ganz unerträglich:

1. eine Stadt, deren deutscher Charakter von niemandem bestritten werden konnte, wurde nicht nur daran verhindert, sich den Weg zum Reich zurückzusuchen, sondern es wurde versucht, sie planmäßig allmählich über tausend Umwege zu polonisieren, und

2. war der Verkehr einer vom Deutschen Reich abgetrennten Provinz abhängig von allen denkbaren Schikanen bzw. dem Wohlwollen des dazwischen liegenden polnischen Staates.

Keine Macht der Welt hätte diesen Zustand so lange ertragen wie Deutschland!

Ich weiß nicht, was wohl England zu einer ähnlichen Friedenslösung auf seine Kosten gesagt haben würde, oder wie man sie in Frankreich hingenommen hätte oder gar in Amerika. Ich habe nun versucht, Wege zu einer tragbaren Lösung auch dieses Problems zu finden. Ich habe diese Versuche in Form mündlicher Vorschläge den damaligen polnischen Machthabern unterbreitet. Sie, meine Volksgenossen, kennen diese Vorschläge: sie waren mehr als maßvoll.

Ich bemühte mich, einen Ausgleich zu finden zwischen unserem Wunsch, Ostpreußen wieder in Verbindung mit dem Reich zu bringen, und dem Wunsch der Polen, einen Zugang zum Meere zu behalten. Ich habe versucht, eine Synthese zu finden zwischen dem deutschen Charakter der Stadt Danzig und ihrem Willen, zum Deutschen Reich zurückzukehren, und den wirtschaftlichen Forderungen der Polen.

Ich glaube wohl sagen zu dürfen, daß ich damals mehr als bescheiden war. Es gab Augenblicke, da ich mir selbst, grübelnd und brütend, die Frage vorlegte, ob ich es wohl vor meinem eigenen Volke würde verantworten können, solche Vorschläge der polnischen Regierung zu unterbreiten. Ich tat es, weil ich dem deutschen und dem polnischen Volke das Leid einer kriegerischen Auseinandersetzung ersparen wollte.

Dieses damalige Angebot habe ich nun in diesem Frühjahr in konkreter Form wiederholt:

Danzig sollte zum Deutschen Reich. Eine exterritoriale Straße sollte — natürlich auf unsere Kosten — nach Ostpreußen gebaut werden.

Polen sollte dafür in Danzig freieste Hafenrechte und einen exterritorialen Zugang erhalten.

Dafür war ich bereit, den an sich für uns kaum tragbaren Zustand der Grenzen sogar noch zu garantieren und endlich Polen auch an der Sicherung der Slowakei teilhaben zu lassen.

Ich weiß nicht, in welcher Geistesverfassung sich die polnische Regierung befand, als sie diese Vorschläge ablehnte?! (Stürmische Zustimmung der Zehntausende.) Ich weiß aber, daß viele Millionen Deutsche damals aufatmeten, da sie auf dem Standpunkt standen, daß ich mit diesem Angebot eigentlich zu weit gegangen wäre.

Polen antwortete mit dem Befehl zur ersten Mobilmachung.

Zugleich setzte ein wilder Terror ein. Meine Bitte an den damaligen polnischen Außenminister, mich in Berlin zu besuchen, um noch einmal diese Fragen durchzusprechen, wurde abgelehnt. Er fuhr statt nach Berlin nach London!

Es kamen nun jede Woche und jeden Monat fortgesetzt steigernde Drohungen, die schon für einen kleinen Staat kaum erträglich waren, für eine Großmacht aber auf die Dauer unmöglich waren. In polnischen Zeitschriften konnten wir lesen, daß es sich überhaupt nicht um das Problem Danzig handele, sondern um das Problem Ostpreußen, das in kurzer Zeit Polen einverleibt werden müsse.

Das übersteigerte sich nun von Tag zu Tag. Andere polnische Zeitungen erklärten, daß auch Ostpreußen das Problem nicht lösen könne, sondern daß auch Pommern unter allen Umständen zu Polen kommen müßte. Endlich wurde es als fraglich hingestellt, ob überhaupt die Oder als Grenze genügen könnte und nicht eigentlich die natürliche Grenze Polens die Elbe sei.

Man zerbrach sich sogar den Kopf darüber, ob man unsere Armee noch vor oder hinter Berlin zerfetzen sollte." (Tosende Pfui-Rufe brausen über den weiten Platz.) „Ein polnischer Marschall, der heute jammervoll seine Armee im Stich gelassen hat, erklärte damals, daß er Deutschland und die deutsche Armee zerhacken werde.

Parallel damit setzte ein Martyrium für unsere Volksdeutschen ein. Zehntausende wurden verschleppt, mißhandelt und in der grausamsten Weise getötet. Sadistische Bestien ließen ihre perversen Instinkte an ihnen aus, und — diese demokratische fromme Welt sah zu, ohne mit einer Wimper zu zucken." (Minutenlang wiederholen sich die stürmischen Pfui-Rufe der Danziger Volksgenossen.)

„Ich habe mir nun die Frage vorgelegt:

Wer kann Polen so verblendet haben?

Glaubte man dort wirklich, daß die deutsche Nation sich das alles auf die Dauer von einem lächerlichen Staat bieten lassen würde? Man muß es wohl geglaubt haben, weil man es den Polen von einer gewissen Stelle als möglich geschildert hatte — von jener Stelle, an der die Generalkriegshetzer nicht nur in den letzten Jahrzehnten, sondern den letzten Jahrhunderten gesessen haben — und auch heute noch sitzen!

Dort erklärte man, daß Deutschland überhaupt nicht als Macht zu werten sei. Dort wurde den Polen eingeredet, daß sie ohne weiteres in der Lage sein würden, gegen Deutschland Widerstand zu leisten. Dort ging man sogar einen Schritt weiter, indem man nämlich die Versicherung abgab, daß Polen, wenn ihr eigener Widerstand etwa nicht genügen sollte, sich jederzeit des Widerstandes, d. h. der Beihilfe der anderen versichern könnte.

Dort wurde jene famose Garantie abgegeben, die es in die Hand eines größenwahnsinnigen Kleinstaates legte, einen Krieg anzufangen oder auch zu unterlassen.

Für diese Kriegshetzer war allerdings auch

Polen nur ein Mittel zum Zweck!

Heute erklärt man ja bereits ganz ruhig, daß es sich bei diesem Kriege gar nicht um den Bestand Polens handele, sondern um die Beseitigung des deutschen Regimes!

Ich habe immer vor diesen Männern gewarnt. Sie werden sich, meine deutschen Volksgenossen, meiner Reden von Saarbrücken und Wilhelmshaven erinnern. Ich habe in diesen beiden Reden auf die Gefahren hingewiesen, die darin liegen, daß in dem einen Lande ohne weiteres Männer aufstehen und ungeniert den Krieg als eine Notwendigkeit predigen dürfen, wie es die Herren Churchill, Eden, Duff Cooper usw. getan haben. Ich habe darauf hingewiesen, wie gefährlich das vor allem in einem Lande ist, in dem man nie genau weiß, ob nicht diese Männer in kurzer Zeit an der Regierung sein werden. Man erklärte mir darauf, das würde nie der Fall sein. Meines Wissens sind sie jetzt die Regierung! Es ist also genau das eingetroffen, was ich damals vorhergesagt habe.

Ich habe damals die deutsche Nation vor diesen Menschen gewarnt, aber auch keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß Deutschland unter keinen Umständen vor ihren Drohungen und auch nicht vor ihrer Gewalt mehr kapitulieren werde. Man hat diese meine Antwort damals auf das schwerste angegriffen.

Denn es hat sich in diesen Demokratien so allmählich eine bestimmte Praxis herausgebildet: in Demokratien darf zum Kriege gehetzt werden; dort dürfen fremde Regime und Staatsoberhäupter angegriffen, verleumdet, beschimpft und beschmutzt werden, denn — dort herrscht Rede- und Pressefreiheit! In autoritären Staaten aber darf man sich nicht dagegen zur Wehr setzen — denn dort herrscht

Disziplin! Demnach ist es nur in disziplinlosen Staaten zulässig, zum Kriege zu hetzen, wogegen in disziplinierten Staaten die passende Antwort nicht erteilt werden darf.

Das würde in der Praxis dazu führen, daß in den undisziplinierten Staaten die Völker zum Kriege verhetzt werden, während in den disziplinierten Staaten die Völker gar keine Ahnung haben, was eigentlich um sie vorgeht. Ich habe mich daher damals entschlossen, dem deutschen Volk allmählich Kenntnis von dem Treiben dieser Verbrecherclique zu geben, um es so in jene Abwehrstellung zu bringen, die ich für notwendig hielt, um nicht eines Tages überrascht zu werden.

Als der September kam, war unterdessen der

Zustand unhaltbar

geworden. Sie kennen die Entwicklung dieser Augusttage: Ich glaube aber trotzdem, daß es auch in diesen letzten Tagen ohne die britische Garantie und ohne die Hetze dieser Kriegsapostel noch möglich gewesen wäre, eine Verständigung zu erreichen.

In einem gewissen Augenblick versuchte England selbst, uns mit Polen in eine direkte Aussprache zu bringen. Ich war dazu bereit! Wer natürlich nicht kam, waren die Polen. Ich setzte mich mit meiner Regierung zwei Tage nach Berlin und wartete und wartete.

Unterdessen hatte ich den neuen Vorschlag ausgearbeitet. Er ist ihnen bekannt. Ich habe ihn am Abend des ersten Tages dem britischen Botschafter mitteilen lassen. Er ist ihm Satz für Satz vorgelesen worden, außerdem wurden ihm von meinem Außenminister noch zusätzliche Erklärungen abgegeben.

Es kam der nächste Tag, und nichts geschah, nichts, außer: die polnische Generalmobilmachung, erneute Terrorakte und endlose Angriffe gegen das Reichsgebiet!

Nun darf man Geduld auch im Völkerleben nicht immer mit Schwäche verwechseln. Ich habe jahrelang mit einer grenzenlosen Langmut diesen fortgesetzten Provokationen zugesehen. Was ich in dieser Zeit oft selbst mitlitt, das können nur wenige ermessen. Denn es verging kaum ein Monat, ja kaum eine Woche, in der nicht eine Deputation aus diesen Gebieten zu mir kam, um mir das Unerträgliche der Lage des Deutschtums zu schildern, und mich immer wieder zu beschwören, doch endlich einzugreifen.

Ich habe immer wieder gebeten, es weiter in Geduld zu versuchen. Jahr für Jahr ging das so weiter. In der letzten Zeit habe ich allerdings gewarnt, daß das einmal ein Ende finden müßte, und ich habe mich dann nach monatelangem Warten und immer neuen Vorschlägen endlich entschlossen, wie ich im Reichstag schon erklärte, mit Polen in der Sprache zu reden, in der Polen selbst reden zu können glaubte, in jener Sprache, die es wohl allein versteht!

Aber auch in diesem Augenblick war der Friede noch einmal zu retten.

Das befreundete Italien, der Duce, hatte sich dazwischengeschaltet und einen Vermittlungsvorschlag gemacht. Frankreich war damit einverstanden, und auch ich hatte mein Einverständnis erklärt. England aber hat auch diesen Vorschlag abgelehnt und statt dessen geglaubt, dem Deutschen Reich ein zweistündiges Ultimatum mit einer unmöglichen Forderung schicken zu können.

Die Engländer haben sich dabei in einem getäuscht! Einst hatten sie in Deutschland des November 1918 eine Regierung, die von ihnen ausgehalten wurde, und sie verwechselten nun wohl das heutige Regime mit diesem von ihnen ausgehaltenen, und die heutige deutsche Nation mit dem damals verführten, verblendeten deutschen Volk.

Deutschland aber stellt man keine Ultimaten mehr,

das kann man sich in London merken!" (Die Danziger Volksgenossen umjubelten den Führer minutenlang mit tosenden Beifallskundgebungen.)

„Wir haben in den letzten sechs Jahren von Staaten wie Polen Unerhörtes hinnehmen müssen. Aber ich habe trotzdem kein Ultimatum geschickt. Wenn Polen heute den Krieg gewählt hat, dann hat es ihn gewählt, weil andere es in diesen

Krieg hineinhetzten: jene anderen, die glauben, daß sie bei diesem Krieg vielleicht ihr größtes weltpolitisches und finanzielles Geschäft machen können. Es wird aber nicht nur nicht ihr größtes Geschäft, sondern es wird ihre größte Enttäuschung werden!

Polen hat den Kampf gewählt, und es hat den Kampf nun erhalten! Es hat diesen Kampf leichten Herzens gewählt, weil ihm gewisse Staatsmänner des Westens versichert hatten, daß sie genaue Unterlagen besäßen: über die Wertlosigkeit des deutschen Heeres, über seine minderwertige Ausrüstung, die schlechte Moral der Truppen, über die defaitistische Stimmung im Innern des Reiches und die Diskrepanz, die zwischen dem deutschen Volke und seiner Führung bestehen solle." (Stürmische Heiterkeit.) „Man hat den Polen eingeredet, daß es für sie ein leichtes sein würde, nicht nur Widerstand zu leisten, sondern unsere Armeen zurückzuwerfen. Darauf hat Polen ja dank der beratenden westlichen Generalstäbler wohl auch seinen Feldzugsplan aufgebaut!

Seitdem sind nun 18 Tage vergangen. Kaum jemals in der Geschichte konnte aber mit mehr Recht der Spruch angeführt werden:

„Mit Mann und Roß und Wagen hat sie der Herr geschlagen!"

Während ich hier zu Ihnen spreche, stehen unsere Truppen auf einer großen Linie Lemberg—Brest und nordwärts. Seit gestern nachmittag marschieren endlose Kolonnen der zusammengeschlagenen polnischen Armeen aus dem Raume von Kutno als Gefangene ab!

Gestern morgen waren es 20 000, gestern abend 50 000, heute vormittag 70 000. Ich weiß nicht, wie groß die Zahl jetzt ist, aber das eine weiß ich: Was von der polnischen Armee westlich dieser Linie steht, wird in wenigen Tagen kapitulieren, die Waffen strecken oder zerschlagen werden!

In diesem Augenblick fliegen unsere dankbaren Herzen hin zu unseren Soldaten. Die deutsche Wehrmacht hat jenen genialen Staatsmännern, die so gut Bescheid wissen über die Zustände im Deutschen Reich, nun den notwendigen Anschauungsunterricht gegeben!" (Abermals schlägt dem Führer stürmischer Beifall entgegen.)

„Der Marschall Rydz-Smigly hat sich in der Richtung geirrt. Anstatt in Berlin ist er in Czernowitz gelandet und mit ihm seine ganze Regierung und alle jene Verführer, die das polnische Volk in diesen Wahnsinn hineingetrieben haben.

Die deutschen Soldaten haben zu Lande, zur See und in der Luft ihre Pflicht und Schuldigkeit im höchsten Ausmaß getan!

Wieder hat sich unsere deutsche Infanterie als die unvergleichliche Meisterin erwiesen. Ihre Tapferkeit, ihr Mut und ihr Können sind wohl oft angestrebt, doch nie erreicht worden. Die neuen Waffen unserer motorisierten Verbände, sie haben sich auf das höchste bewährt. Die Soldaten unserer Marine erfüllen bewundungswürdig ihre Pflicht. Und über allem wacht die deutsche Luftwaffe und sichert den deutschen Raum.

Jene, die davon träumten, daß sie Deutschland zerschmettern würden, die die deutschen Städte in Schutt und Asche legen wollten, sind so kleinlaut geworden, weil sie genau wissen, daß für jede Bombe auf eine deutsche Stadt — fünf oder zehn zurückfallen. Sie sollen nur nicht so tun, als ob sie sich aus Humanität für diese Art von Kriegführung nicht entscheiden wollten. Es ist nicht die Humanität, sondern die Sorge um die Vergeltung!

Wir wollen in diesem Augenblick dem polnischen Soldaten Gerechtigkeit zuteil werden lassen. Der Pole hat an vielen Plätzen tapfer gefochten. Seine untere Führung machte verzweifelte Anstrengungen, seine mittlere Führung war zu wenig intelligent, seine oberste Führung schlecht, unter jeder Kritik. Seine Organisation war polnisch!" (Jubelnde Beifallsstürme.)

„In diesem Augenblick befinden sich rund 300 000 polnische Soldaten in deutscher Gefangenschaft. Nahezu 2000 Offiziere und viele Generale teilen ihr Los.

Ich muß aber auch erwähnen, daß neben der von uns zugegebenen Tapferkeit vieler polnischer Verbände die schmutzigsten Taten stehen, die vielleicht in den letzten Jahrhunderten irgendwo vorgefallen sind" (Stürmische Pfuirufe.) „Es sind Dinge, die ich als Soldat des Weltkrieges, der ich nur im Westen gekämpft habe, nie kennenzulernen Gelegenheit gehabt hatte.

Tausende von niedergemetzelten Volksdeutschen, viehisch abgeschlachtete Frauen, Mädchen und Kinder, unzählige deutsche Soldaten, Offiziere, die als Verwundete in die Hände dieses Gegners gefallen sind, wurden massakriert, bestialisch verstümmelt und ihnen die Augen ausgestochen." (Ein Aufschrei der Empörung und des Entsetzens folgt diesen Worten des Führers.)

„Und das schlimmste — die polnische Regierung hat es im eigenen Rundfunk offen zugegeben —: abspringende Soldaten der Luftwaffe wurden feige ermordet. Es gab Momente, da man sich fragen mußte: Soll man unter diesen Umständen sich selbst noch irgendeine Beschränkung auferlegen?

Es ist mir nicht bekannt geworden, daß irgendeiner der demokratischen Staatsmänner es der Mühe wert gefunden hätte, gegen diese Barbarei zu protestieren!

Ich habe der deutschen Luftwaffe den Auftrag gegeben, daß sie diesen Krieg human, das heißt nur gegen kämpfende Truppen führt. Die polnische Regierung und Heeresleitung gaben ihrer Zivilbevölkerung den Auftrag, diesen Krieg als Heckenschützen aus dem Hinterhalt zu führen.

Es war sehr schwer, sich hier in der Gewalt zu behalten, und ich möchte hier betonen: Man soll sich in den demokratischen Staaten nicht einbilden, daß das ewig so sein muß. Wenn man es anders haben will, so kann man es auch anders haben! Auch hier kann meine Geduld ein Ende finden!" (Stürmischer, minutenlanger Beifall.)

„Trotz dieser heimtückischen Art einer Kriegführung, der in den letzten Jahrzehnten nichts Ähnliches an die Seite gestellt werden kann, sind unsere Armeen mit diesem Gegner in Blitzesschnelle fertig geworden. Eine englische Zeitung schrieb vor ein paar Tagen, ich hätte einen Generaloberst en seiner Stellung enthoben, weil ich auf einen Blitzkrieg gerechnet hätte und bitter enttäuscht sei über die Langsamkeit unserer Operationen." (Stürmische Heiterkeit.) „Dieser Artikel scheint wohl von dem gleichen Strategen herzurühren, der den Polen die strategischen Ratschläge für die Aufstellung ihrer eigenen Armeen gegeben hat.

So haben wir Polen in knapp 18 Tagen zusammengeschlagen und damit jenen Zustand herbeigeführt, der es vielleicht ermöglicht, in Vernunft und Ruhe dereinst mit Vertretern dieses Volkes sprechen zu können.

Unterdessen hat

Rußland

sich veranlaßt gesehen, auch seinerseits zum Schutze der Interessen weißrussischer und ukrainischer Volksteile in Polen einzumarschieren. Wir erleben nun, daß man in England und in Frankreich in diesem Zusammengehen Deutschlands und Rußlands ein ungeheuerliches Verbrechen sieht, ja ein Engländer schreibt: Das sei eine Perfidie. Die Engländer müssen das ja nun wissen.

Ich glaube, die Perfidie sieht man in England darin, daß der Versuch des Zusammengehens des demokratischen England mit dem bolschewistischen Rußland mißlang, während umgekehrt der Versuch des nationalsozialistischen Deutschland mit dem bolschewistischen Rußland gelungen ist.

Ich möchte hier gleich eine Aufklärung geben: Rußland bleibt das, was es ist, und auch Deutschland wird das bleiben, was es ist. Über eines allerdings sind sich beide Regime klar: Weder das russische noch das deutsche Regime wollen auch nur einen Mann für die Interessen der westlichen Demokratien opfern." (Lang anhaltender Beifall.)

„Die Lehre von vier Kriegsjahren genügt für beide Staaten und für beide Völker. Wir wissen seitdem sehr genau, daß abwechslungsweise bald der eine, bald der andere die Ehre haben würde, für die Ideale der westlichen Demokratien in die Bresche zu springen. Beide Staaten und beide Völker bedanken sich daher für einen solchen Auftrag. Wir gedenken unsere Interessen von jetzt ab selber zu vertreten, und wir haben gefunden, daß wir sie am besten dann vertreten können, wenn die beiden größten Völker und Staaten sich miteinander verständigen.

Und das ist um so leichter, als ja die britische Behauptung von der unbegrenzten Zielsetzung der deutschen Außenpolitik nur eine Lüge ist. Ich freue mich, jetzt den britischen Staatsmännern diese Lüge in der Praxis widerlegen zu

können. Sie, die fortgesetzt behaupteten, Deutschland hätte die Absicht, Europa bis zum Ural zu beherrschen, müßten ja jetzt glücklich sein, wenn sie endlich die Begrenzung der deutschen politischen Absichten erfahren.

Ich glaube, das wird ihnen wieder einen Kriegsgrund wegnehmen, denn sie erklären ja, daß sie gegen das heutige Regime schon deshalb kämpfen müßten, weil es unbegrenzte Kriegsziele verfolge. Nun, meine Herren des großbritannischen Weltreiches, die

Ziele Deutschlands sind sehr begrenzt.

Wir haben uns mit Rußland darüber ausgesprochen, und die Russen sind ja letzten Endes die nächstinteressierten Nachbarn. England muß es deshalb ja auch eigentlich begrüßen, daß zwischen Deutschland und Sowjetrußland eine Verständigung zustande gekommen ist, denn in dieser Verständigung liegt ja zugleich die Wegnahme jenes Alpdrucks begründet, der die britischen Staatsmänner wegen der Welteroberungstendenzen des heutigen deutschen Regimes nicht schlafen ließ. Es wird sicherlich beruhigen, nun zu erfahren, daß es nicht wahr ist, daß Deutschland die Ukraine erobern will oder erobern wollte.

Wir haben sehr begrenzte Interessen. Diese Interessen allerdings sind wir entschlossen, auf jede Gefahr hin und gegen jedermann zu vertreten." (Stürme der Zustimmung.) „Daß wir dabei nicht mit uns spaßen lassen, dürften die letzten 18 Tage zur Genüge bewiesen haben.

Wie nun die endgültige Gestaltung der staatlichen Verhältnisse in diesem großen Gebiet aussehen wird, hängt in erster Linie von den beiden Ländern ab, die hier ihre wichtigsten Lebensinteressen besitzen. Deutschland geht mit begrenzten, aber unverrückbaren Forderungen vor, und es wird diese Forderungen so oder so verwirklichen.

Deutschland und Rußland werden jedenfalls hier an die Stelle eines Brandherdes Europas eine Situation setzen, die man dereinst nur als eine Entspannung wird werten können. Wenn nun

der Westen

erklärt, daß dies unter keinen Umständen sein dürfte, und wenn man vor allem in England erklärt, man sei entschlossen, dagegen, wenn notwendig, mit einem drei- oder vielleicht fünf- oder achtjährigen Krieg Stellung zu nehmen, dann möchte ich hier einiges zur Antwort geben:

Erstens: Deutschland hat unter schweren Verzichten im Westen und im Süden seines Reiches endgültige Grenzen akzeptiert, um dadurch eine endgültige Befriedung herbeizuführen. Wir glaubten, daß uns das auch gelingen würde, und ich glaube, daß es uns auch gelungen wäre, wenn eben nicht gewisse Kriegshetzer an einer Störung des europäischen Friedens ein absolutes Interesse besitzen würden.

Ich habe weder gegen England noch gegen Frankreich irgendein Kriegsziel. Die deutsche Nation desgleichen nicht. Seit ich zum Amt kam, bemühte ich mich, gerade mit den früheren Weltkriegsgegnern allmählich ein enges Vertrauensverhältnis wieder herbeizuführen.

Ich bemühte mich, alle die Spannungen, die einst zwischen Italien und Deutschland bestanden, zu beseitigen, und ich darf wohl mit Befriedigung feststellen, daß dies restlos gelungen ist, daß zwischen den beiden Ländern ein immer engeres und herzlicheres Verhältnis hergestellt wurde, basierend auf dem engen menschlichen und persönlichen Verhältnis zwischen dem Duce und mir.

Ich ging aber weiter. Ich habe mich bemüht, das gleiche auch mit Frankreich herbeizuführen. Sofort nach der Erledigung der Saarfrage habe ich feierlich auf jede Grenzrevision im Westen für alle Zeiten Verzicht geleistet, und zwar nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch. Ich habe die ganze deutsche Propaganda in den Dienst dieser meiner Auffassung gestellt und alles aus ihr ausgemerzt, was irgendwie zu Zweifeln oder zu Besorgnissen in Paris hätte Anlaß geben können.

Meine Angebote an England kennen Sie. Ich hatte nur das große Ziel, mit dem britischen Volk ein aufrichtiges Freundschaftsverhältnis erreichen zu können. Wenn nun das alles abgewiesen wird und wenn England heute glaubt, gegen Deutschland Krieg führen zu müssen, so möchte ich darauf folgendes erwidern:

Polen wird in der Gestalt des Versailler Vertrages niemals mehr auferstehen! Dafür garantiert ja letzten Endes nicht nur Deutschland, sondern ja auch Rußland.

Wenn England nun eine scheinbare Umstellung seiner Kriegsziele vornimmt, d. h. in Wirklichkeit seine wahren Kriegsziele aufdeckt, dann möchte ich mich auch dazu äußern. Man sagt in England, daß dieser Krieg natürlich auch um Polen geht, aber das sei nur in zweiter Linie entscheidend; das wichtigere sei der

Krieg gegen das heutige Regime in Deutschland.

Ich erfahre hier die Ehre, als der Repräsentant dieses Regimes besonders genannt zu werden. Wenn man nun das als das eigentliche Kriegsziel hinstellt, dann will ich den Herren in London darauf folgendes erwidern:

Es ist für mich die größte Ehre, in dieser Weise eingeschätzt zu werden. Grundsätzlich habe ich das deutsche Volk so erzogen, daß jedes Regime, das von unseren Feinden gelobt wird, als Gift betrachtet und deshalb vom deutschen Volke abgelehnt wird. Wenn also ein deutsches Regime die Zustimmung der Herren Churchill, Duff Cooper, Eden usw. bekommen würde, dann wäre dieses Regime höchstens von diesen Herren bezahlt und für Deutschland untragbar.

Das kann auf uns natürlich nicht zutreffen. Es ist daher für uns sehr rühmlich, von diesen Herren abgelehnt zu werden. Ich selbst kann ihnen dazu noch eines versichern: wenn diese Männer mich loben würden, würde das der Grund zu meiner tiefsten Bekümmernis sein. Ich bin stolz, von ihnen angegriffen zu werden." (Erneut erhebt sich eine einzige Woge brausender Zustimmung.)

„Wenn sie aber glauben, daß sie etwa damit das deutsche Volk von mir entfernen könnten, dann halten sie dieses Volk entweder für genau so charakterlos oder für genau so dumm, als sie selbst es sind!" (Der Beifall erneuert sich minutenlang.)

„In beidem irren sie sich! Der Nationalsozialismus hat in den letzten 20 Jahren die deutschen Menschen nicht umsonst erzogen. Alle meine Männer sind in ihrem Leben von unseren Gegnern überhaupt nur angegriffen worden, das hat die Liebe unserer Anhänger zu ihnen verstärkt und eine unlösbare Verbundenheit geschaffen.

Und so, wie die Nationalsozialistische Partei diesen Kampf auf sich nahm Jahre hindurch und ihn endlich siegreich bestand, so nimmt heute das nationalsozialistische Deutsche Reich, so nimmt das deutsche Volk diesen Kampf ebenfalls auf sich.

Die Herren mögen überzeugt sein: Durch ihre lächerliche Propaganda werden sie das deutsche Volk nicht mehr zersetzen. Diese Propagandastümper müßten erst bei uns längere Zeit in die Lehre gehen.

Wenn schon Völker zerbrechen, dann wird dies nicht am deutschen Volk geschehen, das für sein Recht kämpft, das keinen Krieg will, sondern angegriffen wurde. Nein, zerbrechen werden jene Völker, die allmählich sehen lernen, was ihre Verführer mit ihnen vorhaben; die allmählich begreifen werden, wie wenig Kriegsgrund sie hatten, ja wie dieser nur in den Profiten und in den politischen Interessen einer ganz kleinen Clique besteht.

Wenn man weiter in England erklärt, daß dieser Krieg drei Jahre dauern wird, so kann ich nur sagen: Ich habe Mitleid mit dem französischen Poilu. Für was er kämpft, weiß er wohl nicht; er weiß zunächst nur, daß er die Ehre hat, mindestens drei Jahre zu kämpfen. Ob freilich der Krieg drei Jahre dauert, hängt auch schließlich noch etwas von uns ab." (Wieder füllt brausender Beifall den weiten Platz.) „Aber wenn er drei Jahre dauern sollte, so wird am Ende des dritten Jahres ebensowenig das Wort ‚Kapitulation' stehen wie Ende des vierten, fünften oder siebenten Jahres.

Die Herren mögen zur Kenntnis nehmen: Die Generation, die heute Deutschland führt, ist nicht die Generation eines Bethmann-Hollweg.

Heute haben sie wieder ein friderizianisches Deutschland vor sich!

Das deutsche Volk wird in diesem Kampf nicht aufgesplittert, sondern immer fester und fester werden. Wenn sich etwas aufsplittert, werden es die Staaten sein, die so unhomogen

zusammengesetzt sind, wie unsere plutokratischen Weltdemokratien, diese sogenannten Weltimperien, die aus Völkerunterdrückung und Völkerbeherrschung bestehen.

Wir kämpfen für unser nationales Dasein! Wir lassen uns nicht von irgendeinem solchen beschränkten Propagandasatzken vorlügen, daß es sich etwa nur um unser Regime handelt.

Außerdem stellen Sie sich vor: Es gibt Leute, die sagen: ‚In einem Lande, da regiert jemand, der uns nicht paßt — also wollen wir mal frisch-fröhlich drei Jahre Krieg führen!‘ Natürlich führen wir ihn nicht selber, sondern wir suchen in der ganzen Welt herum, bis wir solche finden, die ihn führen. Wir liefern dann Kanonen und Granaten und die anderen, die liefern dann die Grenadiere, die Soldaten, die Menschen.

Was für eine Gewissenlosigkeit! Was würde man wohl sagen, wenn von uns aus jemals erklärt worden wäre: ‚Uns paßt das Regime nicht, das momentan — sagen wir — in Frankreich oder in England ist, folglich führen wir jetzt Krieg.‘ Welch eine bodenlose Gewissenlosigkeit! Dafür also werden Menschen in den Tod hineingepeitscht!“ (Stürme der Entrüstung.)

Über eines kann es keinen Zweifel geben: Den Fehdehandschuh nehmen wir auf, und wir werden so kämpfen wie der Gegner kämpft! England hat bereits wieder mit Lug und Heuchelei den Kampf gegen Frauen und Kinder begonnen.

England hat eine Waffe, von der es glaubt, daß es in ihrem Schutze unangreifbar ist, nämlich die Seemacht, und es sagt nun: ‚Weil wir in dieser Waffe selber nicht angegriffen werden können, sind wir berechtigt, mit dieser Waffe die Frauen und Kinder nicht nur unserer Feinde, sondern, wenn notwendig, auch der Neutralen zu bekriegen.‘

Man soll sich auch hier nicht täuschen! Es könnte sehr schnell der Augenblick kommen, da wir eine Waffe zur Anwendung bringen, in der wir nicht angegriffen werden können. Hoffentlich beginnt man dann nicht plötzlich, sich der ‚Humanität‘ zu erinnern, und der ‚Unmöglichkeit‘, gegen Frauen und Kinder Krieg zu führen.

Wir Deutsche wollen das nicht! Es liegt uns nicht! Ich habe auch in diesem Feldzug den Befehl gegeben, wenn irgend möglich, Städte zu schonen. Wenn natürlich eine Kolonne über einen Marktplatz marschiert und sie wird von Fliegern angegriffen, dann kann es passieren, daß dem leider auch ein anderer zum Opfer fällt.

Grundsätzlich haben wir das Prinzip der Schonung durchgehalten. In Orten, in denen nicht durch wahnsinnige oder verbrecherische Elemente Widerstand geleistet wurde, ist nicht eine Fensterscheibe zertrümmert worden.

In einer Stadt, beispielsweise wie Krakau, ist außer dem Flugplatz und dem Bahnhof, die militärische Objekte sind, nicht eine Bombe in die Stadt gefallen. Wenn man aber umgekehrt in Warschau den Krieg des Zivils in allen Straßen und auf allen Häusern beginnt, dann wird selbstverständlich dieser Krieg auch die ganze Stadt überziehen. Wir haben uns an diese Regeln gehalten und möchten es auch in der Zukunft tun.

Es liegt bei England, entweder die Blockade in Formen zu führen, die dem Völkerrecht entsprechen, oder in Formen, die völkerrechtswidrig sind. Wir werden uns ganz dem anpassen.

Über eines aber sollen sie sich keinem Zweifel hingeben: Da das englische Ziel nicht Kampf gegen ein Regime, sondern Kampf gegen das deutsche Volk, gegen die deutschen Frauen und Kinder heißt, so wird die Reaktion bei uns eine entsprechende sein. Und immer wird am Ende eines feststehen:

Dieses Deutschland kapituliert nicht!

Wir wissen ganz genau, welches sonst das Schicksal dieses Deutschlands sein würde. Herr King Hall hat es uns im Auftrag seiner hohen Herren ja mitgeteilt: ein zweiter Versailler Vertrag, nur noch viel schlimmer.

Wir haben unterdessen nähere Illustrierungen bekommen, was uns alles zugedacht ist, wie Deutschland zerstückelt werden soll, wie die süddeutschen Länder weggerissen werden sollen, was Polen wiederbekommen soll, was man an neuen Staaten zu errichten gedenkt, welchen Fürsten man Kronen auf das Haupt drücken will usw. Das deutsche Volk nimmt das zur Kenntnis, und es wird dementsprechend fechten!

Ich möchte von dieser Stelle aus aber auch nun dem deutschen Volk meinen Dank aussprechen. Es hat in den letzten Wochen wirklich ein wunderbares Zeichen

nicht nur seiner inneren Geschlossenheit gegeben, sondern es gab auch zahlreiche Beweise seiner wahrhaft tapferen Gesinnung.

Auch hier hat der Nationalsozialismus eine Umwandlung hervorgerufen. Vielleicht wird mancher sagen: ‚Das deutsche Volk ist nicht so begeistert wie 1914.' Oh, es ist viel begeisterter! Nur ist diese Begeisterung heute eine Begeisterung, die im Inneren lodert, die die Menschen hart macht. Es ist nicht der oberflächliche Hurra-Patriotismus, sondern es ist eine fanatische Entschlossenheit, es ist die ernste Begeisterung von Menschen, die wissen, was ein Krieg ist: die einen Krieg erlebt haben, die nicht leichtfertig in ihn hineingegangen sind; die aber, wenn dieser Krieg ihnen einmal aufgezwungen wird, ihn so führen werden, wie ihn einst die alte deutsche Front geführt hat.

So wie ich bei meinen Besuchen an der Front diese zahlreichen Regimenter und Divisionen sah — Junge, Alte, alle in der gleichen Verfassung —, so sehe ich vor mir auch das ganze deutsche Volk. Wir brauchen keinen Hurra-Patriotismus. Wir alle wissen, wie furchtbar der Krieg ist, allein wir sind auch entschlossen, dieses Geschehen zu einem erfolgreichen Ende zu führen, es mag da kommen, was will.

Keiner von uns ist mehr wert, als die Männer und die Frauen wert waren, die in der Vergangenheit lebten. Alle die Opfer, die damals gebracht worden sind, waren keine leichteren als die Opfer, die wir heute zu bringen haben. Jedes Opfer, das uns auferlegt wird, ist nicht schwerer, als die Opfer es waren, die einst die Vergangenheit zu tragen hatte.

Wir sind entschlossen, so oder so diesen Kampf durchzuführen und durchzustehen. Wir haben dabei nur den einzigen Wunsch, daß der allmächtige Gott, der ja jetzt unsere Waffen gesegnet hat, vielleicht die anderen Völker erleuchten und ihnen die Einsicht schenken möge, wie zwecklos dieser Krieg, dieses Völkerringen sein wird, und daß er sie vielleicht zum Nachdenken bringen wird über die Segnungen eines Friedens, die sie preisgaben, bloß weil eine Handvoll infernalischer Kriegshetzer und Kriegsinteressenten die Völker in den Krieg treiben will.

Ich bin heute zum ersten Male in dieser Stadt Danzig. Sie hat den Schicksalsweg des deutschen Volkes viele, viele Jahrhunderte geteilt. Sie hat mit ihren Söhnen den großen Krieg mitgekämpft und nach dem Kriege ein besonders bitteres Leid erfahren. Nun kehrt sie nach zwanzig Jahren zurück in die große deutsche Volksgemeinschaft. Vieles hat sich seitdem im Reich geändert.

Aus dem einstigen Klassen- oder Kastenstaat ist der deutsche Volksstaat geworden. Aus einem Staat, der einst durch die Interessen einzelner Gruppen bestimmt und regiert war, ist nun ein Reich geworden, das allein dem deutschen Volk zueigen ist.

Die Ideen, die dieses Reich beherrschen, sind in dieser Stadt selbst schon seit vielen, vielen Jahren gepredigt worden. Ja, sie haben geholfen, den Geist zu erwecken, der es ermöglichte, die Stadt deutsch zu bewahren und sie mit jenem Glauben zu erfüllen, der sie bis zur letzten Stunde der Erlösung und Befreiung ausharren ließ.

Diese Stunde ist nun gekommen!

Ermessen Sie mein eigenes Glücksgefühl, daß mich die Vorsehung gerufen hat, das zu verwirklichen, was die besten Deutschen alle ersehnten. Ermessen Sie auch meine eigene Ergriffenheit, daß ich nunmehr in diesen ehrwürdigen Räumen zu Ihnen und zum ganzen Volke in dieser Stadt und in diesem Lande sprechen kann.

Ich habe mir einst vorgenommen, nicht früher nach Danzig zu kommen, ehe denn diese Stadt wieder zum Deutschen Reich gehört. Ich wollte als ihr Befreier hier einziehen. Am heutigen Tage ist mir nun dieses stolze Glück zuteil geworden!"

(Die Heilrufe, mit denen die deutschen Menschen Danzigs aus übervollem Herzen dem Führer danken und zujubeln, wollen kein Ende nehmen.)

„Ich sehe und empfange in diesem Glück den überreichlichen Lohn für zahlreiche sorgenvolle Stunden, Tage, Wochen und Monate. Sehen Sie in mir, meine lieben Danziger und Danzigerinnen, damit aber auch den Sendboten des Deutschen Reiches und des ganzen deutschen Volkes, das Sie nun durch mich aufnimmt in unsere ewige Gemeinschaft, aus der Sie niemals mehr entlassen werden.

Was auch immer dem einzelnen Deutschen in den nächsten Monaten oder Jahren an schwerem Leid beschieden sein mag, es wird leicht sein im Bewußtsein der unlösbaren Gemeinschaft, die unser ganzes großes Volk umschließt und umfaßt.

Wir nehmen Sie auf in diese Gemeinschaft mit dem festen Entschluß, Sie niemals mehr aus ihr ziehen zu lassen, und dieser Entschluß ist zugleich das Gebot für die ganze Bewegung und für das ganze deutsche Volk.

Danzig war deutsch, Danzig ist deutsch geblieben und Danzig wird von jetzt ab deutsch sein, solange es ein deutsches Volk gibt und ein Deutsches Reich." (Abermals erhebt sich das deutsche Volk der alten Hansestadt Danzig wie ein Mann zu einer Huldigung für den Führer.)

„Generationen werden kommen und Generationen werden wieder vergehen. Sie alle werden zurückblicken auf die 20 Jahre der Abwesenheit dieser Stadt als auf eine traurige Zeit in unserer Geschichte. Sie werden sich aber dann nicht nur der Schande des Jahres 1918 erinnern, sondern sich dann auch mit Stolz auf die Zeit der deutschen Wiedererweckung und der

Wiederauferstehung des Deutschen Reiches

besinnen, jenes Reiches, das nun alle deutschen Stämme zusammengefaßt hat, das sie zusammenfügte zu einer Einheit und für das wir nun einzutreten entschlossen sind bis zum letzten Hauch.

Dieses Deutschland der deutschen Volksgemeinschaft aller deutschen Stämme, das Großdeutsche Reich —

Sieg Heil!"



Die Politik

Bereits die zweite Hälfte des Monats September brachte den siegreichen Abschluß des Polenfeldzuges. Der Führer, der schon am Abend des 3. September, des Tages der englischen und französischen Kriegserklärungen, an die Ostfront abgereist war, hatte an allen Teilen der Front seine Truppen durch seine Anwesenheit in vorderster Linie zu den höchsten Leistungen angespornt. Wo der Führer sich zeigte, umjubelten ihn seine Soldaten voll grenzenloser Liebe und Begeisterung.

Zu Beginn des Feldzuges begab sich der Führer am 4. September zu den Truppen, die im Korridorgebiet den Durchbruch durch die polnische Front vollendet hatten. Unter seinen Augen vollzogen die Soldaten den Übergang über die Weichsel bei Kulm. Gelegentlich eines Aufenthalts auf einem Bahnhof besichtigte der Führer an diesem Teil der Front einen zufällig gleichzeitig einlaufenden Verwundetentransportzug. Am 6. September weilte der Führer im Raum zwischen Tuchel und Graudenz, wo noch kurz vorher schwere Kämpfe mit den von deutschen Truppen eingeschlossenen Armeeteilen getobt hatten. Am 11. September besuchte der Führer einen Abschnitt im Operationsgebiet zwischen Lodz und Warschau, wo unter seinen Augen die deutschen Truppen verzweifelte Ausbruchsversuche der hier eingeschlossenen polnischen Streitkräfte erfolgreich abwehrten. Hier suchte auch Generalfeldmarschall Göring, der nach Erledigung der dringendsten Arbeiten für die Heimatfront zu verschiedenen Besuchen seiner Luftwaffe an die Ostfront geflogen war, Adolf Hitler im Führerhauptquartier auf und erstattete Bericht über den Einsatz der Luftwaffe und über die Maßnahmen, die er als Vorsitzender des Ministerrats für die Reichsverteidigung bis dahin getroffen hatte. Am 13. September traf der Führer überraschend in Lodz ein, zur gleichen Stunde, als das englische Lügenministerium die Behauptung verbreitete, daß Lodz von den Polen zurückerobert worden sei. Die Volksdeutschen in Lodz bereiteten dem Führer einen jubelnden Empfang.

Am 15. September begab sich Adolf Hitler nach Galizien und wohnte dem Übergang zweier Divisionen über den San bei. Die Frontbesuche des Führers erreichten ihren Höhepunkt mit seinem Einzug in Danzig. Adolf Hitler gedachte hier des Generalfeldmarschalls v. Mackensen, der bei Ausbruch des Weltkrieges Kommandierender General in Danzig gewesen war, mit folgendem Telegramm: „Auf den Schlachtfeldern Ihrer geschichtlichen Erfolge war ich Ihnen in Gedanken verbunden. Dem Gedenken gebe ich Ausdruck von der Stätte Ihres Wirkens als Kommandierender General — dem heimgekehrten Danzig. Mit kameradschaftlichem Gruß. gez. Adolf Hitler."

Von Danzig aus besuchte der Führer den ehemaligen polnischen Kriegshafen Gdingen, der auf seine Anordnung für die Zukunft den Namen Gotenhafen erhielt und der kurz zuvor von deutschen Truppen erobert worden war. Der Führer besichtigte ferner die von den Polen vertragswidrig schwer befestigte und von unseren Truppen nach heftigem Kampfe genommene Westerplatte im Danziger Hafen.

Die Besuche des Führers an der Ostfront fanden ihren Abschluß mit einer Rundreise zu den ostpreußischen und mecklenburgischen Truppenteilen der Nordarmee, an die sich ein Besuch im Raum östlich der Bzura anschloß, wo die deutschen Truppen wenige Tage vorher eine der größten Vernichtungsschlachten aller Zeiten geschlagen hatten.

Am 28. September traf der Führer in Begleitung des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine, Großadmirals Dr. h. c. Raeder, in Wilhelmshaven ein und dankte den von erfolgreicher Feindfahrt zurückgekehrten Offizieren und Mannschaften deutscher U-Boots-Besatzungen für ihren tapferen Einsatz.

Als am 19. September der Führer im befreiten Danzig unter dem grenzenlosen Jubel der Bevölkerung seinen triumphalen Einzug hielt und im altehrwürdigen Artushof in einer großen Rede die Welt auf die begrenzten Kriegsziele Deutschlands

und seine Friedensbereitschaft hinwies, war die politische Lage durch zwei Tatsachen entscheidend verändert worden:

1. Mit der Beendigung der Schlacht an der Bzura, der letzten der großen Einkreisungsschlachten im großen Weichselbogen, waren die polnischen Streitkräfte bis auf die in Warschau, Modlin und Halbinsel Hela eingeschlossenen und die versprengten Reste von der deutschen Wehrmacht vernichtet; der polnische Feldzug war praktisch zu Ende.

2. Die sowjetrussische Armee hatte in den Morgenstunden des 17. September die polnische Ostgrenze in ihrer ganzen Ausdehnung überschritten, um, wie in einer Note an den polnischen Botschafter in Moskau und entsprechenden Noten an die diplomatischen Vertreter in Moskau sowie in einer Rundfunkrede des Regierungschefs Molotow dargelegt wurde, die Interessen der Sowjetunion zu wahren und die weißrussischen und ukrainischen Minderheiten in Ostpolen unter den Schutz der Sowjetunion zu nehmen. Die Sowjetregierung handelte dabei, so wurde weiter erklärt, in dem Bestreben, Ruhe und Ordnung im östlichen Teile Polens wiederherzustellen, die im Augenblick des Zerfalls des bisherigen polnischen Staatsgebildes und der Flucht der Regierung nicht mehr gewährleistet seien, und mit der Absicht, alle Maßnahmen zu treffen, um das polnische Volk aus dem unglückseligen Krieg herauszuführen, in den es durch seine unvernünftigen Führer gestürzt wurde, und ihm die Möglichkeit zu geben, ein friedliches Leben wieder aufzunehmen. Die neutrale Haltung der Sowjetunion gegenüber dem schwebenden europäischen Konflikt bliebe davon unberührt. Bei den Westmächten glaubte man nach der ersten Bestürzung das russische Vorgehen mit der angeblichen russischen Absicht motivieren zu können, Deutschland am weiteren Vordringen nach Osten zu hindern. Solche Darlegungen wurden am 18. September durch eine in Berlin und Moskau veröffentlichte Verlautbarung widerlegt. Die Reichsregierung und die Sowjetregierung erklärten darin, daß die Handlungen der deutschen und der sowjetrussischen Truppen in Polen keinerlei Ziele verfolgten, die den Interessen Deutschlands oder der Sowjetunion zuwiderliefen oder dem Geiste und dem Buchstaben des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages widersprächen. Am gleichen Tage traten bei Brest erstmalig deutsche und russische Truppen miteinander in Fühlung, zwischen deren Kommandeuren Höflichkeitsbezeigungen ausgetauscht wurden.

Die einstige polnische Regierung, die bald nach ihrer Übersiedlung nach Lublin aus Furcht vor den deutschen Bombenflugzeugen ihren Aufenthalt mehrmals fluchtartig gewechselt hatte, so daß ihr Standort längere Zeit unklar blieb, und die zuletzt an die polnisch-rumänische Grenze geflüchtet war, trat am Abend des 17. September mit dem Staatspräsidenten Moscicki an der Spitze auf rumänisches Gebiet über und wurde von der rumänischen Regierung an den folgenden Tagen in verschiedenen Badeorten in den Karpathen interniert.

Dies war die Lage, als der Führer sich im Danziger Artushof an das deutsche Volk und an die Welt wandte, um die endgültige Beseitigung des Versailler Polenstaates und eine Neuordnung des europäischen Ostens zu verkünden, die ausschließlich und allein Aufgabe der beiden größten Festlandsmächte Deutschland und Rußland sei. Noch einmal unterstrich der Führer, daß Deutschland im Westen keine Kriegsziele habe und den Frieden wünsche.

Die Mutmaßungen der Presse neutraler Länder, daß England und Frankreich auf Grund ihrer Beistandsverträge mit Polen auch Rußland den Krieg erklären würden, erwiesen sich sehr schnell als falsch. Voller Verlegenheit erklärte die Presse in beiden Ländern, daß man durch das russische Vorgehen in Ostpolen nicht besonders überrascht sei. Die ausgedehnten Verhandlungen der Kabinette in London und Paris führten zu keinerlei amtlichen Stellungnahmen. Den Weg, auf dem man sich aus der unangenehmen Lage herausschlängeln wollte, deutete die Londoner Presse an, wenn sie erklärte, daß das Ziel des Krieges ja nicht die Polengarantie, sondern die „Zerstörung des Hitlerismus“ sei, und damit dem polnischen Bundesgenossen den Eselstritt versetzte.

Die fortgesetzten Bemühungen jedoch, das russische Vorgehen als ein stop für Hitler darzustellen, wurden aufs neue vereitelt durch die Mitteilung von der Festlegung der Demarkationslinie zwischen dem deutschen Heer und der sowjetischen

Armee am 22. September, die entlang den Flüssen Pisia, Narew, Weichsel und San verlief, sowie am 24. September durch den Austausch der Ratifikationsurkunden zu dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939. Auch eine Parade deutscher und sowjetrussischer Truppenteile vor ihren Kommandeuren in Brest-Litowsk unterstrich das gute deutsch-russische Verhältnis.

Diese Lage veranlaßte Mussolini am 23. September gelegentlich eines Empfanges der politischen Leiter von Bologna zu einer Stellungnahme dahingehend, daß sich Europa nach der Liquidierung Polens noch nicht tatsächlich im Kriege befinde und man den Zusammenstoß vermeiden könne, wenn man sich darüber Rechenschaft gebe, daß es eine sinnlose Illusion sei, Positionen aufrechtzuerhalten oder wiederaufrichten zu wollen, die die Geschichte und der Dynamismus der Völker verurteilt hätten. Aus der Tatsache, daß die Regierungen von Paris und London bisher gegenüber der russischen „vollendeten Tatsache" nicht reagiert hätten, ergebe sich, daß sie die moralische Rechtfertigung für die Rückgängigmachung der vollendeten deutschen Tatsache in Frage gestellt hätten. Im übrigen leitete der Duce seine Rede mit der Feststellung ein, daß kein Grund zur Abänderung der am 1. September festgelegten italienischen Politik bestehe, die den nationalen Interessen Italiens, seinen politischen Vereinbarungen und Pakten und dem Wunsch aller Völker einschließlich des deutschen entspreche, den Konflikt zumindest zu lokalisieren. Er werde nur noch das Wort ergreifen, um seinem Volke Entscheidungen, und zwar Entscheidungen von geschichtlicher Tragweite, anzukündigen.

In ihren Bemühungen um eine Lokalisierung des europäischen Konflikts hatte die italienische Politik am 21. September mit einer gemeinsamen italienisch-griechischen Erklärung einen Erfolg erreicht. Beide Länder bestätigten damit den aufrichtigen und freundschaftlichen Charakter ihrer Politik und gaben ihren Entschluß bekannt, die italienischen und griechischen Truppen von der gemeinsamen Grenze zurückzuziehen.

Die tiefgreifenden Auswirkungen des deutsch-russischen Einvernehmens auf die osteuropäische Staatenwelt machten sich unmittelbar nach dem russischen Einmarsch in Ostpolen bemerkbar. So sprach die Sowjetregierung am 17. September die de jure- und de facto-Anerkennung des selbständigen slowakischen Staates aus, eine Maßnahme, die nur als Anerkennung der von Deutschland im März 1939 vollzogenen Neuordnung auf dem Gebiet des ehemaligen tschecho-slowakischen Staatsgebildes gewertet werden konnte. Ungarn, das im Vollzug des weiteren russischen Vormarsches in Ostpolen sowjetrussische Truppen an seiner Nordgrenze sah, meldete am 24. September die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion. In der Türkei erklärte Ministerpräsident Saydam am 17. September, daß die Beziehungen zur Sowjetunion freundschaftliche seien und bleiben würden. Der türkische Außenminister Saracoglu reiste wenige Tage später nach Moskau ab, wo er Besprechungen mit dem sowjetrussischen Regierungschef Molotow hatte. Am 22. September erreichte die Regierung Estlands eine Einladung der Sowjetregierung, zur Regelung der gegenseitigen Beziehungen einen Vertreter nach Moskau zu senden. Die Besprechungen des estnischen Außenministers Selter mit der Sowjetregierung führten am 28. September zur Unterzeichnung eines Beistandspaktes und eines Handelsabkommens. Der Beistandspakt räumt der Sowjetunion das Recht ein, die estnischen Inseln Ösel und Dagö und den Hafen von Baldiski als Stützpunkte ihrer Kriegsmarine zu benutzen und einige Flugplätze auf estnischem Gebiet für die Luftwaffe zu pachten sowie sowjetrussische Truppen in einer durch Sonderabkommen begrenzten Stärke auf estnischem Territorium zu stationieren. Die Souveränitätsrechte beider Staaten, insbesondere ihr Wirtschaftssystem und ihre staatliche Struktur, dürfen durch den Pakt nicht beeinträchtigt werden. Es war klar, daß auch die Beziehungen der anderen baltischen Länder zur Sowjetunion einer Neuordnung bedurften.

Am meisten wurde von der Wendung der Dinge durch den russischen Einmarsch in Polen Rumänien betroffen, das mit Polen durch einen Beistands- und Militärpakt für den Fall eines sowjetrussischen Angriffes auf Polen verbunden war. Die rumänische Regierung beeilte sich bei Bekanntwerden des russischen Einmarsches in Polen am 17. September, sich in einer amtlichen Erklärung die russischen Argumente zu eigen zu machen und zu erklären, daß sie nach Kenntnisnahme der russischen Be-

gründung aus dem Einmarsch in Polen keinerlei Angriffshandlungen abzuleiten vermöge. Rumänien bleibe unter diesen Umständen bei der bisher verfolgten Politik der strikten Neutralität. Nach der Besetzung der ehemals polnisch-rumänischen Grenze gab der Kommandant der sowjetrussischen Besatzungstruppen die Erklärung ab, daß die politischen und militärischen Behörden der Sowjetunion die genaue Weisung erteilt hätten, die rumänische Grenze unter allen Umständen zu respektieren. Ein möglicher Unruheherd, der in den Plänen der britischen Kriegstreiberei eine wesentliche Rolle spielte, blieb damit weiterhin aus dem Konflikt heraus. Als der rumänische Ministerpräsident und Innenminister Calinescu am 21. September auf offener Straße von Angehörigen der ehemaligen Eisernen Garde ermordet wurde, konnte es daher nicht zweifelhaft bleiben, wer mehr an der Beseitigung dieses hervorragendsten Trägers der strikten rumänischen Neutralitätspolitik interessiert war, Deutschland, das mit Rumänien durch einen weitgehenden Wirtschaftsvertrag verbunden war und alles Interesse an der ungehinderten Arbeit dieses Landes hatte, oder England, das seit Monaten kein Hehl daraus gemacht hatte, über Rumänien, dem es seine einseitige Garantie aufgezwungen hatte, das Reich vom Südosten her angreifen zu wollen. Es fehlte denn auch nicht an Stimmen im Reich sowohl wie im Auslande, die den britischen Secret Service für die Irreleitung der ehemaligen Legionäre verantwortlich machten. Die Reichsregierung übermittelte der rumänischen Regierung ihr Beileid zum Tode Calinescus. Der neue rumänische Ministerpräsident Argetoianu, der Ende des Monats die neue rumänische Regierung bildete, bezeichnete in einer Presseerklärung das Verbleiben des bisherigen Außenministers Gafencu im neuen Kabinett als eine sichere Bürgschaft dafür, daß Rumänien auch weiterhin die strengste Neutralität beachten werde.

Es konnte keinem Zweifel unterliegen: die deutsch-russische Verständigung war der beherrschende Faktor der weltpolitischen Entwicklung. Als der Reichsminister des Auswärtigen, v. Ribbentrop, am 27. September zum zweitenmal nach Moskau fuhr, wartete die ganze Welt voller Spannung auf das Ergebnis der erneuten Aussprache zwischen den beiden größten Festlandstaaten. Reichsminister v. Ribbentrop, der u. a. vom Danziger Gauleiter Forster begleitet wurde, hatte am 28. September mehrere mehrstündige Unterredungen mit dem sowjetrussischen Regierungschef und Außenkommissar Molotow und Stalin, die mit einer festlichen Abendtafel zu Ehren des Reichsaußenministers in Anwesenheit Stalins abgeschlossen wurden. In einer Reihe von Trinksprüchen wurde dem beiderseitigen Willen nach einer weiteren Vertiefung und Ausgestaltung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Mächten Ausdruck gegeben. Das Ergebnis der Verhandlungen waren drei Dokumente von grundlegender politischer Bedeutung, und zwar eine gemeinsame politische Erklärung über das Bestreben beider Mächte, dem zwischen Deutschland, England und Frankreich bestehenden Kriegszustand ein Ende zu machen. Die Erklärung macht England und Frankreich für die eventuelle Fortsetzung des Krieges verantwortlich und stellt für diesen Fall eine neue Konsultation zwischen Deutschland und Rußland in Aussicht. Der deutsch-sowjetische Grenz- und Freundschaftsvertrag legt die Grenze der beiderseitigen Reichsinteressen ein für allemal fest und weist jegliche Einmischung dritter Mächte in die von beiden Staaten in ihren Interessensphären zu treffenden Maßnahmen zurück. Die neue Grenze bedeutet gegenüber der am 22. September vereinbarten Demarkationslinie eine Verschiebung ostwärts bis an den Bug. Ein Briefwechsel zwischen dem Reichsaußenminister und Molotow nimmt die Steigerung des gegenseitigen Warenaustausches auf das in der Vergangenheit erzielte Höchstmaß in Aussicht.

Reichsminister v. Ribbentrop, der nach seiner Rückkehr nach Berlin dem Führer über die Moskauer Besprechungen Bericht erstattete, stellte vor seiner Abreise aus Moskau in einer Erklärung für die Presse fest, daß bei den Moskauer Verhandlungen folgende vier Punkte geklärt wurden:

„1. Die deutsch-sowjetische Freundschaft ist nunmehr endgültig etabliert.

2. In die osteuropäischen Fragen werden sich die beiden Nationen niemals mehr hineinreden lassen.

3. Beide Staaten wünschen, daß der Friede wiederhergestellt wird und daß England und Frankreich den völlig sinnlosen und aussichtslosen Kampf gegen Deutschland einstellen.

4. Sollten die Kriegshetzer in diesen Ländern aber die Oberhand behalten, so werden Deutschland und Sowjetrußland dem zu begegnen wissen."

Der Anteil der jungen slowakischen Republik an dem deutschen Erfolge wurde von Verteidigungsminister General Catlos am 16. September in einer Rundfunkansprache umrissen: Die slowakischen Truppen hätten nach der Bedrohung der Slowakei durch polnisches Militär in gemeinsamen Operationen mit der deutschen Wehrmacht den Gegner vertrieben und die nördlichen Staatsgrenzen gesichert. In einem Telegramm an den slowakischen Ministerpräsidenten Dr. Tiso dankte der Führer am 25. September der slowakischen Wehrmacht und dem slowakischen Volke für die entschlossene Haltung und die bewiesene Waffenbrüderschaft; das deutsche Volk und seine Regierung würdigten diese Einstellung voll und würden die damit bewiesene Gesinnung in vollem Umfange erwidern. Dr. Tiso bezeichnete in seiner Erwiderung das slowakische Verhalten an Deutschlands Seite als einen Beweis für die Überzeugung der Slowaken, daß sie für eine gerechte Sache mitarbeiteten und nicht vergessen hätten, was Deutschland und sein Führer für sie getan hätten. Der Auszeichnung zahlreicher deutscher Soldaten mit der slowakischen Tapferkeitsmedaille folgte wenige Tage später die Verleihung des Eisernen Kreuzes an Verteidigungsminister Catlos und zwei slowakische Generale. Nach Wiederherstellung der Ordnung an der slowakischen Nordgrenze konnte mit der Demobilisierung der slowakischen Truppen begonnen werden.

Im übrigen sind an außenpolitischen Vorgängen folgende zu erwähnen:

Aus Japan weilte, von Italien kommend, seit dem 17. September eine Militärabordnung unter Führung des Generalobersten Graf Terauchi zu einem 14tägigen Besuch in Deutschland. Die Abordnung wurde am 20. September im Führerhauptquartier vom Führer empfangen und besichtigte anschließend die Kampfgebiete in Polen und die Befestigungsanlagen an der Westfront.

Für die Beziehungen zu den kleinen neutralen Staaten in Europa blieb der von England angezettelte Blockadekrieg maßgebend. Der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Großadmiral Dr. h. c. Raeder, äußerte sich am 19. September in einer Unterredung mit dem Vertreter des Amsterdamer „Algemeen Handelsblad" über die Fragen des Handelskriegs. Der Großadmiral stellte fest, daß Deutschland den U-Boot-Krieg nach Maßgabe der von ihm am 28. August 1939 erlassenen Prisenordnung führe, die sich streng im Rahmen der anerkannten Regeln des Seekriegsrechts halte. Er betonte, daß bei dem den deutschen U-Booten befohlenen Verfahren in keiner Weise von uneingeschränktem U-Boot-Krieg gesprochen werden könne. Es stehe jedoch zu befürchten, daß Zwischenfälle durch die Bewaffnung englischer Handelsschiffe entstehen könnten, die Deutschland zu Gegenmaßnahmen zwingen würde. Eindeutig stellte der Großadmiral fest, daß für den Umfang der Bannguтlisten, der den Handel der neutralen Länder besonders schwer schädigte, allein England verantwortlich sei; die deutschen Banngutlisten wurden erst nach Bekanntgabe der englischen Banngutliste am 4. September erweitert. Großadmiral Raeder sprach in diesem Zusammenhang die Überzeugung aus, daß die Stellung der Neutralen in der Welt heute stark genug sei, um sich gegen die Verletzung ihrer Rechte mit Erfolg zur Wehr setzen zu können. Dann wäre Deutschland nicht gezwungen, zur Abwehr selbst zu schärferen Maßnahmen überzugehen, die notgedrungen die Neutralen in Mitleidenschaft ziehen müßten.

Der brutale Kampf Englands gegen Frauen und Kinder zwang Deutschland dazu, durch mehrere Unternehmungen der Kriegsmarine in der nördlichen Ostsee die Zufuhren aus den nordischen Ländern nach England zu unterbinden, soweit sie von der Banngutliste betroffen waren. Daß dabei die neutralen Länder schwerer getroffen wurden als das Reich selbst, war nicht Deutschlands Schuld, das im übrigen besonders den nordischen Ländern mit seiner gewaltigen Konsum- und Produktionskraft über die vom Krieg nicht betroffene Ostsee ein weitgehendes Äquivalent bot.

Die nordischen Länder, Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden, betonten zum Abschluß einer Konferenz ihrer Staatsminister und Außenminister in

Kopenhagen am 19. September in einer gemeinsamen Erklärung ihren Willen zur unbedingten Wahrung der Neutralität nach außen und zur gegenseitigen Hilfe untereinander. Sie würden zur Sicherung ihres eigenen Wirtschaftslebens auf dem Recht bestehen, ihre traditionellen Handelsverbindungen mit allen Staaten, auch den kriegführenden, aufrechtzuerhalten.

In den Vereinigten Staaten wurde der Kampf um die Abänderung des Neutralitätsgesetzes im Sinne einer Aufhebung des Waffenembargos fortgesetzt. Präsident Roosevelt eröffnete am 22. September eine Sondersitzung des Kongresses, die einer erneuten Prüfung dieses Gesetzes gewidmet war, mit einer Rede, in der er die Verabschiedung und die von ihm erfolgte Unterzeichnung des Neutralitätsgesetzes bedauerte und die Forderung aufstellte, die Vereinigten Staaten „wieder auf die solide Grundlage einer realen und traditionellen Neutralität zu stellen". Die geplante Abänderung des Gesetzes wurde Ende des Monats vom Auswärtigen Ausschuß des Senats mit 16 gegen 7 Stimmen angenommen.

Auf der am 23. September begonnenen Konferenz aller amerikanischen Staaten in Panama unterbreitete der Vertreter der Vereinigten Staaten Welles den Vorschlag, „kriegerische Operationen in nächster Nähe der Küsten des amerikanischen Kontinents" zu verbieten, wobei unter „nächster Nähe" nicht die völkerrechtliche Dreimeilen-Zone, sondern eine viel weitergehende Verteidigungszone zu verstehen war. Im Verlaufe der Konferenz wandten sich die Vertreter Argentiniens, Chiles und Uruguays gegen die von England veranlaßte Einbeziehung von Lebensmitteln und Kleidungsstoffen in die Konterbandelisten.

Wie bei der Durchführung des Blockadekrieges hielt sich Deutschland auch bei seiner übrigen Kriegführung streng an die Regeln des Völkerrechts. Darauf konnte auch in der am 16. September durch schwedische Vermittlung nach Paris und London übersandten Antwort auf die Erklärung hingewiesen werden, die die französische und die britische Regierung bei Abbruch ihrer Beziehungen zu Deutschland über die von ihnen beabsichtigten Methoden der Kriegführung der Reichsregierung zur Kenntnis gebracht hatten. In ihrer Antwort wies die Reichsregierung darauf hin, daß sie nach dem Scheitern der Abrüstungskonferenz als erste den Vorschlag gemacht hatte, die gemeinsamen Bemühungen der Mächte auf das Zustandekommen bindender Vereinbarungen über eine möglichst weitgehende Humanisierung der Kriegführung zu richten, ohne daß sie damals mit diesen Vorschlägen irgendwelchen Widerhall gefunden hätte. Die Antwort weist ferner auf die Versicherungen des Führers in seiner Reichstagsrede vom 1. September über die Durchführung des Feldzuges in Polen hin und macht dann darauf aufmerksam, daß die Gegner Deutschlands ihre feierlichen Zusicherungen und Verpflichtungen schon jetzt vielfach in flagrantester Weise gebrochen hätten. Die Antwort der Reichsregierung nennt in diesem Zusammenhang die englische Hungerblockade gegen Frauen und Kinder, die Befestigung offener Städte und den Aufruf der Zivilbevölkerung zum schrankenlosen Franktireurkrieg durch die polnische Regierung sowie die Verwendung von Gelbkreuzgas durch polnische Truppen. Die Antwort schließt mit der Feststellung, daß die deutschen Streitkräfte auch künftig den vom Führer verkündeten Grundsätzen ritterlicher und humaner Kriegführung treu bleiben.

„Die Reichsregierung muß sich aber vorbehalten, jeden von ihren Gegnern begangenen Rechtsbruch in der ihr geeignet erscheinenden Weise zu vergelten und im Hinblick auf den von England mit der Waffe der Hungerblockade gegen Frauen und Kinder geführten Krieg mit denjenigen Waffen zu antworten, die ihr hierfür zur Verfügung stehen und die auch dem Gegner die furchtbaren Folgen der von ihm gewollten Methoden vor Augen führen."

In krassem Gegensatz zu der humanen deutschen Kriegsführung standen die unmenschlichen polnischen Grausamkeiten, für die der Blutsonntag von Bromberg als ewiges Schandmal in der Erinnerung bleiben wird. Als die deutschen Truppen in Bromberg einzogen, bot sich ihnen ein grauenerregender Anblick. Überall in Gräben, zwischen Hecken und Büschen, in Hauseingängen und einsamen Gehöften der Vorstadt lagen die Leichen der Volksdeutschen, die am Sonntag, dem 3. September von polnischen Banden und polnischer Soldateska nach Abzug der polnischen Hauptstreitkräfte wahllos hingeschlachtet und auf das unmenschlichste verstümmelt worden waren. Frauen und Männer irrten durch die Straßen und suchten

ihre Angehörigen. Über 1000 Volksdeutsche wurden an jenem Sonntag allein in Bromberg hingemordet. Die Presse der neutralen Länder, deren Vertreter die Spuren dieses Blutsonntags besichtigt hatten, zögerten nicht, ihrem Abscheu über die polnischen Verbrechen Ausdruck zu geben. Aber nicht nur in Bromberg, sondern auch in zahlreichen anderen Ortschaften waren insgesamt Tausende von Deutschen auf dieselbe viehische Weise ermordet worden. Insbesondere erwies sich Posen nach dem Einzug der deutschen Truppen als ein zweites Bromberg. In ungezählten Fällen wurden noch Tage und Wochen nach dem Einzug deutscher Truppen in Wäldern die notdürftig verscharrten Opfer des polnischen Untermenschentums aufgefunden. Für diese entfesselte Mordsucht trug der englische Kriegshetzerklüngel in London nicht allein eine mittelbare Verantwortung infolge der durch das englische Garantieversprechen an Polen ermöglichten polnischen Hemmungslosigkeit: das Verhör der an den Bromberger Vorgängen beteiligten verhafteten Rädelsführer ergab vielmehr, daß die Bromberger Grausamkeiten von britischen Agenten des Secret Service planmäßig vorbereitet und durchgeführt worden waren, daß damit also die unmittelbare Verantwortung bei England lag.

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz entsandte zur Herstellung der Verbindungen mit den Regierungen und den Rot-Kreuz-Organisationen der kriegführenden Länder Beauftragte schweizerischer Staatsangehörigkeit nach Deutschland, Polen, Frankreich und England. Nach Deutschland wurde Dr. Marcel Junod entsandt.

Für den Einsatz des Deutschen Roten Kreuzes sprach der Führer am 16. September dem geschäftsführenden Präsidenten SS-Brigadeführer Dr. Grawitz im Führerhauptquartier seinen Dank und seine Anerkennung aus. Er wies dabei im Zusammenhang mit seinen Befehlen für eine den völkerrechtlichen Abmachungen streng entsprechende Kriegführung erneut auf die Bedeutung hin, die er uneingeschränkt den Grundsätzen des Roten Kreuzes und der Genfer Konvention beimesse.

Diese Sorge für humane Kriegführung kam auf deutscher Seite erneut zum Ausdruck bei der vom Oberkommando des deutschen Heeres veranlaßten Herausführung von etwa 170 Vertretern ausländischer Missionen und etwa 1200 sonstigen Ausländern aus dem eingeschlossenen Warschau, das von den polnischen Gewalthabern ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung, der die polnischen Gewalthaber das Verlassen der Stadt verweigerten, und trotz aller deutschen Warnungen zu einer Festung ausgebaut wurde. Die ausländischen Diplomaten und sonstigen Ausländer wurden nach dem Verlassen Warschaus, betreut von der NS-Volkswohlfahrt, über Königsberg und Berlin in ihre Heimatländer weiterbefördert. Es bedurfte wiederholter scharfer Aufforderungen des Oberkommandos des Heeres, um auch die von den Polen noch zurückgehaltenen 62 Mitglieder der sowjetrussischen Botschaft am 26. September aus Warschau zu befreien.

Nicht minder erfolgreich als auf militärischem und diplomatischem Felde war die deutsche Politik bei der Abwehr des fortgesetzten Lügenfeldzuges des britischen Reklame- und Lügenministeriums. Unter den zahlreichen von diesem Ministerium verbreiteten Lügen, die von deutscher Seite blitzschnell und wirkungsvoll abgewehrt wurden, sind besonders folgende zu erwähnen:

Um die belgische Neutralitätspolitik zu erschüttern, wurden Meldungen von einer angeblichen Räumung Aachens und von weitgehenden militärischen Vorbereitungen Deutschlands in der Gegend von Aachen verbreitet. Diese Meldungen wurden von dem belgischen Informationsministerium selbst als absolut unwahr bezeichnet.

Man bediente sich ferner des jüdischen Journalisten Knickerbocker, um die nationalsozialistische Führung des Reiches mit der Behauptung zu diskreditieren, daß sechs führende Nationalsozialisten 35 Millionen Dollar auf eigene Rechnung im Ausland deponiert hätten, eine Summe, die bei ihrer Weiterverbreitung durch den demokratischen Blätterwald bald auf 500 Millionen Dollar anwuchs. Die durch den Rundfunk verbreitete Aufforderung der Reichsregierung an Knickerbocker, gegen Überlassung einer Summe von 10 v. H. dieses Betrages Dokumente von den Einzahlungen zu veröffentlichen, ließ dieser Hetzer im Dienste des britischen Lügenministeriums unbeantwortet. Erst mehrere Tage nach der ihm hierfür gestellten Frist nahm er die Lüge wieder auf und veröffentlichte eine lange Liste von Auslandsguthaben, die angeblich von sechs führenden Nationalsozialisten angelegt sein

sollten. Die von den Berliner Auslandsjournalisten, denen völlig freie Hand gegeben wurde, sofort angestellten Nachforschungen ergaben, wie über alle deutschen Sender der ganzen Welt bekanntgegeben wurde, daß die von Knickerbocker angeführten Namen entweder gar nicht existierten oder daß die angeführten Firmen die Angaben Knickerbockers widerlegten. Reichsminister Dr. Goebbels empfing bereits nach der ersten Abwehr des Knickerbocker-Schwindels am 24. September die Berliner Auslandsjournalisten und kennzeichnete den Vorfall als eine Angelegenheit, durch die das Ansehen des Weltjournalismus auf das schwerste betroffen würde. Er bezeichnete Knickerbocker als einen internationalen Lügner und Fälscher, den er der Verachtung des gesamten Weltjournalismus preisgebe.

Die in der feindlichen Presse verbreiteten Lügen über blutige Unruhen im Protektorat Böhmen und Mähren wurden bald von zahlreichen Journalisten neutraler Länder widerlegt, die sich an Ort und Stelle von der Unhaltbarkeit solcher Behauptungen überzeugen konnten.

Ebenso wurden die Meldungen von angeblichen erfolgreichen Luftangriffen englischer bzw. französischer Flieger auf Kiel und Friedrichshafen von neutralen Journalisten restlos widerlegt, denen Gelegenheit gegeben wurde, entsprechende Untersuchungen in Kiel und Friedrichshafen vorzunehmen.

In der Frage des Unterganges der „Athenia" gelang es, ein weiteres Beweisstück dafür aufzufinden, daß Deutschland zu Recht den Ersten Lord der britischen Admiralität, Churchill, und seine Helfershelfer der Urheberschaft an der Versenkung der „Athenia" bezichtigte. In einem von der deutschen Presse veröffentlichten Rundschreiben des Cunard-White-Star-Büros an seine deutschen Zweigstellen vom 29. August waren die deutschen Zweigstellen angewiesen worden, infolge von „Fahrplanänderungen" für die „Athenia" und drei weitere Dampfer der englischen Reederei keine Buchungen vorzunehmen. Von deutscher Seite wurde hierzu u. a. festgestellt: 1. daß es sich bei den angeführten Fahrplanänderungen um einen Vorwand handele, da die „Athenia" ihre Ausreise planmäßig am 2. September angetreten hatte; 2. daß Churchill und Genossen schon mehrere Tage vor Kriegsausbruch den Plan gefaßt hatten, den von ihnen vorbereiteten Krieg gegen das Reich mit einem neuen „Lousitania"-Fall einzuleiten; 3. daß es Churchill daran gelegen war, an Bord der „Athenia" keinen deutschen Zeugen für sein Verbrechen zu haben; 4. daß Reservschiffe für den Fall bereit gehalten wurden, daß der Plan mit der „Athenia" nicht zur Ausführung kam.

Das Deutsche Volk konnte durch die lügnerische Propaganda des britischen Gegners nicht beunruhigt und irregeleitet werden. Am Ende des ersten Kriegsmonats sah es, besonders nachdem auch die polnischen Gewalthaber in Warschau die von ihnen zur Festung ausgebaute polnische Hauptstadt übergeben hatten, auf geschichtlich einmalige Erfolge zurück. Es bereitete sich vor, nach Erledigung der notwendigen Übergabemaßnahmen in den ersten Oktobertagen die siegreiche Beendigung des polnischen Feldzuges zu feiern. Mit ihm wartete die ganze Welt voller Spannung darauf, welche politischen Folgerungen der Führer in der für die erste Oktoberwoche angekündigten Reichstagssitzung ziehen würde. Stg.

Die Verwaltung

Im Mittelpunkt der Verwaltungsmaßnahmen in der zweiten Septemberhälfte standen die sich aus der Besetzung des ehemaligen polnischen Staatsgebietes bis zur deutsch-russischen Demarkationslinie und aus der Rückgliederung Danzigs und Ostoberschlesiens ergebenden Aufgaben. Der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht ordnete am 27. September die Einrichtung einer Militärverwaltung in den besetzten ehemals polnischen Gebieten an, an deren Spitze als Oberbefehlshaber Ost der Generaloberst v. Rundstedt berufen wurde. Zum obersten Verwaltungschef beim Oberbefehlshaber Ost für die gesamte Zivilverwaltung wurde Reichsminister Dr. Frank ernannt, der bei seiner Amtsübernahme am 30. September in Posen die Bedeutung der zu lösenden Aufgaben dahingehend umriß, daß der deutsche Volksboden nunmehr unwiderruflich zu sichern sei.

Mit Wirkung vom 19. September schieden mit Ausnahme des oberschlesischen Industriegebietes auch die ostwärts der Oder gelegenen Teile Schlesiens aus dem militärischen Operationsgebiet aus. Die zwischen West- und Ostoberschlesien bestehenden Polizeigrenzen wurden am 25. September aufgehoben, nachdem bereits am 15. September die Eingliederung Ostoberschlesiens in den großdeutschen Wirtschaftsraum durch eine Verlegung der Zollgrenze an die ehemalige Reichsgrenze bei Lublinitz, Myslowitz, Pleß und Rybnik erfolgt war.

Die Wiedereingliederung Danzigs in das Großdeutsche Reich stellte in der Berichtszeit weitere Verwaltungsaufgaben. Gauleiter Forster berief als Chef der Zivilverwaltung am 25. September einen Beauftragten für die Stadt Danzig, der die Aufgabe hat, die Selbstverwaltung der Stadt aufzubauen und die Trennung der bisher gemeinsam geführten Geschäfte von Stadt- und früherer Staatsverwaltung durchzuführen. Für Gotenhafen, Bromberg, Thorn und Hohensalza sowie eine Anzahl von Landkreisen im Bereich des Militärbefehlshabers Danzig-Westpreußen wurden am 28. September Stadt- bzw. Landkommissare eingesetzt. Im übrigen wurde Danzig an die planmäßige Luftverkehrslinie Berlin—Danzig—Königsberg mit Wirkung vom 21. September angeschlossen.

Mit den siegreichen deutschen Truppen zog in den befreiten und besetzten polnischen Gebieten Ruhe und Ordnung ein. Militär- und Zivilverwaltung trafen die zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Lebens notwendigen Maßnahmen. In welcher Weise die Sicherstellung von Ruhe und Ordnung erfolgte, möge aus dem Beispiel der Stadt Gotenhafen (früher Gdingen) ersehen werden. Nach der Besetzung der Stadt erließ der Festungskommandant folgenden Aufruf:

„An die Bevölkerung von Gdingen! Ich habe als Militärbefehlshaber die vollziehende Gewalt im Bereich Gdingen übernommen. Die Bevölkerung hat allen Anordnungen Folge zu leisten. Zuwiderhandlungen und Gewalttätigkeiten werden entsprechend den Kriegsgesetzen mit dem Tode bestraft. Hieb-, Stoß- und Schußwaffen jeder Art sowie Uniformen oder Uniformteile des polnischen Heeres, der polnischen Marine, polnischen Behörden usw. sind innerhalb von 48 Stunden nach Bekanntwerden abzuliefern. Die Ablieferung hat im Gebäude der Zivilverwaltung zu erfolgen. Die Sicherstellung und treuhänderische Verwaltung sämtlicher im Bereich von Gdingen vorhandenen Wirtschaftsgüter wird hiermit angeordnet. Die Lebensmittelgeschäfte bleiben geöffnet. Beauftragter des Chefs der Zivilverwaltung ist der Oberbürgermeister Erich Temp, der seinerseits weitere Anordnungen erläßt. Der Festungskommandant. Schall-Emden, Kapitän zur See. Gdingen, den 14. September 1939."

Auf den Aufruf des Militärbefehlshabers folgen die ersten Anordnungen des Beauftragten des Chefs der Zivilverwaltung für die Stadt Gotenhafen. Darin wird der Verkauf und Ausschank von Alkohol, das Betreten der Dächer und Böden und das Abhalten von Versammlungen unter freiem Himmel verboten. Die Bevölkerung wird aufgefordert, den Anordnungen der Militär- und Polizeibehörden unbedingt

Folge zu leisten. Rundfunkgeräte waren binnen 24 Stunden bei der Zivilverwaltung abzuliefern. Die Arbeiter und Angestellten der lebenswichtigen Betriebe hatten sofort ihre Arbeit wieder aufzunehmen. Die Geschäfte, mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte wurden geschlossen und eine Bestandsaufnahme durchgeführt. Die Bevölkerung wird weiterhin aufgefordert, die notwendigen Instandsetzungsarbeiten an den Häusern, in den Läden und auf den Bürgersteigen vorzunehmen. In ähnlicher Weise erfolgte die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in den übrigen Städten und Dörfern des ehemals polnischen Staatsgebiets.

Von besonderer Bedeutung war die durch eine Durchführungsanordnung des Ministerrats für die Reichsverteidigung vom 22. September (RGBl. I, S. 1937) erfolgte Einrichtung eines Verteidigungsausschusses in dem Bereich eines jeden Reichsverteidigungskommissars. Der Reichsverteidigungsausschuß hat den Reichsverteidigungskommissar zu beraten und ihn bei der einheitlichen Steuerung der zivilen Reichsverteidigung zu unterstützen. Dem Reichsverteidigungsausschuß gehören an: kraft Amtes die Reichsstatthalter (in der Ostmark die Landeshauptmänner), die Gauleiter, die Oberpräsidenten, die Ministerpräsidenten und Minister der Länder, die höheren SS- und Polizeiführer, die Regierungspräsidenten, die Landesarbeitsamtspräsidenten und die Reichstreuhänder der Arbeit, deren Bezirke ganz oder teilweise im Wehrkreis liegen. Ferner können deutsche Männer durch Berufung des Vorsitzenden des Ministerrats für die Reichsverteidigung zum Verteidigungsausschuß gehören. Die Durchführungsverordnung bestimmt weiterhin, daß der Vorsitzende des Ministerrats für die Reichsverteidigung auf gemeinsamen Vorschlag des Stellvertreters des Führers und des Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung für bestimmte Gebiete des Wehrkreises Beauftragte bestellen kann, die die Befugnisse des Reichsverteidigungskommissars nach dessen Weisungen auszuführen haben. Es handelt sich dabei um solche Fälle, in denen der Bereich eines Reichsstatthalters oder eines Gauleiters ganz oder doch nahezu ganz innerhalb desselben Wehrkreises liegt. Generalfeldmarschall Göring ernannte folgende Beauftragte: Im Wehrkreis II Gauleiter Reichsstatthalter Hildebrandt für das Land Mecklenburg; im Wehrkreis III stellvertretender Gauleiter Görlitzer für den Gau Berlin; im Wehrkreis IV Gauleiter Eggeling für den Gau Halle-Merseburg, soweit er zum Wehrkreis IV gehört; im Wehrkreis VI Gauleiter Grohé für den Gau Köln-Aachen, Gauleiter Florian für die Gaue Düsseldorf und Essen, Reichsstatthalter Gauleiter Dr. Meyer für den Gau Westfalen-Nord, soweit er zum Wehrkreis VI gehört; im Wehrkreis X Oberpräsident Gauleiter Lohse für den Gau Schleswig-Holstein, Reichsstatthalter Gauleiter Röver für den Gau Weser-Ems, soweit er zum Wehrkreis X gehört; im Wehrkreis XII Gauleiter Simon für den Gau Koblenz-Trier; im Wehrkreis XVII Gauleiter Landeshauptmann Eigruber für den Gau Oberdonau, Gauleiter Landeshauptmann Jury für den Gau Niederdonau; im Wehrkreis XVIII Gauleiter Landeshauptmann Hofer für den Gau Tirol-Vorarlberg, Gauleiter Landeshauptmann Uiberreither für den Gau Steiermark und Stellvertretender Gauleiter Kutschera für den Gau Kärnten.

Zur Vereinfachung der Verwaltung in der Kreisinstanz bestimmte der Ministerrat für die Reichsverteidigung durch Verordnung vom 26. September (RGBl. I, S. 1981), daß die Beschlußzuständigkeiten von Vertretungskörperschaften und kollegialen Behörden in der Kreisinstanz auf den Landrat übergehen. Die Rechte der Vertretungskörperschaften und der kollegialen Behörden, angehört zu werden, entfallen. Der Landrat kann ihre Mitglieder in wichtigen Angelegenheiten zur Beratung heranziehen. Die Zuständigkeiten der Verwaltungsgerichte in der Stufe des Kreises bleiben dagegen unberührt.

Die für die Reichsverteidigung zum Wehrdienst einberufenen Beamten wurden durch eine „Dritte Verordnung zur Durchführung des Deutschen Beamtengesetzes" vom 27. September 1939 (RGBl. I, S. 1982) von dem bisher zur Eingehung einer Ehe vor der Eheschließung vorgeschriebenen Nachweis befreit, daß der künftige Ehegatte deutschen oder artverwandten Blutes ist. Der Beamte und seine Verlobte haben jedoch dem Dienstvorgesetzten die Versicherung einzureichen, daß ihnen trotz sorgfältiger Prüfung keine Umstände bekannt sind, welche die Annahme rechtfertigen könnten, daß sie von jüdischen Eltern oder Großeltern abstammen könnten.

Auf dem Gebiet der Rechtspflege ist besonders das Gesetz zur Änderung von Vorschriften des allgemeinen Strafverfahrens, des Wehrmachtstrafverfahrens und des Strafgesetzbuches vom 16. September (RGBl. I, S. 1841) und die am 17. September (RGBl. I, S. 1847) dazu erlassene Durchführungsverordnung zu erwähnen. Das Gesetz erhält seine besondere Bedeutung durch die Bestimmungen über die Verbindung von Strafsachen der allgemeinen Gerichtsbarkeit und der Wehrmachtgerichtsbarkeit.

Die Vertretung der zur Wehrmacht oder zu sonstigen Diensten einberufenen Rechtsanwälte durch andere Rechtsanwälte wurde durch eine Verordnung des Reichsjustizministers vom 18. September (RGBl. I, S. 1847) geregelt. Danach sind Rechtsanwälte und Assessoren im anwaltlichen Probe- und Anwärterdienst verpflichtet, die Vertretung von Rechtsanwälten zu übernehmen und sie nach den allgemeinen Weisungen des Präsidenten der Reichsrechtsanwaltskammer treuhänderisch zu führen. Eine weitere am gleichen Tage veröffentlichte Verordnung des Reichsjustizministers (RGBl. I, S. 1848) verpflichtet Notare und Notarassessoren, Rechtsanwälte und Anwaltsassessoren, frühere Notare und frühere Rechtsanwälte sowie im Ruhestand befindliche Richter, die Vertretung von Notaren zu übernehmen oder der Bestellung zum Notarverweser nachzukommen.

Schließlich ist auf dem Gebiet der Rechtspflege in der zweiten Septemberhälfte noch auf die Amtseinführung der Mitglieder des Oberprisenhofes durch Reichsjustizminister Dr. Gürtner am 24. September hinzuweisen. Der Reichsjustizminister ging in seiner Ansprache insbesondere auf die deutsche Prisenordnung ein und hob hervor, wie eindeutig gerade hier der Wille des Führers zum Ausdruck komme, bei der Kriegführung die anerkannten Grundsätze des Völkerrechts zu achten. Vorsitzende des Oberprisenhofes sind: Dr. Kriege (Präsident) und Dr. Hesse (stellv. Präsident), während als Reichskommissar beim Oberprisenhof Admiral Gladisch und zu seinem Stellvertreter Vizeadmiral Frhr. v. Gagern berufen wurden.

Weitere Verwaltungsmaßnahmen befaßten sich mit der Reichsarbeitsdienstpflicht. Eine Verordnung vom 21. September (RGBl. I, S. 1858) regelte das Heranziehungsverfahren bei der Durchführung der Reichsarbeitsdienstpflicht für die weibliche Jugend. Das Reichsarbeitsdienstgesetz in der Fassung vom 9. September wurde durch eine Durchführungsverordnung vom 29. September (RGBl. I, S. 1967) ergänzt.

In diesem Zusammenhang ist außerdem noch eine Verordnung des Ministerrats für die Reichsverteidigung über den Einsatz der älteren Schuljugend vom 22. September 1939 (RGBl. I, S. 1867) zu erwähnen. Danach stehen die Schüler der höheren und mittleren Schulen, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, in den Ferien zum Einsatz als landwirtschaftliche Hilfskräfte zur Verfügung. Der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung wird ermächtigt, die Ferien so zu gestalten, daß ein wirksamer Einsatz gewährleistet ist. Der Einsatz erfolgt durch das Reichsarbeitsamt im Einvernehmen mit dem Landrat und dem Kreisleiter. Jugendliche vom vollendeten 10. bis zum vollendeten 16. Lebensjahr, die eine allgemeinbildende Schule besuchen, können außerhalb der Schule nur innerhalb des Standorts und nur zu leichter Arbeit eingesetzt werden.

Von besonderer Bedeutung waren die Bestimmungen über die Organisation der Feuerschutzpolizei, die der Reichsinnenminister in einer „Ersten Durchführungsverordnung zum Gesetz über das Feuerlöschwesen" vom 27. September 1939 (RGBl. I, S. 1983) verfügte. Die Feuerschutzpolizei hat danach die Gefahren abzuwehren, die der Allgemeinheit oder dem einzelnen bei öffentlichen Notständen, insbesondere durch Schadenfeuer, drohen. Sie hat ferner die Aufgaben zu erfüllen, die ihr zur Durchführung des Luftschutzes gestellt werden. Die Verordnung bezeichnet außerdem über 65 deutsche Großstädte, die eine Feuerschutzpolizei einzurichten und ihre Berufsfeuerwehren in die Feuerschutzpolizei überzuleiten haben.

Von den Verwaltungsmaßnahmen in der zweiten Septemberhälfte ist schließlich auf die Meldepflicht der Staatsangehörigen Polens und des Irak hinzuweisen, die nach einer Mitteilung des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei vom 18. September auf Grund der Verordnung über die Behandlung von Ausländern vom 5. September 1939 zu erfolgen hatte. Dr. N.

Die Sozialpolitik

Von Dr. Karstedt, Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium

Auf dem Gebiete der Sozialpolitik stand in der zweiten Hälfte des Monats September die Verordnung über die Gewährung von Sonderzulagen an Schwer- und Schwerstarbeiter, werdende und stillende Mütter, kranke und gebrechliche Personen vom 16. September 1939 im Vordergrund (RGBl. I, S. 1825). Eine ausführliche Darstellung über Zweck und Aufgaben dieser Verordnung, die sich auf die Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen vom 27. August 1939 stützt, hat Ministerialrat Dr. Kremer im Reichsarbeitsblatt II, Seite 363, gegeben. Die Verordnung hat den Begriff des Schwerstarbeiters aus dem Weltkrieg übernommen, ausgehend von der Auffassung, daß unter diesen Begriff solche Arbeiter zu fallen haben, die dauernd schwere körperliche Arbeit unter erschwerenden Arbeitsbedingungen zu leisten haben, wie z. B. Bergarbeiter unter Tage. Praktisch wirkt sich die Verordnung so aus, daß zur Zeit je Woche erhalten:

Normalverbraucher	Schwerarbeiter	Schwerstarbeiter
500 Gramm Fleisch	1000 Gramm Fleisch	1200 Gramm Fleisch
2400 Gramm Brot	3800 Gramm Brot	4800 Gramm Brot
270 Gramm Fett	392,5 Gramm Fett	740 Gramm Fett

Von der Überzeugung ausgehend, daß bei manchen Arbeitsvorgängen die Verabreichung von Milch vom gesundheitlichen Standpunkt aus nützlich und zweckmäßig ist, wie insbesondere bei Arbeitern, die der gesundheitlichen Gefährdung durch Bleistaub, Quecksilber, Schwefelkohlenstoff, Mangan usw. ausgesetzt sind, hat der Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft durch Erlaß vom 20. September 1939 (RArbeitsbl. I, S. 448) diejenigen Arbeiter bezeichnet, denen im allgemeinen eine Milchzulage gewährt werden kann.

Erheblicher ausgedehnt ist die Kurzarbeiterunterstützung durch Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 18. September 1939 (RGBl. I, S. 1850). Mit Ausnahme der Betriebe der Land- und Forstwirtschaft, der Seefahrzeuge und der Binnenfischerei wird danach Kurzarbeiterunterstützung bis auf weiteres in allen Betrieben gewährt, in denen regelmäßig mindestens ein Arbeiter oder Angestellter beschäftigt ist, wenn der Kurzarbeiter in der Doppelwoche mindestens 8 Arbeitsstunden oder mindestens eine Arbeitsschicht im Betriebe beschäftigt wird, der Arbeitsausfall auf Arbeitsmangel beruht und das Arbeitsentgelt infolge des Arbeitsausfalles verringert ist. Sie wird denjenigen Kurzarbeitern gewährt, die in der Doppelwoche wegen Arbeitsmangels weniger als 80 Arbeitsstunden in dem Betriebe beschäftigt werden.

Die Erweiterung der bisherigen Bestimmungen umfaßt nicht zuletzt die Einbeziehung der Handelsbetriebe. Die neue Kurzarbeiterunterstützung entspricht im wesentlichen der bisherigen „verstärkten" Kurzarbeiterunterstützung.

Von allgemeiner Bedeutung ist die Verordnung des Reichsarbeitsministers über den Kündigungsschutz von Kleingärten vom 27. September 1939 (RGBl. I, S. 1966), die feststellt, daß Pachtverträge über kleingärtnerisch genutztes Land vom Verpächter nicht gekündigt werden dürfen. Bereits ausgesprochene Kündigungen sind rechtsunwirksam, wenn die Räumung des verpachteten Geländes im Zeitraum des Inkrafttretens der Verordnung noch nicht durchgeführt ist. Streitigkeiten, die sich aus der Anwendung dieser Verordnung ergeben, werden unter Ausschluß des Rechtsweges endgültig von der höheren Verwaltungsbehörde entschieden.

Die Anspannung, die sich bei Ausbruch des Krieges im Arbeitseinsatz zeigte, hat nach der raschen Beendigung des polnischen Krieges eine erhebliche Er-

leichterung erfahren, so daß die Wehrmacht bereits in dringenden Fällen Freistellungen verfügen konnte. Darüber hinaus hat die Einschränkung der nicht-kriegswichtigen Wirtschaftszweige Kräfte freigemacht, so vor allem in der Textilindustrie, dem Bekleidungsgewerbe, der Lederindustrie und dem Handel. Ein zusätzlicher Einsatz weiblicher Arbeitskräfte aus dem Kreis der bisher nicht berufstätigen Frauen erscheint daher nach einer halbamtlichen Mitteilung vom 23. September 1939 nicht mehr erforderlich, zumal zunächst diejenigen weiblichen Arbeitskräfte wieder eingesetzt werden müssen, die aus der Umstellung der Friedens- auf die Kriegswirtschaft frei geworden waren.

Im Bereich Ostoberschlesien hatte das Landesarbeitsamt Schlesien bis zum 30. September 1939 neun Arbeitsämter und mehrere Nebenstellen eingerichtet, eine Notwendigkeit, die sich daraus ergab, daß die Arbeitslosigkeit in dem genannten Gebiet erheblich größer war, als dies aus den polnischen amtlichen Statistiken ersichtlich war. Liegt auch in der Hauptsache die Aufgabe dieser Stellen in der Regelung des Arbeitseinsatzes, so fiel ihnen doch auch die Fürsorge für die unverschuldet in Not geratenen Arbeitslosen zu. Bis zum 30. September 1939 wurden nahezu 20000 Arbeitslose des Gebietes ausreichend unterstützt und damit dem Elend entrissen, in das sie unter polnischer Herrschaft gelangt waren; die Unterstützten sind verpflichtet, gemeinnützige Arbeit zu leisten.

Für die Erfolge der deutschen Arbeit seit 1933 ist eine Statistik wertvoll, die der National Industrial Conferenc Board in New York kürzlich veröffentlicht hat. Danach hat sich das Volkseinkommen in Milliarden Dollar seit 1933 folgendermaßen entwickelt:

	1933	1936	1937
Vereinigte Staaten	44,7	65,2	69,4
Deutschland	14,2	26,2	28,5
Großbritannien	14,7	21,5	23,7
Rußland	9,7	16,6	19,1
Frankreich	10,0	11,6	8,6

Auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet stellen sich die Dinge so dar, daß den Vereinigten Staaten mit einem Volkseinkommen von 537 Dollar pro Kopf Großbritannien mit 500 Dollar und Deutschland schon mit 421 Dollar folgen.

Über die Entwicklung der Dinge im Ausland liegen für die Berichtszeit nur unzureichende Angaben vor. Der an dieser Stelle Ausdruck gegebenen Vermutung, daß die Leidtragenden zunächst vor allem die Neutralen sind, haben die bisher bekannt gewordenen Ziffern recht gegeben. Belgien beispielsweise hatte am 27. Juli 1939 172219 Arbeitslose, am 23. September 1939 aber 235000. Bis zum 28. September 1939 hat die Zahl sich allerdings um 15600 gesenkt. In Luxemburg kann die Hüttenindustrie infolge der mangelhaften Erzzufuhren nur noch 4 Tage in der Woche arbeiten. Demgemäß hat die Septembererzeugung kaum die Hälfte der Augusterzeugung erreicht. Bei einer Belegschaft von 25000 Arbeitern in der luxemburgischen Hüttenindustrie bedürfen die Zahlen keiner Erläuterung.

Auch in anderer Hinsicht macht sich die Blockade mit allen ihren Nebenerscheinungen für die neutralen Länder sehr einschneidend bemerkbar. Beispielsweise mußten in Antwerpen die Mindestlöhne in der belgischen Diamantenindustrie von 180 auf 220 belg. Fr. erhöht werden, und eine weitere Erhöhung ist für den 2. Oktober 1939 um 15 v. H. vorgesehen. Man erachtet einen Wochenlohn von 250 belg. Fr. für nötig, um die eingetretene Verteuerung lebenswichtiger Dinge auszugleichen. Belgien ist gerade jetzt in starkem Maße auf seine Steinkohlenproduktion angewiesen, die bisher u. a. etwa 10000 polnische Arbeiter beschäftigt hat. Diese Facharbeiter sind für das polnische Heer in Frankreich aufgerufen; zeitweilig sollen täglich 400 dieser Arbeiter die Grenze nach Frankreich überschritten haben. Die belgischen Behörden stehen nun vor der schwierigen Frage, mehr Arbeitskräfte für die Gruben frei zu bekommen.

Für die Verhältnisse in der Schiffahrt der Niederlande ist kennzeichnend, daß dort auf kommunistische Anstiftung am 15./16. September 1939 ein wilder Streik der holländischen Seeleute in Rotterdam ausbrach. Wenn die Arbeitnehmerorganisa-

tionen den wilden Streik auch mißbilligten, so haben ihre Verhandlungen mit den Reedern doch zu einer 35prozentigen Erhöhung der Seemannslöhne geführt.

In England ist die Zahl der voll Arbeitslosen von 1,256 Millionen am 10. Juli 1939 auf 1,331 Millionen am 11. September gestiegen. In der dritten Kriegswoche sind zwar 76000 Arbeiter mehr in Beschäftigung gekommen, aber dieser Besserung steht offenbar eine ganz erheblich gewachsene weibliche Arbeitslosigkeit gegenüber.

Über die sozialpolitische Entwicklung in Frankreich ist Zuverlässiges bisher nicht bekannt geworden. Von Bedeutung ist, daß der Ministerrat die zulässige Beschäftigungsdauer in den Bergwerken für Arbeiten unter Tag auf 52½ Stunden erhöht hat.

Die Wirtschaft

Im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Maßnahmen in der zweiten Septemberhälfte stand die weitere kriegswirtschaftliche Abstimmung von Produktion und Verbrauch auf die Ende August und Anfang September erlassenen grundlegenden Gesetze und Verordnungen.

In einer Bekanntmachung vom 15. September (RAnz. Nr. 217 v. 18. 9. 39) veröffentlichte der Reichswirtschaftsminister Richtlinien für die Zusammenarbeit zwischen staatlicher Wirtschaftsverwaltung und der Organisation der gewerblichen Wirtschaft auf dem Gebiete der Kriegswirtschaft. Die Reichswirtschaftskammer, die Reichsgruppen, die Wirtschaftsgruppen und die Fach- und Fachuntergruppen erhalten danach die Aufgabe, den Reichswirtschaftsminister und die von ihm betrauten Stellen verantwortlich zu beraten und für die Durchführung der ihm übertragenen Aufgaben verantwortlich zu sorgen.

Die weiteren Bestimmungen dieser für die Organisation der Kriegswirtschaft so bedeutungsvollen Richtlinien befassen sich mit den Aufgaben der Bezirkswirtschaftsämter, die sich für die Betriebssicherung und für die Vorratsüberwachung der Industrie- und Handelskammern, zur Beratung und Durchführung ihrer fachlich-bezirklichen Aufgaben der Wirtschaftskammern bedienen. Die Hauptmobbeauftragten (Hauptgeschäftsführer) und Mobbeauftragten (Geschäftsführer) der Wirtschaftskammern haben laufend enge Fühlung mit den Bezirkswirtschaftsämtern zu halten. Die Erzeugungs- und Umlegungspläne werden, sofern nicht eine andere Regelung zweckmäßig ist, durch die Wirtschaftsgruppen der Reichsgruppe Industrie im Benehmen mit den Reichsstellen aufgestellt und laufend den Erfordernissen der Kriegswirtschaft angepaßt. In den Wirtschaftskammern wird die Bearbeitung aller wehrwirtschaftlichen Fragen wie bisher in der wehrwirtschaftlichen Abteilung zusammengefaßt. Die zentrale Bewirtschaftung der Rohstoffe und Halbwaren ist Aufgabe der Reichsstellen. Die besondere Bedeutung des Transportwesens und die Notwendigkeit, Transportfragen in enger Fühlung mit der Reichsbahn und den anderen Verkehrsstellen zu regeln, führten zur Einsetzung besonderer Transportbeauftragter für die Wirtschaft. Die Transportbeauftragten haben die Transportbedürfnisse der gesamten Wirtschaft mit den gegebenen Verkehrsmöglichkeiten abzustimmen.

Die straffe Durchgliederung der Wirtschaftsorganisation wird ihre Bewährungsprobe auch in den von unseren Truppen besetzten Gebieten des ehemaligen polnischen Staates abzulegen haben. In dem gleichen Maße, wie das deutsche Heer an der Ostfront im Laufe des Monats September seine Aufgabe löste, erfuhr das Großdeutsche Reich einen wertvollen Zuwachs seiner starken kriegswirtschaftlichen Kraft. Die Anlagen im oberschlesischen Industriegebiet, im Dombrowa- und Olsa-Gebiet können um so rascher für die Versorgung unserer Wirtschaft und unseres Heeres eingesetzt werden, als Zerstörungen nur im geringen Umfange vorliegen und aus der Zeit vor der Lostrennung Ostoberschlesiens und der damals zu Österreich gehörenden Gebiete noch eine eingehende Kenntnis der deutschen Stellen über die Betriebsverhältnisse in den besetzten Gebieten zur Verfügung steht. Schon nach kurzer Zeit konnte der größte Teil der Betriebe wieder in Gang gebracht werden.

Eine besondere Regelung wurde auf dem Gebiete des Zahlungs- und Kreditverkehrs getroffen (RAnz. Nr. 227 v. 28. 9. 39). Der Oberbefehlshaber des Heeres erließ zwei Anordnungen, nach denen die Reichsmark in den von den deutschen Truppen besetzten Gebieten neben dem Zloty mit einem Wertverhältnis von einem Zloty = 50 Rpf. als gesetzliches Zahlungsmittel eingeführt wird und Reichskreditkassen errichtet werden. Die Reichskreditkassen werden gegen die üblichen bankmäßigen Sicherheiten Kredite gewähren, Wechsel diskontieren und unverzinsliche Gelder im Überweisungsverkehr oder als Einlagen annehmen. Um dem Mangel an Zahlungsmitteln abzuhelfen, wurden von der Hauptverwaltung der Reichskredit-

kassen in kleinerer Stückelung Reichskreditkassenscheine ausgegeben, die auf Reichsmark lauten. Diese Scheine sind in den durch die deutschen Truppen besetzten Teilen der Republik Polen mit Ausnahme des ostoberschlesischen Gebietes gesetzliche Zahlungsmittel.

Die Einschränkung der Konsumgüterproduktion und die Anpassung der Unternehmungen an die kriegswirtschaftliche Umstellung stellte an die Finanzkräfte der Unternehmungen hohe Anforderungen. Für die betroffenen Firmen wurde durch einen Erlaß des Reichswirtschaftsministers eine Kredithilfe vermittelt, um Liquiditätsschwierigkeiten zu vermeiden. Die Kredithilfe trägt den Charakter einer Selbsthilfeaktion der gewerblichen Wirtschaft unter Einschaltung der bereits in Abwicklung befindlichen „Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten (Öffa)", die in ihrer Hauptversammlung am 22. September die Aufhebung der Abwicklung beschloß.

Eine weitere Maßnahme zur Deckung des Geldbedarfs von Unternehmen, die auf Kriegsproduktion umgestellt werden, bedeuten die durch Verordnung vom 19. September eingeführten Wehrmachtverpflichtungsscheine (RGBl. I, S. 1851), die vom Oberkommando der Wehrmacht und den zentralen Beschaffungsstellen der Wehrmachtteile ausgegeben werden. Diese Wehrmachtverpflichtungsscheine dürfen auf keinen geringeren Nennbetrag als 10 000 RM lauten und sind als Schuldverschreibungen auf den Inhaber ausgestattet.

Von weiteren finanzpolitischen Maßnahmen in der Berichtzeit ist eine Verordnung über die Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts vom 18. September (RGBl. I, S. 1849) zu nennen, nach der die Fristen, in denen nach den Vorschriften des Wechsel- und des Scheckgesetzes die zur Erhaltung der Rückgriffsrechte erforderlichen Handlungen vorzunehmen sind, bis auf weiteres um 30 Tage verlängert werden, es sei denn, daß die Fristen vor dem 28. August 1939 bereits abgelaufen waren. Der Reichskreditkommissar verordnete ferner durch eine 15. Bekanntmachung eine Vereinfachung der Bank-Zwischenbilanzen. Danach fallen künftig die Rohbilanzen ganz weg, und statt der Monatsbilanzen brauchen nur noch zwei Monatsausweise eingereicht zu werden. Die Sparkassen werden künftig erst bis zum 15. Tage, die anderen Kreditinstitute bis zum 20. Tage ihre Ausweise vorlegen.

Die deutsche Versorgungslage berechtigt über das zunächst erwartete Maß hinaus, wie das Statistische Reichsamt auf Grund der amtlichen Getreide-Vorschätzung am 22. September mitteilte, zu optimistischen Schlüssen. Die Ernte 1939 wird etwa um 6,4 v. H. günstiger sein als der bereits hochliegende Durchschnitt der Jahre 1932 bis 1937; man erwartet ein Ergebnis von 27,43 Mill. Tonnen. Da der durchschnittliche Jahresbedarf Großdeutschlands an Getreide einschließlich Aussaat und Schwund rund 25 bis 26 Mill. Tonnen beträgt, wird also die diesjährige Ernte vollkommen ausreichen, um den Gesamtbedarf der Bevölkerung und der Tierbestände zu decken. Außerdem ist eine sehr gute Hackfruchternte zu erwarten.

Eine organisatorische Umstellung auf dem Gebiet der Versorgung des lebenswichtigen Bedarfs des deutschen Volkes war durch die Verordnungen über die öffentliche Bewirtschaftung für verschiedene landwirtschaftliche Erzeugnisse vom 7. September angekündigt worden. Mit Wirkung vom 25. September wurde das bisherige Bezugsscheinsystem insoweit geändert, als an Stelle der bisherigen einheitlichen Lebensmittelkarte sechs Einzelkarten ausgegeben wurden.

Nachdem die Elektrizitätsversorgung durch eine Verordnung vom 4. September sichergestellt war, wurde in der Berichtszeit auch die Kohle- und Gasversorgung durch Maßnahmen des Reichswirtschaftsministers gesichert. Mit Wirkung vom 17. September wurden 12 Kohlenverteilungsstellen errichtet, die auf Weisung der Reichsstelle für Kohle den Selbstverbrauch und die Verteilung der Kohle regeln. Zwei Anordnungen des Reichsbeauftragten für Kohle vom 21. September waren für die Regelung weiterer Einzelheiten der Kohlenverteilung bestimmt. Von einer Kartenregelung, die bis zum 24. September Gültigkeit hatte, wurde abgesehen und an deren Stelle die Kundenliste des Kohlenhändlers eingeführt. In allen Städten mit über 10 000 Einwohnern wurden vom örtlichen Einzelhandel Kohlenarbeitsgemeinschaften gegründet, die den Zweck haben, die vorhandenen Transportmittel des Kohlenhandels zusammenzufassen und

für alle Betriebe rationell einzusetzen. Die Verordnung zur Sicherung der Gasversorgung vom 20. September lehnt sich an die Vorschriften an, die von der Reichsstelle für Elektrizitätsversorgung erlassen wurden. Jedoch wurde auf die Errichtung einer neuen Zentralstelle in der Gaswirtschaft verzichtet und die Sicherstellung der Versorgung den Bezirkswirtschaftsämtern übertragen, die ihre Befugnisse an die Industrie- und Handelskammern weitergeben können.

Von weiteren Maßnahmen zur Versorgungsregelung ist eine Anordnung der Reichsstelle für Tabak vom 21. September (RAnz. Nr. 220 v. 21. 9. 39) zu nennen, die die Hersteller von Zigarren, Zigarillos und Stumpen sowie von Rauchtabak verpflichtet, ihre bisherigen Kunden entsprechend den Bezügen im Kalenderjahr 1938 zu beliefern. Für Zigaretten wurden entsprechende Regelungen nicht getroffen.

Zur Sicherstellung der Erzeugung sowie zur Regelung und Deckung des Bedarfs an Baustoffen und bestimmten Rohstoffen wurde eine „Reichsstelle für Steine und Erden" durch Verordnung des Reichswirtschaftsministers errichtet.

Bedeutungsvoll waren die zeitbedingten Umstellungen auf dem Gebiete des Versicherungswesens. Zur Durchführung der Aufgaben der Kriegstransportversicherung wurde bei der Fachgruppe Transportversicherung der Wirtschaftsgruppe Privatversicherung unter Mitwirkung des Reiches die „Deutsche Kriegsversicherungsgemeinschaft" errichtet. Die an dieser Gemeinschaft beteiligten Versicherungsgesellschaften haben die von ihnen gezeichneten Kriegsrisiken in die Gemeinschaft einzubringen.

Die Wirtschaftsgruppe Privatversicherung veröffentlichte am 21. September Mitteilungen über die Regelung des Versicherungsschutzes im Kriege auf dem Gebiet der privaten Krankenversicherung sowie der privaten Unfall- und Haftpflichtversicherung. Die private Krankenversicherung setzt danach im Kriegsfalle ihre Leistungen fort. In den Fällen, wo der Versicherte zum Heeresdienst eingezogen wird, muß das Ruhen der Versicherung bei der Gesellschaft beantragt werden. Nach Beendigung des Wehrdienstes treten die Rechte und Pflichten wieder in Kraft. Für die Familienangehörigen dagegen bleibt in diesem Fall gegen Zahlung des Familienbeitrages die Versicherung in Kraft. In der Unfallversicherung sollen Kriegsereignisse nicht allgemein von der Versicherung ausgeschlossen sein, sondern mittelbare Kriegsschäden, die nicht von der Fürsorge des Staates erfaßt werden, sollen in weitem Umfange als eingeschlossen gelten. Es werden also auch solche Unfälle von Zivilpersonen entschädigt, die sich z. B. infolge der Verdunkelung oder beim Aufsuchen von Schutzräumen ereignen.

Besondere Fortschritte machte die Eingliederung der verschiedenen Zweige des Verkehrswesens in die Kriegswirtschaft. Die ersten Anlaufschwierigkeiten wurden schnell überwunden, wie die Wiederaufnahme regelmäßiger Flugdienste nach der Beendigung des Feldzuges im Osten beweist. Die Deutsche Reichsbahn konnte einen Teil der Verkehrseinschränkungen wieder aufheben und wichtige Linien stärker befahren.

Ein praktisch sehr wichtiger Runderlaß des Reichsfinanzministers befaßte sich mit der Kraftfahrzeugsteuer bei den einberufenen und stillgelegten Fahrzeugen. Danach werden steuerpflichtige Kraftfahrzeuge von den Bedarfsstellen der Wehrmacht entweder zur Verfügung oder zur Benutzung in Anspruch genommen. Bei der Inanspruchnahme zur Verfügung geht das Kraftfahrzeug in das Eigentum der Bedarfsstelle über, bei der Inanspruchnahme zur Benutzung dagegen nicht. Im ersten Falle endet die Kraftfahrzeugsteuerpflicht mit dem Zeitpunkt des Eigentumsübergangs. Die über diese Zeit hinaus entrichtete Kraftfahrzeugsteuer wird auf Antrag vom Finanzamt zurückerstattet. Bei einer Inanspruchnahme zur Benutzung bleibt die Steuerpflicht des bisherigen Steuerschuldners bestehen. In den Vergütungen, die er von der Bedarfsstelle erhält, ist die Kraftfahrzeugsteuer enthalten. Wird ein steuerpflichtiges Kraftfahrzeug auf Grund der Verordnung über die Weiterbenutzung von Kraftfahrzeugen stillgelegt, so bleibt die Kraftfahrzeugsteuerpflicht bis zur ordnungsmäßigen Abmeldung des Fahrzeuges bestehen.

Die für die Kriegswirtschaft so notwendige Frage des Exports wurde durch die Aufnahme von Wirtschaftsverhandlungen besonders mit den südosteuropäischen Ländern weiterhin gefördert. Das Leipziger Meßamt veröffentlichte eine Bekanntmachung, nach der alle erforderlichen Schritte eingeleitet wurden, um die Ausfuhr-

förderung in den zahlreichen für die deutsche Wirtschaft wichtigen Absatzländern in verstärktem Ausmaß durchzuführen. In Berlin wurden die Exportkreditbank A. G. sowie kurze Zeit darauf die Allgemeine Waren-Finanzierungsgesellschaft mbH. gegründet, die sich die Förderung und Erleichterung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und dem Auslande zur Aufgabe stellten.

Nachdem bereits in der ersten Hälfte des Monats September die für die wirtschaftliche Eingliederung Danzigs grundlegenden Maßnahmen getroffen worden waren, wurde mit Wirkung vom 15. September die Zollgrenze zwischen West- und Ostoberschlesien aufgehoben und bis zur früheren deutschen Reichsgrenze erweitert. Ostoberschlesien genießt somit alle Vorteile aus den Wirtschaftsabkommen und Handelsverträgen, die zwischen Deutschland und fremden Ländern bestehen. Gleichzeitig wurden durch eine Verordnung des Chefs der ostoberschlesischen Zivilverwaltung in Kattowitz die im Reichsgebiet geltenden Preise auch für Ostoberschlesien für gültig erklärt und damit in beiden Teilen Oberschlesiens gleiche wirtschaftliche Bedingungen geschaffen.

Im unverkennbaren Gegensatz zu dem reibungslosen Übergang auf die Kriegswirtschaft in Deutschland standen auch in der zweiten September-Hälfte die aus dem feindlichen Auslande eintreffenden Nachrichten über die wachsende wirtschaftliche Unsicherheit in den beiden uns feindlichen westlichen Demokratien und als Folge ihres rigoros gehandhabten Wirtschaftskrieges gegen Deutschland die verzweifelten Maßnahmen der kleineren neutralen Staaten zur Aufrechterhaltung ihrer wirtschaftlichen Sicherheit. Der Sturz des englischen Pfundes veranlaßte eine Reihe von weiteren Staaten zur Aufgabe der Bindung an die englische Währung. Sowohl in England als in Frankreich machten sich als Folgeerscheinungen der Währungsunsicherheit und überstürzter Maßnahmen weitere Spannungsmomente bemerkbar. Preistreiberei und eine katastrophale Verteuerung wurden in den Zeitungen immer wieder angeprangert.

Nachdem die Vertreter der Oslo-Staaten bereits um die Mitte des Monats in Brüssel gemeinsame Maßnahmen gegen den englischen Wirtschaftskrieg beschlossen hatten, traten die Außenminister der vier nordischen Länder am 18. September in Kopenhagen zu einer zweitägigen Beratung zusammen und beschlossen „zur Sicherung ihres eigenen Wirtschaftslebens auf dem Recht zu bestehen, ihre traditionellen Handelsverbindungen mit allen Staaten, auch den Kriegführenden, aufrechtzuerhalten". Die englischen Gewaltmaßnahmen führten im Laufe des Monats in Holland und Belgien zu einer immer weitgehenderen Verwirrung des wirtschaftlichen Lebens und der Versorgungslage. Die am 26. September in Panama eröffnete panamerikanische Konferenz ist auf wirtschaftlichem Gebiet insofern von Bedeutung, als besonders die südamerikanischen Staaten sich nachdrücklich dagegen wandten, daß solche Waren als Konterbande gelten sollten, die von der Zivilbevölkerung als Nahrungsmittel und Kleidung benötigt werden. Dr. N.

Gedruckt in der Buchdruckerei A. Seydel & Cie. G. m. b. H., Berlin SW 61